



DIG Ausgabe 1 2024 | 5784
MAGAZIN

Zeitschrift der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



Impressum

Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Volker Beck (V.i.S.d.P.)
Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon 030/80 90 70 28
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Chefredaktion

Claudia Korenke

Redaktionsteam

Sarah Laubenstein
Aras-Nathan Keul
Anna Staroselski
Anath Pollak

Titelbild

Nichts ist wichtiger:

Bring them home – now!

Konzept/Gestaltung/Satz

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin
Telefon 030/401 89 39
info@schwarzer-druck.de

Druck & Verarbeitung

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin

Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis des DIG Magazins ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC BELA2333

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung des
Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

Inhalt

- 1 | Editorial
Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Grußwort

- 2 | S.E. Botschafter des Staates Israel in Deutschland Ron Prosor

Bring them Home

- 4 | Die Geschichte der Familie Adar aus Nir Oz

Terror

- 8 | In der Finsternis für das Leben eintreten

Aktuell

- 10 | Den Wehr-Losen etwas zurückgeben
11 | Der 7. Oktober und die Islamische Republik Iran
12 | Arrow 3 – ein Meilenstein der Abwehr
13 | Die Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft für Israel
38 | Netzwerk jüdischer Lehrender: Das Bedürfnis sich nicht erklären zu müssen
39 | Antisemitismus in deutschen Klassenzimmern und was wir als DIG dagegen tun können
40 | Sprechen wir Klartext:
Wie dem Antisemitismus im Kulturbereich zu entgegnen wäre
46 | 100 Jahre Technion:
Eine Erfolgsgeschichte, die Deutschland und Israel verbindet

Aus den AGs

- 16 | Nürnberg-Mittelfranken: Ein anderes Leben
17 | Hannover: Hadassa Yeschurun in Hannover
18 | Hannover: Aus dem Einsatz in Gaza nach Hannover
19 | Ein Land im Trauma
20 | Münster: Münster im Herbst und Winter
21 | Passau: Regelmäßige Infostände – neue AG Passau zeigt vielfach Präsenz
22 | Region Stuttgart: Das „I“ in DIG
23 | Bremen/Frankfurt: Ein Besuch aus Bremen
23 | Trier: Oberbürgermeister fand klare Worte
24 | Leipzig: Erstes Offenes Treffen und kreative Gruppenarbeit
25 | Leipzig: Jahresschlusstreffen von DIG Leipzig und JuFo Leipzig
28 | Bonn: AG Bonn im Fadenkreuz palästinensischer Störmanöver
29 | Gespräch mit dem Botschafter Israels: Das neue strategische Umfeld im Nahen Osten
30 | Kassel: Eine Gedenkstele für das ehemalige jüdische Gemeindehaus in Kassel
31 | „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“:
Kundgebung vor dem Rathaus und Mahnwache an der Synagoge in Kassel
32 | Düsseldorf: Emil Brachthäuser als Vorsitzender bestätigt
33 | Vortrag von Monika Schwarz-Friesel in Düsseldorf: Die Israelisierung des Antisemitismus
34 | Duisburg-Mülheim-Oberhausen: Durch guten Willen verbunden
35 | Freiburg: Feministinnen, wieso schweigst ihr?
35 | UN: „Schwerste sexuelle Gewalt gegen Frauen bei Hamas-Anschlag“
36 | Berlin – Brandenburg: „Weil es das Mindeste ist, was ich tun kann“

Hauptversammlung 2024

- 26 | Einladung zur 41. ordentlichen Hauptversammlung

Junges Forum

- 37 | „Nie wieder“ – ohne Juden?

Kultur

- 42 | Erfurt: Jüdische Monumente des Mittelalters sind Welterbe

Rezensionen

- 45 | Neuerscheinung mit unerwarteter Aktualität:
Der Krieg am Jom Kippur 1973 und die Wiedergeburt Leonhard Cohens
45 | Für Sie gelesen: Nach dem 7. Oktober

Nachrufe

- 50 | Zum Tod von Amnon Weinstein sel. A.: Es bleibt der Klang der Geigen
51 | Abschied von einer „Unbesiegbaren“: Marianne Karmon, ehemalige Vorsitzende der IDG ist gestorben
52 | Trauer um Egmont Elschner
52 | Ulrich Sahn ist gestorben

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren!

„Ihre Waffe sind unsere Werte,“ so beschrieb der israelische Sicherheitsexperte Dan Shueftan bei einem Online-Briefing für DIG-Mitglieder die Kriegsstrategie der Hamas. Die Hamas will Israel in eine Entscheidung zwischen dem Verzicht auf die militärische Zerschlagung der Terrororganisation auf der einen Seite und der Infragestellung der eigenen Werte, dem Respekt des menschlichen Lebens, auf der anderen Seite zwingen.

Darauf zielt die Hamas mit ihrer zynischen Strategie der menschlichen Schutzschilder, mit dem feigen Verstecken der terroristischen Soldateska in der Zivilbevölkerung und in der Bedrohung derjenigen Menschen in Gaza, die Israel bei einer sicheren Verteilung von Lebensmitteln an die notleidende Bevölkerung helfen. Alles dies zielt darauf ab, die Zahl der zivilen Opfer auf der eigenen Seite in die Höhe zu treiben, um mit dieser Zahl Israels Selbstverteidigung zu delegitimieren. Die Menschen in Gaza werden von der Hamas für einen billigen PR-Stunt geopfert. Die Botschaft: Israel plane einen Genozid an den Palästinensern.

Südafrika und Nicaragua haben mit ihren Klagen beim IGH dieser Kampagne der Hamas in die internationale rechtliche Arena getragen. In der Klage Nicaraguas gegen Deutschland wird ganz offen erklärt, worum es geht: Die Beseitigung und Infragestellung von Israels Existenz. Sderot, Kfar Azza, Nir Oz und Be’ri verortet der Schriftsatz im besetzten palästinensischen Gebiet. Kein Israel, nirgends.

Unsere Aufgabe als Deutsch-Israelische Gesellschaft ist es, diese Angriffe auf Israels Existenz und seine Selbstbehauptungsanstrengungen zurückzuweisen. Denn diese Kampagne findet auch in Deutschland Widerhall.

Meine Damen und Herren, niemals seit der Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft standen wir vor einer solchen



Volker Beck

Herausforderung : Niemals war Israel so gefährdet, niemals hatten wir mit so vielen Menschen zu tun, die den jüdischen, demokratisch legitimierten Staat Israel verbal und tätlich vor Ort und auf unseren Straßen attackieren und auch deutsche Jüdinnen und Juden angreifen, bedrohen und verunsichern..

Dass Sie die Grundüberzeugung der DIG aufrecht und mutig verteidigen, veranlasst mich zu großem Dank in Zeiten, die auch für jeden Einzelnen von uns schwer sind. Ich freue mich viele neue Mitglieder begrüßen zu können, die in dieser schwierigen Zeit Flagge zeigen. Ihr aller Engagement ist ein unschätzbare Zeichen der Hoffnung für Israel, Deutschlands demokratische Zukunft und eine Mahnung, antisemitisches Denken und Handeln nicht zu tolerieren.

Ich lade Sie herzlich ein zu unserer Hauptversammlung in Bremen am 8. und 9. Juni. Dort werden die Delegierten der Arbeitsgemeinschaften ein neues Präsidium wählen. Auch hier gilt: Wählen Sie Kandidatinnen und Kandidaten, die es nicht jedem recht machen. Wählen Sie Präsidiumsmitglieder, die aktiv arbeiten an unseren Aufgaben, Projekte aktiv vorantreiben und das Geschehen nicht nur kommentieren wollen. Die Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften vor Ort wie im Präsidium basiert auf dem ehrenamtlichen Engagement unserer Mitglieder.

Ihr

Volker Beck

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

S.E. Botschafter des Staates Israel in Deutschland

Ron Prosor

Liebe Freundinnen und Freunde,

als ich noch Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen war, bin ich jeden Morgen in das UN-Gebäude in New York gegangen. Jedes Mal habe ich dabei die Flaggen der Nationen der Welt in der Luft wehen sehen. Wenn Sie sich die Zeit nehmen, kommen Sie auf 25 Flaggen mit einem Kreuz, 15 Flaggen mit einem Halbmond, aber nur eine Flagge trägt den Davidstern. Ich habe es damals meinem Team gesagt und auch Ihnen möchte ich Folgendes mit auf den Weg geben: Wir müssen Tag und Nacht daran arbeiten, dass diese Flagge voller Stolz ganz hoch oben weht!

Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober, bei dem die ins israelische Staatsgebiet eingedrungenen Terroristen israelische Bürgerinnen und Bürger auf grausamste Weise ermordeten, verschleppten und Tausende verletzten, liegt nun ein halbes Jahr zurück. Unmittelbar nach dem Angriff war die Solidarität mit Israel und den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden in der Bevölkerung und in der Politik spürbar groß. Diese Unterstützung war damals wichtig und sie ist es auch heute noch. Jetzt, wo Israel sich gegen seine Feinde zur Wehr setzt, ist die Unterstützung noch viel wichtiger. Es reicht nicht, tote Juden zu betrauern, man muss auch mit den lebenden solidarisch sein!

Umso erfreulicher ist es, zu wissen, dass es in Deutschland viele Menschen wie Sie gibt, die hinter uns stehen und das auch weiterhin tun werden.

Der 7. Oktober hat uns drastisch vor Augen geführt, wie naiv wir waren. In Israel haben wir die Ideologie der Hamas zu lange nicht ernst genommen. Wir haben den radikalen Islamismus unterschätzt. Was für rhetorisches Säbelrasseln gehalten wurde, wurde am 7. Oktober schreckliche Realität. Wir dachten, die Hamas würde nicht zu den mörderischen Mitteln greifen, die sie immer wieder angekündigt hat. Den Fehler, diesen Judenhass zu unterschätzen, werden wir nicht wiederholen. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, die Strukturen dieser Terrororganisation im Gazastreifen zu beseitigen, damit von ihr nie wieder eine Gefahr für die Bürgerinnen und Bürger Israels ausgehen kann. Die Hamas hat in Schulen, Krankenhäusern und Moscheen Waffen und



Prof. Ron Prosor

Sprengstoff gelagert und Eingänge zu ihren Terrortunneln installiert. Sie missbraucht die eigene Bevölkerung als Schutzschild.

Es gibt vor diesem Hintergrund keine andere Möglichkeit. Wir müssen uns wehren! Nur so können auf Dauer Frieden und Sicherheit für Israel und seine Bürger garantiert werden. Die Gleichung war eine einfache: Wenn es Ruhe in Israel gibt, wird es auch Ruhe in Gaza geben. Wir haben gar kein Interesse an einer Eskalation. Für die Hamas ist die Eskalation der einzige Grund zu existieren. Deswegen haben sie am 7. Oktober 2023 den Waffenstillstand gebrochen.

Ich war damals, als Israel sich einseitig aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat, Staatssekretär im Außenministerium. Ich war also hautnah dabei. Wir wollten Gaza verlassen und uns nie wie-

der umdrehen, kein Blick zurück. Israel hat kein Interesse an Gaza, wir haben allerdings ein Interesse daran, in Ruhe leben zu können. Die Palästinenser hätten aus Gaza das Singapur des Nahen Ostens machen können, stattdessen wurde aus dem Küstenstreifen eine Terrorhochburg.

Die Hamas hat am 7. Oktober keinen Unterschied gemacht zwischen orthodoxen, säkularen, linksorientierten, rechtsorientierten, alten oder jungen, nicht mal zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Israelis. Jedem in Israel ist klar, dass wir vereint sein müssen gegen die Bedrohung, die jeden einzelnen von uns betrifft.

Auch wenn wir uns in Israel noch am 6. Oktober alle gestritten haben wie die Kesselflicker, standen wir am 7. Oktober Seite an Seite fest zusammen. Aus Kathmandu, aus Goa, aus Südamerika – Ärzte, Rechtsanwälte, Musiker. Alle sind nach Hause gekommen und alle leisten ihren Beitrag, weil es klar ist, dass wir den einzigen jüdischen Staat verteidigen müssen. Die Einigkeit, die in Israel seit der Attacke der Hamas am 7. Oktober zu spüren ist, hat auch mich persönlich tief bewegt. Israel ist ein kleines Land. Jeder kennt jemanden, der persönlich auf die ein oder andere Art von dem schändlichen Angriff betroffen ist.

Wir haben zwei Ziele: Wir müssen die Geiseln befreien und gleichzeitig die Terror-Infrastruktur der Hamas beseitigen, ein für allemal. Es ist wie bei einem Feuer. Sie müssen 100% des Feuers

löschen, Sie können sich nicht mit 80% zufriedengeben. Hamas muss vollständig beseitigt werden.

Die Gleichzeitigkeit dieser Ziele zeigt die jüdischen und demokratischen Werte, auf denen unsere Gesellschaft aufgebaut wurde. Ein Grundpfeiler im Judentum ist die Heiligkeit des Lebens.

Jede Mutter, jede Familie muss davon überzeugt sein, dass der Staat Israel alles in seiner Macht Stehende tun wird, um ihre Kinder wieder nach Hause zu bringen!

Viele Kinder des Staates Israel geben alles, um die israelischen Bürger zu schützen, manchmal sogar ihr Leben.

Es ist unsere Pflicht alles zu tun, um sie wieder nach Hause zu bringen!

In Deutschland kämpfen wir an einer anderen Front. Der Antisemitismus und Israelhass greifen um sich. Besonders deutlich zeigt sich das im deutschen Kulturbetrieb. Das Schweigen nach dem 7. Oktober war ohrenbetäubend, der Aufschrei, nachdem Israel angefangen hat sich zu wehren, lässt einen sprachlos zurück. Schauen Sie allein auf die diesjährige Berlinale: Bei der Abschlussgala wurde kein Wort über das Massaker der Hamas an unschuldigen Zivilisten gesagt, aber Israel des Völkermords bezichtigt.

Israel wird tagtäglich dämonisiert, delegitimiert und mit doppelten Standards belegt. Das ist Lehrbuch-Antisemitismus und eine Schande. Wer Israel derart delegitimiert, hat sich für einen demokratischen Austausch disqualifiziert. Wer Jüdinnen und Juden in Deutschland angreift oder Brandsätze auf Synagogen wirft, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Wir brauchen alle demokratischen Kräfte an Deck, um auch in Deutschland der Hamas-Ideologie entschieden entgegenzutreten.

Während Israel auf dem Schlachtfeld kämpft, führt die Deutsch-Israelische Gesellschaft einen Kampf um die öffentliche Meinung und die Deutungshoheit auf der Straße. Für Ihren unermüdlichen Einsatz bin ich Ihnen außerordentlich dankbar. Oft denke ich an die riesige Demonstration vor dem Brandenburger Tor im vergangenen Oktober, über 20.000 Menschen sind Ihrem Aufruf gefolgt. Die Plakate des Jungen Forums, die auf das Schicksal der Geiseln aufmerksam gemacht haben, sind bis heute im Straßenbild präsent. In ganz Deutschland haben Arbeitsgemeinschaften der DIG Beeindruckendes geleistet. Trotz der oft düsteren Lage lassen Sie sich nicht entmutigen. Bleiben Sie standhaft, denn Ihre Arbeit ist von unschätzbarem Wert. Ein besonderer Dank gilt meinem lieben Freund Volker Beck, Du hast gezeigt, dass Du ein wahrer Freund des Staates Israel und des jüdischen Volkes bist und Du stehst mit uns in der ersten Reihe gegen Antisemitismus, Israelhass und für unsere gemeinsamen Werte. Lassen Sie uns alle gemeinsam dafür kämpfen, dass die israelische Flagge stets stolz und hoch oben weht, auch in Deutschland.

Prof. Ron Prozor

Botschafter des Staates Israel in Deutschland





Das Ende von Allem: das Haus der Familie Adar

Nicht Shive sitzen können ...

Die Geschichte der Familie Adar aus Nir Oz

Dies ist ein Gespräch, das Viktoria (Vika) Kanar geführt hat. Ihre Gesprächspartnerin ist Jael Adar, Mutter von Tamir Adar, sel. A., und Schwiegertochter von Jaffa Adar. Die Adar-Familie lebt in vierter Generation in Nir Oz. Die Familie stammt aus Berlin und verließ Deutschland mit der Machtübernahme Hitlers. Die Adars gehören zu den ersten Bewohnern des Kibbuz Nir Oz.

Jael beginnt:

„Unsere Geschichte beginnt in Nir Oz – einem Kibbuz in der Nähe zu Gaza. Ich kam zum Kibbuz mit 18 und blieb dort 30 Jahre, dort habe ich meine Familie aufgebaut und obwohl ich vor einigen Jahren in einen Moschav nicht weit von Nir Oz gezogen bin, sind alle meine Kinder dortgeblieben.“

Tamir, mein Erstgeborener, wurde am 7. Oktober von Terroristen verschleppt und in Geiselnhaft getötet.

Am 7. Oktober sind wir um 6:30 Uhr von den Sirenen aufgewacht und haben verstanden, dass es eine besondere Situation war, gemessen an der Häufigkeit der Raketenbeschüsse.

Normalerweise, wenn Alarm ist, rufe ich meine beiden Söhne Tamir und Nir nicht sofort an, denn sie haben kleine Kinder und ich will sie nicht stören. Normalerweise verlassen sie bei solchen Situationen den Kibbuz, sobald es möglich wird. Deshalb hatte ich nur getextet. Dadurch, dass alle paar Monate etwas passiert, warten wir normalerweise ab, bis alle an einem sichereren Platz angekommen sind und telefonieren dann miteinander.

Ich hatte jedoch meinen dritten Sohn angerufen, der unverheiratet ist, weil ich weiß, dass er nie die Tür abschließt von seinem Haus. Zum Glück war er jedoch in Tel Aviv.

So hatte ich zwei Söhne im Kibbuz mit ihren Familien. Der Beschuss ging weiter und schnell haben wir verstanden, dass Terroristen eingedrungen sind.

Ich habe eine Nachricht geschickt. Tamir hatte mir nicht geantwortet, Nir jedoch antwortete, dass im Kibbuz hunderte Terroristen seien, man höre Arabisch, man höre Schießereien. Was wir im Nachhinein verstanden haben, war, dass, nachdem um 6:30 Uhr alle in den Sicherheitsraum rannten, Tamir um 7:00 Uhr aus dem Haus gegangen ist, um seine Frau und seine Kinder zu beschützen. Tamir war Teil des Einsatzteams des Kibbuz jedoch ging er nicht kämpfen, sein Ziel war, seine Familie zu beschützen.

Er hatte nicht damit gerechnet, dass er auf so viele Terroristen treffen würde und, wie wir mittlerweile wissen, wurde er sofort sehr schwer verletzt und nach Gaza entführt. Er hat keine medizinische Hilfe erhalten. Wir wissen, dass er auf einem Einkaufswagen hingebacht wurde. Es gibt Bilder, die ich entschieden habe, nicht zu sehen, aber wie ich verstehe, sieht er da ganz anderes aus als auf dem Bild von ihm, dass noch aus dem Kibbuz stammt. Wahrscheinlich hat der Mob ihm noch andere Sachen angetan, als er nach Gaza gebracht wurde.

90 Tage lang dachten wir, dass er lebt. Dann haben wir erfahren, dass dem nicht so ist.

Wir haben später erfahren, was im Kibbuz an diesem Tag passiert ist, als Hunderte von Terroristen dort bis 14 Uhr nachmittags alles um sich herum getötet, zerstört, verbrannt und ausgelöscht haben. Die Frau von Tamir, Hadas, war mit den beiden kleinen Kindern, die 7 und 4 sind



Tamir, der seine Familie liebte

mehrere Stunden im Sicherheitsraum, ohne zu wissen, was mit Tamir ist. Die Terroristen haben mehrmals versucht, die Tür aufzukriegen. Ich weiß nicht warum, aber Tamir hatte in der Innentür des Sicherheitsraums ein weiteres Schloss eingebaut und als er um 8:30 Uhr verstanden hat, wie schlimm die Situation ist, schickte er seiner Frau eine Nachricht und beschwor sie, niemandem zu öffnen, auch, wenn es er wäre, der sie darum bittet. So hat sie sich eingeschlossen, es war dunkel und irgendwann auch die Telefonbatterie leer. Von draußen hörten sie den Lärm der Kämpfe, der Explosionen, die Schüsse und es gab nichts, was Hadas machen konnte. Als ihr Sohn sagte, „Ich habe Angst zu sterben“, sagte sie „ich bin mit dir hier“. Sie bedeckte die Augen der

Kinder mit einer Decke, damit im Falle, dass die Terroristen ins Zimmer eindringen, sie nicht die Augen derer sehen müssen, die sie töten kommen.

All das erfahre ich erst Tage später, als Hadas nach und nach beginnt, zu erzählen. Dann hören wir auch, dass der Kibbuz mehrere Stunden lang ohne Schutz und Verteidigung dastand.

Mein zweiter Sohn Nir wohnt neben der (entführten) Bibas-Familie. Auch er war im Sicherheitsraum mit seiner Familie, jedoch ohne das innere Schloss und die Terroristen hatten mehrmals versucht diese zu öffnen, doch er hat sie so stark mit den Ellenbogen festhalten können, dass es nicht ging. Er sagte, dass, wenn seine kleinen Töchter nicht da gewesen wären, er es wohl nicht geschafft hätte.

Gegen 15:30 Uhr bekomme ich eine Nachricht von Nir. Ich bin in meinem Moschav, 7 Kilometer von der Grenze entfernt. Hier sind die Terroristen nicht eingedrungen, weil sie an der Einfahrt zum Moschav abgefangen wurden. Es waren auch nicht mehr so viele, wie an der Grenze. All diese Zeit war ich im Sicherheitsraum, habe Sirenen und Schüsse gehört und dachte an meine Kinder in Nir Oz.

Um 13:00 Uhr schickte ich Tamir eine Nachricht mit der Bitte mir nur Bescheid zu geben, dass alles ok ist. Bis heute ist die Nachricht nur mit einem „V“ geblieben.

Um 15:30 schickte Nir mir eine Nachricht, dass die israelischen Soldaten ihn und seine Familie in Sicherheit bringen, ich fragte dann nach Hadas, Tamirs Frau, und den Kindern und eine halbe Stunde später kamen auch sie, wie auch der Großvater Joschua Adar – es sind drei Generationen im Kibbuz. Seine Frau Jaffa Adar wurde entführt und nach 49 Tagen befreit. Der 87jährige Großvater war voller Ruß, denn sein Haus wurde verbrannt. Er verbrachte einige Zeit danach im Krankenhaus. Von diesem Zeitpunkt fangen wir an zu fragen was mit Tamir sei, doch es gibt kein klares Bild, denn zu dieser Zeit wird befürchtet, dass sich Terroristen noch im Kibbuz aufhalten. Ich hatte naiverweise gedacht, dass die Armee ihn bald finde. Am nächsten Tag rufe ich alle Krankenhäuser an und die Polizei, doch nach 1-2 Tagen

verstehen wir, dass er entführt wurde. So geht es bis zum 90. Tag, als wir erfahren, dass er nicht mehr unter den Lebenden ist und irgendwann dort sein Leben beendete und immer noch dort ist.

Tamir, mein Erstgeborener, ist 38. Er ist Landwirt und war aktiv im Bildungswesen. Die Arbeit und die Familie waren ihm immer am wichtigsten: Zeit mit Familie und Freunden verbringen, den Sonnenuntergang gemeinsam erleben, samstags spazieren – und immer lächelnd: so war Tamir. Für mich ist das ein sehr, ein sehr großes Unglück – das einer Mutter, die ihren Sohn bei so einem tragischen Ereignis verliert, in Nir Oz, wo 40 Menschen getötet und 75 entführt wurden, von denen noch etwa 30 nicht befreit wurden. Wie die „Rothaarigen“ – die Bibas-Familie mit der jüngsten Geisel und anderen jungen Leuten. Diese Tragödie hat nicht nur die Menschen, sondern auch unsere Erinnerungen getötet. In Nir Oz haben wir keine Häuser mehr, in die wir zurückkehren können.

Ich lebe in Sde Nitzan, einem nicht weit entfernten Moschav, um nah zu sein zu meinen Kindern und auch hier ist Kriegsgebiet. Aber ich sehe keinen Sinn mehr, dort zu sein, weil meine Kinder nicht mehr da sind. Ich habe mein Kind verloren, Hadas ihren Mann und meine Enkelkinder ihren Vater, aber auch die Identität, Erinnerungen, das Haus, wir haben so viel verloren.

Ich habe Angst zu sagen, dass wir alles verloren haben, ich bin dankbar, dass Hadas und die Kinder überlebt haben, auch Nir und seine Familie und mein Sohn Inbar und meine Tochter Roni, die am Abend vorher bei mir war und morgens mit mir im Sicherheitsraum blieb und so überlebte.

Eine Mutter, die ihren Sohn verliert, begräbt ihn und sitzt danach Shiva und dann fängt man an, die Brüche zu heilen, aber wir haben nicht mal diese Möglichkeit. Wir haben zwar die Nachricht bekommen, aber wir konnten ihn nicht mal begraben und es ist so unklar, wann das passieren wird.

Je mehr Zeit vergeht, desto schwächer wird der Schock des 7. Oktober, die Gespräche werden zu Diskussionen für oder gegen die Kämpfe oder den Preis für die Befreiung der Geiseln. Ich gehöre zu einer von 135 Familien, deren Leben an diesem 7. Oktober stehengeblieben ist. Wir haben keine Möglichkeit, von Neuem anzufangen: er ist noch dort, unabhängig davon, ob er am Leben ist oder nicht.

Tamirs 7jähriger Sohn hat Unmenschliches durchgemacht – stundenlanges Verstecken und Überleben, erfahren, dass sein Vater vermisst wird, dass er entführt und dann, dass er getötet wurde und noch immer dort ist. Er hat darum gebeten, seinen Vater zu sehen, wenn er zurückgebracht wird, aber wir wissen, das ist nicht möglich, denn die Leichen werden dort wohl nicht so aufbewahrt, dass sie gezeigt werden können.

Wir wissen, dass es dort über 30 Leichen gibt, aber alle müssen sich daran erinnern, was eine Leiche ist – das ist ein Mensch, für mich ist das mein Sohn, für mich lebt er noch, er hat einen Namen, Charakter und Familie. Ich denke, dass jeder Preis gezahlt werden muss, um die Geiseln zurückzubekommen und ich denke auch, dass trotz des internationalen Drucks der Waffenstillstand nicht ohne die Rückkehr aller Geiseln passieren darf.

Der Hamas geht es nicht um das Land, sondern darum, das jüdische Volk auszurotten. Auch die pro-palästinensischen Demonstrationen weltweit finde ich verstörend, denn der 7. Oktober war ein Akt des Terrors, ein Massaker und Kriegsverbrechen und das hat nichts mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu tun, obwohl auch das eine Lösung finden muss.

Vika: Was wird mit euren Gemeinden passieren? Wärt ihr bereit zurückzukehren? Was für ein Morgen stellst Du Dir vor?

Mein Gefühl und das meiner Kinder ist, nicht zurückzukehren, weil wir nicht an einen Platz zurückkommen können, der blutgetränkt ist, wo ihr Bruder und viele ihrer Freunde ermordet wurden. Es ist sehr schwer, Nir Oz zu verlassen – meine Kinder leben dort in der dritten und meine Enkelkinder in der vierten Generation. Unsere gesamte Identität und Erinnerungen sind dort, alles, was wir sind.

Wir haben die schwierigste Erfahrung, die man sich überhaupt vorstellen kann, machen müssen. Die Kinder mussten in neue Schulen gehen, in einem neuen Ort, von einer ländlichen in städtische Umgebung. Neue Wände, die man nicht kennt, von Null anzufangen für Menschen jeden Alters.

Ich habe das Teuerste, was es gibt, verloren. Menschen, denen es so ergeht, trauern in ihrem eigenen Haus und bauen auf vom

Neuem in ihrer gewohnten Umgebung, aber nicht wir. Mein Haus steht noch, aber nicht die Häuser meiner Kinder. Es gibt nichts Bekanntes mehr für uns, all das wurde uns genommen.

Wir leben in einer vollen Ungewissheit und versuchen gleichzeitig einen Alltag zu führen, was sehr schwer ist.

Vika: Hat sich in all den Monaten etwas in deiner Haltung gegenüber der gesamten Situation verändert?

Je mehr Tage vergehen, desto größer die Sorge, darüber, ob er zurückgebracht wird und auch die, die noch am Leben sind. Manchmal denke ich, es gibt nichts mehr, was ich mir wünschen könnte, als dass er am Leben ist – aber dann denke ich, dass er glücklicherweise nicht ertragen muss, was die anderen Geiseln jetzt über sich ergehen lassen müssen. Ich will zwar nicht mit dem Holocaust vergleichen, aber es war wie ein kleiner Holocaust.

Vika: Kannst Du über deine Schwiegermutter Jaffa Adar erzählen?

Es ist eine sehr schwere Erfahrung, in einem so hohen Alter entführt zu werden. Sie kam nach 49 Tagen zurück und wir waren überrascht, dass sie in einem verhältnismäßig guten Zustand war. Man muss sich jedoch daran erinnern, dass sie nicht in den Tunneln war, sondern erst in einem Haus und dann im Krankenhaus. Wir sind erstaunt darüber, wie sie alles mit Würde und Stolz überstanden hat. Das ist ihre Art, ihren Kindern und der Welt zu zeigen, dass die Terroristen sie nicht brechen werden. Als sie zurückkam, war sie sehr schwach und hatte schwere Tage, aber sie hat dann den Entschluss gefasst in betreutes Wohnen zu gehen, denn sie hat verstanden, dass sie nicht mehr ungeschützt leben kann.

Vika: Viele von euch sind in diese Gegend gezogen, weil sie an Frieden und Nachbarschaft geglaubt haben. Wo ist das heute?

Ich bin sicher, dass es jeden anders trifft, aber für mich und auch aus den Gesprächen mit meinen Kindern kann ich sagen, dass heute das Vertrauen zerbrochen ist, aber in allem, sowohl das Vertrauen an unsere Sicherheit, wie auch an die Koexistenz. Was passiert ist, waren nicht nur Kämpfer,



Tamir, Hadas und ihre Kinder

die gegen die israelische Armee antraten, was ich auf keinen Fall rechtfertige. Es waren auch Zivilisten, die kamen! Mein Sohn erzählte mir, dass als sie im Sicherheitsraum eingeschlossen waren, sie Kinderstimmen hörten und die ihrer Mütter, wie sie in der Küche und im Wohnzimmer alles plünderten und zerstörten und dabei lachten. Und frage ich mich: wem und an wen kann ich noch glauben? Wenn der einfache Bürger kein Funken Menschlichkeit zeigt, an wen kann man da noch glauben? Nachdem sie die Häuser angesteckt und verbrannt hatten, wohlwissend, dass sich dort Leichen befinden, an wen können wir noch glauben?

Wissendere als ich werden sich darüber Gedanken machen müssen, wie man hier in Sicherheit – ich kann nicht mehr „in Frieden“ sagen – leben kann. Ich möchte niemanden auslöschen, ganz sicher nicht, aber wenn ich vorher dachte, dass es auf der anderen Seite jemanden gibt, die mit uns in Frieden leben wollen, bin ich mir nicht mehr sicher darüber. Ich brauche Sicherheit, damit ich an der Landesgrenze leben kann, weil ich sonst nicht weiß, was für ein Land wir haben werden.

Im Moment habe ich kein Vertrauen in nichts, unsere Leben wurden auf den Kopf gestellt und ich muss mir noch Kritik von Europäern anhören.

Als ich jung war, hatte ich an eine Welt ohne Grenzen geglaubt, aber die Hamas ist eine radikale islamistische Organisation, die nicht für alle Palästinenser spricht und die das jüdische Volk ausrotten will und auch

nicht vor Europa halt machen wird, um dort das westliche Leben auszulöschen.

Wenn man nicht aufwacht – ich habe meinen Preis bezahlt - wird jemand anders dran sein.

Es ist unglaublich, dass Freunde meines Sohnes immer noch nicht zurück sind, während ihre Kinder, ihre Familien hier auf sie warten.

Vika: Seid ihr je zurückgekommen in dieser Zeit?

Nein, überhaupt nicht. Ich kann es nicht, ich kann auch keinen neuen Alltag führen, auch meine Kinder nicht, sie können nicht mit der Tatsache leben, dass ihr Bruder ermordet und nicht zurückgebracht wurde, ihre Freunde noch entführt sind und wir das alles nicht hinter uns bringen und abschließen können. Wir treffen uns, verbringen den Freitagabend zusammen, aber es ist nicht dasselbe, es ist sehr schwer.

Die Geschichte der Geiseln muss abgeschlossen werden. Ich weiß noch nicht, wie ich weiterleben werde, aber ich muss meinen Sohn beerdigen können, um mich wieder aufbauen zu können.

Viktoria (Vika) Kanar, Berlin, ist eine deutsch-israelische Unternehmerin und Aktivistin. Sie hat ihr ergreifendes Interview auf Hebräisch geführt, übersetzt und dabei Tonalität und Gefühle mit großer Authentizität ins Deutsche übertragen.

In der Finsternis für das Leben einstehen

Ende Oktober, wenige Wochen nach dem schlimmsten Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa, war ich in Israel. In einem Land im Krieg. In einem Land, das tief verwundet ist. In einem Land, das der Welt noch dazu beweisen muss, dass es verwundet ist.

Die erste Person, die wir getroffen haben, war ein junger Mann am Flughafen. Er hat einen guten Freund beim Supernova-Musikfestival verloren. Er hat zu uns gesagt – und das zog sich durch alle Gespräche –: Das Schlimmste ist, dass uns die Welt nicht glaubt, was uns widerfahren ist. Oder vielleicht glaubt, aber nicht mitfühlt.

Wir waren im Kibbuz Kfar Azza – früher ein kleines Paradies. Das konnten wir noch sehen: üppig begrünt, Häuser mit schönen Terrassen, viele kleinere Apartments von Studierenden. Davon ist nichts mehr übrig. Die Häuser sind verwüstet, viele mit Einschusslöchern, wir haben Räume gesehen, in denen sich Menschen versteckt hielten, mit komplett blutverschmiertem Boden. Die Spielgeräte der Kinder sind



Eine Soldatin brieft die Presse in Kfar Azza.

verwaist. In diesem Kibbuz geht man davon aus, dass von den 100 Ermordeten 40 Kinder und Säuglinge waren. Dass gezielt versucht wurde, so viele wie möglich zu töten, mit gezielten Angriffen auf Grundschulen und ein Jugendzentrum.

Vergewaltigung ist kein Widerstand

Es war das erklärte Ziel der Terroristen, Frauen zu vergewaltigen und zu töten. Die ersten Verhöre derjenigen, die in Haft sind, offenbarten genau das. Sie sagten da deutlich: Wir hatten Anweisungen, auch noch tote Frauen zu schänden.

Die Deutsche Welle schreibt: „Dem [Bildmaterial am 7. Oktober verschleppter Frauen] folgten und folgen Berichte von Vergewaltigungen, von gezielten Verstümmelungen der Geschlechtsteile. Und die Terroristen inszenierten die Taten nicht selten vor den Augen von Kindern.“

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist deshalb eine ebenso brutale wie effektive

Kriegswaffe, weil sie jene trifft, die häufig den Zusammenhalt einer Gesellschaft sichern, in Familien, in Nachbarschaft und persönlichem Umfeld. Es ist Konsens unter Aktivistinnen: Wenn das Ziel ist, Frauen, viele von ihnen Mütter, über Generationen schwer zu traumatisieren, sie zu brechen, obwohl sie überlebt haben, dann ist das ein Angriff auf die Zukunft eines Landes.

Aber die israelischen Frauen sind keine Opfer. Seit Jahrzehnten unter permanenter Vernichtungsdrohung von außen, beeindruckt mich die Resilienz der israelischen Gesellschaft zutiefst, insbesondere jene ihrer weiblichen Mitglieder, die überwiegend auch als Soldatinnen ihren Beitrag zur Sicherheit des Staates Israel leisten.

Ich kann es – auch als Frau – nicht verstehen, wie Frauenorganisationen, insbesondere die Institutionen der Vereinten Nationen, zu diesen abscheulichen Verbrechen zunächst schwiegen, warum der Aufschrei ausblieb. Nie in der lan-



Die Autorin Lisa Badum wird durch den Kibbuz begleitet.

gen Geschichte sexualisierter Gewalt in Kriegen war diese Gewalt in solchem Umfang – von den fröhlichen Tätern selbst mit Dashcams – so gut dokumentiert und gleichzeitig die Empörung in der Öffentlichkeit so gering.

Sheryl Sandberg sagte dazu Anfang Februar in Berlin im Auswärtigen Amt, und das bringt es auf den Punkt: „Rape is not resistance.“

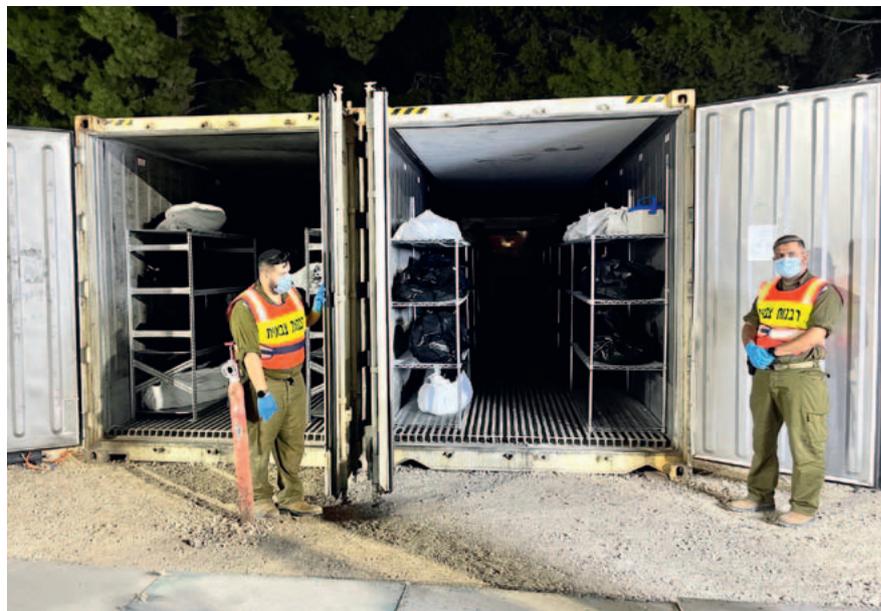
Gerechtigkeit statt Angst

Doch inzwischen hat sich etwas getan. Mutige Frauen wie Cochav Elkayam Levy haben den Kampf gegen die Straflosigkeit der Gräueltaten aufgenommen, indem sie vor allem Beweise sichern. Die Juraprofessorin an der Hebräischen Universität Jerusalem gründete die „Civil Commission on Oct. 7th by Hamas against Women and Children“. Sie werden nun endlich international gehört und erfahren Solidarität.

Nicht nur im Parlamentskreis Feministische Außenpolitik, dem ich angehöre, wurde das Thema in Deutschland aufgegriffen. Auch das Auswärtige Amt lud Anfang Februar zu einem Briefing mit einer Delegation aus Israel ein, um den Opfern und Überlebenden eine Stimme zu verleihen. Mitglieder der Delegation, darunter eine Ermittlerin der israelischen Polizei und eine Ersthelferin, sind oder waren direkt an der Beweissicherung der Verbrechen vom 7. Oktober beteiligt.



Ein mitleidiger Soldat kümmert sich um einen zurückgelassenen Hund.



Soldaten bewachen Leichensäcke.

Von dort nehme ich mit:

„We have to generate justice instead of fear.“

Die Nürnberger Prozesse legten auf den Ruinen des 2. Weltkrieges den Grundstein für das moderne Völkerstrafrecht, sexualisierte Gewalt spielte in den Verfahren allerdings keine Rolle. Erst mit den Sondertribunalen für Jugoslawien und Ruanda wurden Anfang der 90er Jahre ernsthafte Versuche unternommen, sexualisierte Kriegsgewalt strafrechtlich zu verfolgen. 2001 wurde im Jugoslawien-Tribunal in Den Haag erstmals Vergewaltigung in Zusammenhang mit kriegerischen Aktionen als schwerer Verstoß gegen die Genfer Konventionen verurteilt. Wir sollten dahinter heute nicht zurückfallen und die Taten der Hamas als das ächten, was sie sind: Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Nach dem Weltrechtsprinzip können im Übrigen Völkerstraftaten in Deutschland strafrechtlich verfolgt werden – unabhängig davon, wo sie begangen wurden. Weder Assads Folterknechte noch die Täter des 7. Oktober können sich in Deutschland sicher fühlen.

Dass man die Überlebenden hört und ihnen mit Mitgefühl begegnet, kann auf dem Weg der Aufarbeitung nur der erste Schritt sein.

Licht in der Finsternis

Während meiner Reise nach dem Massaker traf ich auf der Shura-Militärbasis eine Freiwillige namens Shari, die dort half, tote Frauen für ihre Beerdigung vorzubereiten. Die Hamas hat ganz gezielt versucht, diesen Menschen auch im Tod noch ihre Würde zu nehmen. Körperteile wurden abgeschnitten, Gesichter bis zur Unkenntlichkeit zerschossen – Augenzeugenberichten zufolge bei einer Frau sogar, noch während sie vergewaltigt wurde.

Was mich im Gespräch mit der Freiwilligen besonders berührt hat und mir persönlich Hoffnung gibt, sind die Zärtlichkeit und die Worte, mit denen Shari gesprochen hat. Wie sie, trotz allem, versuchte, die Würde dieser Toten zu wahren. Sie sanft zu waschen, für das Begräbnisritual vorzubereiten. Wie sie Augen für kleine Details hatte, wie schön manikürte Fingernägel. Sie sagte: Das waren alles Frauen in der Blüte ihres Lebens.

Ich bewundere Shari, wie sie in dieser totalen Finsternis versucht, ein Licht zu sein. Ich glaube, das ist die Aufgabe, um die es für uns alle geht: Für das Leben einzustehen.

Lisa Badum,
MdB, Vizepräsidentin der DIG
unter Mitarbeit von Nina Lippmann

Organisation der israelischen Kriegsversehrten ZDVO

Den Wehr-Losen etwas zurückgeben

Dieser Bericht entsteht am Tag 133 der neuen Zeitrechnung. 133 Tage sind vergangen seit dem 7. Oktober. An heutigen Tag um 17 Uhr, sind 134 Menschen in Geiselhaft. 30 davon, so offizielle Schätzungen, sind tot. 1139 Personen wurden am 7. Oktober ermordet. 239 Menschen entführt, 432 israelische Soldaten sind gefallen. Und etwa 600 Soldaten sind verwundet, versehrt, traumatisiert und werden nie wieder leben können wie zuvor. Mit ihnen wollen wir uns am Tag 133 beschäftigen.

ZDVO – Zahal Disabled Veterans Organization, sprich: die Organisation der Versehrten der Israelischen Verteidigungsarmee wurde 1949 im Zuge des Unabhängigkeitskrieges gegründet. Damals betreute Israels einzige offiziell anerkannte Organisation, die sich mit Kriegsversehrten befasst, 3400 Menschen.

75 Jahre und viele Kriege später bebt die Welt angesichts des unbegreiflichen Massakers vom 7. Oktober. Die Zahl der Kriegsversehrten, der Verletzten, an und Leib und Seele amputierten Menschen, die sich als Soldaten an der Grenze zu Gaza, in Gaza, aber auch an der Grenze zum Libanon im Namen von Erez Israel gewehrt haben, explodiert.

Bis Mitte Januar, so sagt die Statistik, mussten 13421 Soldaten in Krankenhäusern behandelt werden. 1500 Soldaten, so sagt die Armee, suchen das Zentrum für posttraumatische Belastungsstörungen (PTSD) auf. 3000 Menschen, so bestätigen die Behörden, wurden als kriegsversehrte Veteranen anerkannt. 16 Veteranen und 21 Kinder von Veteranen, so beweinen ihre Familien, wurden getötet, wurden ermordet.

Seit dem Massaker vom 7. Oktober – dem größten Massenmord an Juden seit dem Holocaust – verzeichnet die Organisation für versehrte Soldaten der Israelischen Verteidigungsarmee steigende Zahlen an Hilfebedürftigen, an Mitgliedern, an Versehrten – aber auch an Unterstützern und Spendern aus der ganzen Welt.

Die ZDVO unterhält vier Rehabilitationszentren in Israel in Jerusalem, in Tel Aviv, in Beer Sheva, in Haifa, und ein fünftes Zentrum ist im Bau bei Ashdod. Diese Zentren sind nicht nur architektonisch State of the Art: Sie versorgen, sie therapieren Menschen, die während des Einsatzes zu Invaliden geworden sind in herausragenden Einrichtungen, die auch jenseits der Therapie wirksam werden. So gehören die umfassenden Sportprogramme mit modernster Ausstattung oder die kulturellen Angebote zu den besten im Land Israel. Kaum überrascht daher die überaus erfolgreich und medaillenreiche Teilnahme des israelischen Teams an den INVICTUS Games 2023 in Düsseldorf.

Die Beit Halochem sind dazu da, alles für die Versehrten zu tun – „alles“ bedeutet die Wiederherstellung der physischen Gesundheit, des Selbstbewusstseins, der Lebensfreude, und vor allem der Akzeptanz, ja: Wertschätzung einer neuen Lebensform. Und, da die Veränderung des Lebens bei weitem nicht nur Angelegenheit des Betroffenen ist, sind die Familien eingebunden, sie sind



Freiwillige der Organisation der Versehrten der israelischen Armee besuchen einen verletzten Soldaten im Krankenhaus. Auf Anweisung der Sicherheitsbehörden werden Gesichter von Soldaten – auch ehemaligen – unkenntlich gemacht.

Teil von Beit Halochem. Darüber hinaus bietet die Organisation das, was andernorts, etwa in Deutschland, vermisst wird: Stolz und vor allem Dankbarkeit des Landes, für das sich die Männer und Frauen im Wehrdienst eingesetzt haben.

Die Organisation der Versehrten der Israelischen Verteidigungsarmee verfügt über eine Ausgründung in Form eines Fonds, der aktiv in vielen Ländern der Welt von Australien über Mexiko bis Großbritannien zu Spenden aufruft, Spenden, die Soldaten und Soldatinnen, die für ihr Land gekämpft und dabei Schaden genommen haben, etwas zurückgeben sollen.

Auch in Deutschland, wo wir angesichts von Krieg und Krisen mit der Erkenntnis ringen, dass die Verteidigungsbereitschaft eine Notwendigkeit werden könnte, wurde in diesen Tagen das deutsche Büro zur Unterstützung der Veteranen der Israelischen Armee gegründet. Sie erreichen es unter kriegsversehrte@beithalochem.de.

Claudia Korenke

Der 7. Oktober und die Islamische Republik Iran



Die Vorbereitung des 7. Oktober trägt auch die Handschrift der Islamischen Republik Iran. Hat sie die Hamas erst zu der Terror-Organisation gemacht, die in der Lage war, den 7. Oktober zu planen und umzusetzen? Und was bedeutet das für Deutschland?

Den Krieg gegen Israel zur Sache aller Muslime zu machen und sich als Anführer in diesem Krieg darzustellen, waren zwei der Hauptziele der schiitischen Fanatiker, die im Jahr 1979 den zuvor westlich ausgerichteten Iran in einen islamistischen Gottesstaat umbauten. Seitdem werden im Namen Gottes Frauen systematisch diskriminiert und unterdrückt, sowie Minderheiten und Andersdenkende brutal verfolgt. Durch Sanktionen, aber vor allem durch Misswirtschaft, Korruption und Vetternwirtschaft liegt das Land wirtschaftlich am Boden. Doch in einem ist die Islamische Republik erfolgreich: der Islamischen Revolutionsgarde IRGC und ihrer Auslandseinheit, der Quds-Einheit, ist es gelungen, im gesamten Nahen Osten vor allem schiitische verbündete Gruppen – auch Proxys genannt – zu vernetzen, zu radikalieren, auszurüsten, zu finanzieren und mehr oder weniger zu steuern.

Bekanntere Beispiele sind die Hizbollah im Libanon, aber auch die Houthis im Jemen. Zudem hat die Islamische Revolutionsgarde IRGC über Jahre intensiv Geld und Ressourcen in die Entwicklung von Waffen zur asymmetrischen Kriegsführung investiert. Dabei heraus gekommen ist ein riesiges Arsenal von Raketen und Drohnen, die günstig hergestellt werden können, einfach in der Anwendung sind und Gegner

immer wieder empfindlich treffen können. Eingesetzt werden diese durch die Proxys, nachdem die Kämpfer in Iran selbst ausgebildet wurden und auch gelernt haben, die Waffen selbst herzustellen. Mitterweile sind iranische Drohnen und Raketen in Konflikten und Kriegen im gesamten Nahen Osten bis in die Ukraine hinein zu finden. Am 27.02.2024 schoss die Bundeswehr erstmals eine Drohne iranischer Bauart ab, abgefeuert von den Houthis Richtung Israel – es wird wohl nicht das letzte Mal gewesen sein. Durch diese Waffen und Proxys kann die Islamische Republik die USA und Israel von Angriffen auf militärische Ziele in Iran selbst abschrecken, ihren Einfluss ausbauen und an der Zurückdrängung der USA in der Region und der Zerstörung des jüdischen Staates arbeiten. Währenddessen brüstet sich die Deutsch-Iranische Industrie- und Handelskammer vor wenigen Wochen damit, dass auf Deutschland dreißig Prozent des Handels der Islamischen Republik Iran mit der EU fallen.

Neben der Unterstützung aus Katar, von Muslimbrüdern aus der Türkei und Islamisten weltweit, war auch die Islamische Republik Iran immer ein offener Unterstützer der Hamas. Obwohl die einen Schiiten und die anderen Sunniten sind, eint sie doch das Ziel der Vernichtung Israels, sowie der Hass auf Frauen, Homosexuelle und individuelle Freiheit.

Ob der Befehl für den 7. Oktober aus Teheran kam oder nicht, ist letztlich schwer zu beantworten, jedoch kann festgestellt werden, dass sich Islamische Republik Iran und Hamas in ihrer Ideologie ähneln und einige Hamas-Terroristen in Iran sowohl zum Kämpfen als auch am Bau von Raketen ausgebildet wurden. Beides wurde nach am 7. Oktober barbarisch angewendet, als die Hamas klar gemacht hat, was sie unter einem „freien Palästina“ versteht.

Mit ihrer Unterstützung von Hamas-Terroristen hat die Islamische Republik Iran keinem Palästinenser geholfen – im Gegenteil. Für sie zählen Palästinenser nur, wenn sie gegen Israel kämpfen und ihr Leid sich für antisemitische Propaganda nutzen lässt. Der größte Alptraum sowohl der Hamas als auch der Islamischen Republik Iran wären Palästinenser, die Verantwortung übernehmen und an der Seite Israels einen friedlichen und lebensfähigen Staat aufbauen. Doch dafür muss die Hamas militärisch besiegt werden, die Islamische Republik Iran an der Verbreitung ihres Terrors im Nahen Osten gestoppt werden und Deutschland und Europa endlich beginnen, Palästinenser zu fördern, die Israel anerkennen, sich von unrealistischen Forderungen verabschieden und Verantwortung für einen eigenen Staat übernehmen.

Aras-Nathan Keul



Israels historischer Beitrag zur Verteidigung von Deutschland und Europa

Seit den neusten brutalen und willkürlichen Hamas-Angriffen auf Israel und dem völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine ist es noch deutlicher geworden, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit ist. Hamas feuerte tausende Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel. Die täglichen Luftangriffe Russlands auf die Ukraine unterstreichen ebenfalls die dringende Notwendigkeit einer effektiven Flugabwehr. Laut sicherheitspolitischen Analysen wird Deutschland zunehmend durch ballistische Flugkörper bedroht. Deswegen ist es wichtig, dass sich die Bundesregierung für die Beschaffung des israelischen Arrow 3 Raketenabwehrsystems entschieden hat. Damit wird die Luftverteidigung Deutschlands maßgeblich gestärkt. Das israelische Arrow 3 System wird nicht nur zur Verteidigung Deutschlands, sondern auch zur Sicherheit Europas beitragen. Das ist ein historischer Meilenstein für die deutsch-israelischen Beziehungen.

Schließung der Fähigkeitslücken bei Luftverteidigung

Das Raketenabwehrsystem Arrow 3 wurde entwickelt, um ballistische Raketen außerhalb der Erdatmosphäre abzufangen. Es ist das weltweit fortschrittlichste System seiner Art. Dank Arrow 3 verfügt die Bundeswehr über die Fähigkeit, Bedrohungen in der oberen Abfangschicht außerhalb der Atmosphäre effektiv zu bekämpfen. Damit leistet Arrow 3 einen entscheidenden

Arrow 3 – ein Meilenstein der Abwehr

den Beitrag zum Schutz der Bevölkerung, kritischer Infrastruktur sowie eigener und verbündeter Streitkräfte. Mit der Einführung von Arrow 3 wird unsere Landes- und Bündnisverteidigung erheblich gestärkt. Deutschland übernimmt damit eine klare Führungsrolle in Europa.

Europäische Luftverteidigung

Das Arrow 3 System wird in den NATO-Schutzschild und in die European Sky Shield Initiative (ESSI) eingebunden. Auf diese Weise schützt das israelische Arrow 3 System nicht nur Deutschland, sondern auch unsere europäischen Partnerländer. Die von der Bundesregierung ins Leben gerufene European Sky Shield Initiative (ESSI) hat das Ziel, die europäische Luftverteidigung und Raketenabwehr, insbesondere gegenüber russischen Flugkörpern, zu stärken. ESSI fungiert als eine gemeinsame Kooperationsplattform, unter der verschiedene Rüstungs- und Verteidigungsprojekte die europäische Luftverteidigung verbessern. Deutschland arbeitet dabei eng mit zwölf Partnerstaaten zusammen, darunter ebenfalls neutrale Länder wie die Schweiz und Österreich. Die Bundesregierung setzt sich aktiv dafür ein, dass sich möglichst viele europäische Staaten der ESSI anschließen.

Deutschland und Israel verbindet Freundschaft auf allen Ebenen

Das Arrow 3 Abkommen hat nicht nur entscheidende Bedeutung für unsere Verteidigung, sondern symbolisiert auch auf beeindruckende Weise die enge Freundschaft, die Deutschland heute mit Israel verbindet. In einer Zeit, in der die Welt mit dem Imperialismus von Präsident Putin konfrontiert ist, gewinnt die Unterstützung Israels als engem und verlässlichem Partner für Deutschland und die Europäische Union an Bedeutung. Die Bundesregierung erfüllt damit die politische Forderung nach verstärkter Zusammenarbeit mit dem jüdischen Staat. Die einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel werden durch den

Kauf von Arrow 3 im Bereich der militärischen Zusammenarbeit weiter gestärkt. Unsere Streitkräfte arbeiten eng zusammen, insbesondere bei gemeinsamer Ausbildung und bei gemeinsamen militärischen Manövern. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Teilnahme der deutschen Luftwaffe an den Feierlichkeiten zum 75. Unabhängigkeitstag Israels. Besonders hervorzuheben ist das hohe Vertrauensniveau in unserer Zusammenarbeit, das ebenfalls den Austausch sensibler Informationen und Aufklärungsergebnisse einschließt.

Die ausgezeichnete Kooperation zwischen der israelischen und der deutschen Rüstungsindustrie wird durch den Arrow 3 Deal weiter intensiviert. Das Verteidigungsabkommen für Arrow 3 im Umfang von fast vier Milliarden Euro stellt das größte in der Geschichte Israels dar. Israel und Deutschland arbeiten seit vielen Jahren im Verteidigungsbereich eng und vertrauensvoll zusammen, wie beispielsweise beim Drohnenprojekt Heron oder der geplanten Beschaffung des israelischen Trophy-Systems zum Schutz von Kampfpanzern vor Panzerabwehrwaffen. In Kiel werden sogar die größten je in Deutschland gebauten U-Boote für die israelische Marine gefertigt. Dies unterstreicht die tiefe und erfolgreiche Partnerschaft zwischen unseren beiden Nationen.

Israel gibt uns mehr Sicherheit vor Putins Terror

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel zeugt von einem außergewöhnlichen Maß an Vertrauen, Freundschaft und gegenseitiger Verlässlichkeit. Die strategischen Beziehungen zwischen beiden Seiten werden durch die Einführung von Arrow 3 als Beitrag Israels zur Sicherheit und zur Widerstandsfähigkeit Deutschlands weiter gestärkt. Dank Israels Unterstützung sind wir besser auf mögliche russische Angriffe vorbereitet und können unsere Sicherheit effektiver gewährleisten.

Dr. Marcus Faber, MdB

Die Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft für Israel

Samstag, der 7. Oktober 2023, war ein dunkler Tag in der Geschichte Israels. Am Tag des jüdischen Simchat Tora erlebte Israel einen brutalen und grundlosen Angriff. Über 3000 Hamas-Terroristen, unterstützt von weiteren palästinensischen Terrorgruppen, überfielen israelische Ortschaften entlang der Grenze zu Gaza und drangen teilweise sogar tiefer in israelisches Hoheitsgebiet ein.

Diese barbarische Attacke ging mit abscheulichen Taten einher, darunter Mord an unschuldigen, wehrlosen Menschen, Folter, das In-Brand-Setzen von Wohnhäusern samt Bewohnern, Vergewaltigung und Verstümmelung von Leichen. Nicht zuletzt wurden 240 Menschen als Geiseln genommen, darunter Babys, Kleinkinder, ältere und kranke Frauen und Männer, Jugendliche sowie Soldaten und Soldatinnen. Noch immer sind mehr als 100 Geiseln von der Außenwelt isoliert und unter menschenunwürdigen Bedingungen gefangen.

Israel war gezwungen, entschlossen zu handeln, um seine Bürger und sein Territorium vor den anhaltenden Bedrohungen durch die Hamas zu verteidigen. Israel erklärte den Krieg mit dem Ziel, die potenzielle Bedrohung durch die Hamas ein für alle Mal zu vernichten.

Die Klage Südafrikas

Am 29. Dezember 2023 legte Südafrika während Israels militärischer Operationen gegen die Terrorinfrastruktur und die Hamas Berufung vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) ein. Zweck war, ein Verfahren gegen den Staat Israel mit dem Titel „Begehung von Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen“ einzuleiten.

Südafrika forderte das Gericht auf, umgehend eine einstweilige Verfügung gegen Israel zu erlassen, die es anweist, die Militäroperationen im Gazastreifen einzustellen. Auf diese Weise agiert Südafrika als der verlängerte Arm der Hamas.

Israel entschied vor Gericht zu erscheinen und stellte fest, dass die Klage Südafrikas absurd sei und jeglicher sachlichen oder rechtlichen Grundlage entbehrt. Diese Klage sei nichts weiter als ein „billiger Missbrauch des Gerichts“ und sollte daher abgewiesen werden. Israel betonte, dass es die Bewohner des Gazastreifens nicht als Feinde betrachtet und die Terrororganisation Hamas für die am 7. Oktober begangenen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord verantwortlich sei.

Obwohl Israel brutal angegriffen wurde, steht das Land nun vor der internationalen Gemeinschaft da als Verdächtiger des schwersten Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Ausgerechnet Israel, die einzige Demokratie im Nahen Osten, das Opfer einer mörderischen Attacke, sitzt plötzlich auf der Anklagebank und wird beschuldigt, der Täter eines Völkermords zu sein.

Die Verhandlungen in Den Haag sind leider ein Wiederhall der öffentlichen Meinung weltweit und spiegeln wider, wie Israel wahrgenommen wird.

Im Kampf um die Vorherrschaft des Narrativs übernahm der Internationale Gerichtshof die palästinensische Version, während er gleichzeitig die israelische Version ignorierte. In der Gerichtsentscheidung findet sich kaum eine Erwähnung der von der Hamas am 7. Oktober verübten Verbrechen. Der Massenmord und alle weiteren Verbrechen, einschließlich der Nutzung der Zivilbevölkerung in Gaza als menschlichen Schutzschild, scheinen für das Gericht bedeutungslos und wurden nicht berücksichtigt.

Es ist tatsächlich einfach: Man sollte nur die Hamas-Charta lesen, um die ausdrückliche Forderung nach einer totalen Säuberung des gesamten Territoriums des Staates Israel von Juden als Kollektiv zu erkennen: eine klare Grundlage für einen Völkermord.

Sechs Beschlüsse gegen Israel

Der IGH hat im Rahmen der Strafverfolgung sechs einstweilige Verfügungen gegen Israel erlassen. Diese Entscheidung verwischt die Grenzen zwischen den Bestimmungen des Kriegsrechts, das Kampfsituationen regelt, und den Vorwürfen der Begehung des Verbrechens eines Völkermords. Im Nachhinein hätte das Ergebnis für Israel schlimmer sein können. Die sechs Gerichtsbeschlüsse hinderten Israel nicht daran, die Kämpfe fortzusetzen, könnten aber sicherlich für die endgültige Entscheidung über den palästinensischen Anspruch in der Zukunft wichtig sein. Im Rahmen der Strafverfolgung versuchte Israel, die Erlassung eines Waffenstillstands zu verhindern. Dadurch wurde sein Anspruch auf das Recht zur Selbstverteidigung gestärkt und die Legitimität seiner Reaktion auf das Massaker an seinen Bürgern und deren Entführung wurde unterstrichen.

Am 16. Februar 2024 wies der IGH in Den Haag erneut den Antrag Südafrikas zurück, weitere vorübergehende Maßnahmen gegen Israel zu verhängen, um ein Manöver in Rafah zu verhindern.

In dieser Diskussion präsentierte die palästinensische Autonomiebehörde ihre Kernposition – ein verzerrtes und falsches palästinensisches Narrativ, das den Konflikt als israelische Aggression darstellt und jegliche Verantwortung der Palästinenser ablehnt. Israels Standpunkt ist seit vielen Jahren bekannt und klar: Die Lösung des Konflikts wird das Ergebnis direkter vorbedingungsfreier Verhandlungen sein, ohne eine von außen erzwungene Lösung.

Angesichts dieser Ereignisfolge wird immer deutlicher, dass Israel heute mit einer neuen Form der Herausforderung konfrontiert ist. Im Bereich des Völkerrechts liegt die größte und beunruhigende Veränderung: die Art und Weise, wie die internationale Gemeinschaft den israelisch-palästinensischen Konflikt bisher behandelt und



Der Internationale Gerichtshof in Den Haag

analysiert. Leider wurde dieser Herausforderung und ihren langfristigen Auswirkungen, die über die Rechtswelt hinausgehen, in Israel nicht genügend Aufmerksamkeit und Bedeutung beigemessen.

Besatzung muss vorübergehend bleiben

Bis heute wurde der palästinensisch-israelische Konflikt als politischer Konflikt betrachtet, der durch direkte Verhandlungen zwischen den Parteien gelöst werden musste. Infolgedessen wurde die Besetzung der Gebiete durch Israel im Jahr 1967 als vorübergehend angesehen. Heute wird zumindest in den Augen der Welt immer deutlicher, dass die israelische Besetzung der Gebiete im Wesentlichen nicht mehr vorübergehender Natur ist, dies im Gegensatz zu Israels Position seit 1967, wonach es auf einen palästinensischen Partner wartet.

Die Besatzung Israels wird als dauerhaft wahrgenommen, insbesondere angesichts der Politik der israelischen Regierungen im Westjordanland und in Ost-Jerusalem, etwa dem Siedlungsausbau, der Landenteignung, und dem Verhalten einiger Siedler gegenüber den Palästinensern und mehr.

Israel läuft Gefahr, dass die Schlussfolgerung der internationalen Gemeinschaft sein könnte, Maßnahmen ergreifen zu müssen, um die israelische Besetzung als dauerhaft (und daher illegal) zu erklären. Diese Maßnahmen liegen im Bereich des Völkerrechts und könnten unter anderem auch Sanktionen und Embargos bedeuten. Die Ebene der rechtlichen Diskussion würde es sehr schwierig machen, eine politische Lösung für den Konflikt mit den Palästinensern zu finden.

Im Jahr 2003 unternahmen die Palästinenser einen ähnlichen Schritt, als sie das Gericht in Den Haag um eine Stellungnahme zur Rechtmäßigkeit der „Trennungsmauer“ baten. Am 9. Juli 2004 veröffentlichte das Gericht ein Gutachten, in dem festgestellt wurde, dass die Errichtung der „Trennungsmauer“ faktisch zu einer Annexion führt und somit einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Das Gutachten verpflichtete Israel, das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung, die Kriegsgesetze und die Gesetze der Menschenrechte zu respektieren. Die Siedlungen sind demnach einen Verstoß gegen das Völkerrecht. Der Oberste Gerichtshof Israels erlaubte jedoch die

Fortsetzung des Zaunbaus unter Berufung auf die Tatsache, dass das Haager Tribunal die Realität vor Ort ignoriert habe. Die Stellungnahme führte nicht zu praktischen Maßnahmen gegen Israel, wurde und wird jedoch von ihren Kritikern als Referenz genutzt, um die Illegalität des Verhaltens Israels in den Gebieten darzustellen.

Seitdem setzen die Palästinenser ihren Versuch fort, eine „Internationalisierung“ des Konflikts durch wiederholte Berufungen beim Internationalen Gerichtshof durchzusetzen, mit dem klaren Ziel, die Diskussion über die Beendigung des Konflikts von der politischen Ebene (direkte Verhandlungen) auf die rechtliche Ebene zu verlagern. Israel und seine Unterstützer vertreten weiter den Standpunkt, dass der Konflikt auf politischem Weg und nicht durch Gerichtsverfahren gelöst werden muss.

Dennoch geht der Versuch der Palästinenser, die Diskussion über den Konflikt mit Israel auf die rechtliche Ebene zu bringen, umso energischer weiter. Appelle der Palästinenser, Gutachten zur Rechtslage in den Westjordanlandgebieten und Ost-

Jerusalem einzuholen, kommen in den Beschlüssen der UN-Generalversammlung immer wieder zum Ausdruck und genießen dort die Unterstützung der absoluten Mehrheit der Mitgliedsstaaten.

Es ist wichtig zu beachten, dass obwohl die Stellungnahme des IGH beratend ist und Israel nicht bindet, die Diskussion selbst jedoch von großer symbolischer rechtlicher Bedeutung ist. Sie wird von denen, die nach Boykotten gegen Israel, wie etwa die BDS-Bewegung, als Propagandawaffe gegen Israel genutzt werden. Eine künftige endgültige Entscheidung des IGH könnte weitreichende Konsequenzen und Image-schäden für Israel haben.

Imageschaden für Israel?

Über die unmittelbaren Folgen der Militäroperation in Gaza hinaus, wird die Darstellung Israels als Land, das Völkermord begeht, zu einem verstärkten internationalen Druck führen seitens Staaten, internationaler Organisationen und Konzern. Dieser Druck könnte sich in konkreten Maßnahmen wie Desinvestitionen, Einschränkungen bei Transaktionen, diplomatischen Spannungen und Handelsboykotten gegen Israel manifestieren. Es könnte zu vermehrten Einreisebeschränkungen für Israelis in verschiedene Länder kommen und zu weiterem Ausschluss von internationalen Veranstaltungen.

Dies könnte schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft und Sicherheit sowie auf die Kulturszene Israels haben. Kürzlich sah sich Israel mit Forderungen konfrontiert, von der Eurovision ausgeschlossen zu werden. Die Europäische Union hat Anfang Dezember 2023 nach Dissenzen über die Verwendung von Informationen aus Judäa und Samaria die Verhandlungen über einen verbesserten Informationsaustausch zwischen der israelischen Polizei und Europol eingestellt. In den Niederlanden ordnete ein Gericht in Den Haag an, alle Transfers von Teilen des in Israel eingesetzten F-35-Flugzeugs aus amerikanischen Lagerhäusern im Land zu stoppen. Diese Entscheidung folgte einer Anrufung von Menschenrechtsorganisationen gegen die niederländische Regierung, die behaupteten, dass die Lieferung der Teile die Niederlande in Menschen-

rechtsverletzungen und Kriegsverbrechen verwickeln könnte.

Der EU-Außenbeauftragte rief die internationale Gemeinschaft auf, die Waffenlieferungen an Israel zu überdenken, da „...dies würde angeblich die Anzahl der Todesfälle im Gazastreifen verringern...“.

US-Präsident Biden hat kürzlich öffentlich gewarnt, dass Israel, wenn es seinen derzeitigen aggressiven Kurs fortsetzt, weltweit an Unterstützung verlieren könne. Es ist nicht auszuschließen, dass die US-Regierung beschließt, ihr Veto gegen antiisraelische Entscheidungen im UN-Sicherheitsrat aufzugeben. Frankreich hat bereits die Verhängung von Sanktionen gegen 28 Siedler beschlossen. Großbritannien hat einen ähnlichen Schritt unternommen. Neuseeland hat Sanktionen gegen „extreme“ Siedler beschlossen. Die US-Regierung hat angekündigt, Beschränkungen für die Vergabe von Visa an Siedler, die in Gewalt gegen Palästinenser verwickelt sind, einzuführen und Sanktionen gegen vier Siedler im Westjordanland zu verhängen.

Diese und weitere internationale Entwicklungen spiegeln seit dem 7. Oktober eine Kluft wieder zwischen der Unterstützung Israels durch viele Länder und der lokalen öffentlichen Meinung, einschließlich den Medien. Diese Diskrepanz fokussiert sich oft nicht auf die Leiden Israels, sondern auf die vermeintlichen Auswirkungen auf die Palästinenser in Gaza, dem Ort, von dem die Täter des Überfalls stammen.

Weltweiter Hass

Weltweit erleben wir, Israelis und Juden, einen enormen Anstieg von Hass und Antisemitismus. In den USA und Europa wird eine düstere Welle des Hasses gegen Israel entdeckt, die vor allem von BDS-Organisationen angeheizt wird. Der Aufruf der Demonstranten gegen Israel, „From the river to the sea“, signalisiert die weltweit vorherrschende Stimmung, dass der Staat Israel kein Existenzrecht habe. Diese Haltung steht im Einklang mit der Absicht der Hamas, anderer Terrororganisationen und des Iran, die Zerstörung des Staates Israel herbeizuführen.

Während des Krieges setzen verschiedene von europäischen Ländern großzügig

finanzierte NGOs ihre Diffamierungen gegen Israel fort, indem sie falsche Anschuldigungen erheben: sie behaupten, dass Israel einen „Völkermord“ und sogar eine „ethnische Säuberung“ an den Palästinensern durchführt.

Südafrikas Verwendung legaler Waffen gegen Israel, natürlich im Dienste der Hamas, ist der Rückenwind der antiisraelischen Atmosphäre, die derzeit in der Welt herrscht. Ohne Zweifel ist der südafrikanische Fall eine Diffamierung des Nationalstaats des jüdischen Volkes und ein beschämender Tiefpunkt für das internationale System.

Aber in Israel selbst unterstützt die Rhetorik führender politischer Akteure indirekt das südafrikanische Verfahren. Die Fortsetzung dieser Äußerungen könnte weltweit zu weiterer und umfassender Kritik an Israel führen und seine internationale Lage weiter verschärfen.

Völkerrecht ernst nehmen

Angesichts dieser Situation, die für Israel nichts Gutes verheißt, muss die israelische Regierung das palästinensische Vorgehen im Bereich des Völkerrechts ernst nehmen und dementsprechend passende und schwierige Entscheidungen treffen. Israel muss entscheiden, ob die Zukunft der Gebiete Judäa, Samaria und Gaza durch einen politischen Prozess oder durch den Einsatz rechtlicher Instrumente bestimmt wird. Dies beinhaltet auch die Möglichkeit, dass beiden Seiten eine Lösung von der internationalen Gemeinschaft aufgezwungen wird.

In dieser Diskussion sollten sich die politischen Führer und Bürger Israels bewusst sein, dass ihre Entscheidungen erhebliche langfristige Auswirkungen auf Israel, seinen Status und die Lebensqualität seiner Bürger haben können.

Israel muss eine klare Entscheidung über seine politische und gesellschaftliche Ausrichtung und Identität treffen.

Tel Aviv, im März 2024

Ilan Mor
Botschafter a. D.

Nürnberg-Mittelfranken

Ein anderes Leben

Seit dem 7. Oktober ist das Leben der Juden auch in Deutschland ein anderes. Über 3.000 antisemitische Straftaten gab es seitdem, im Schnitt 29 Vorfälle pro Tag. Ein dramatischer Anstieg um das Vierfache gegenüber dem Vorjahr. Dieser drastischen Entwicklung widmete sich ein von der DIG Nürnberg-Mittelfranken und der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg veranstaltetes Podiumsgespräch mit dem Titel: „Jüdisches Leben in Deutschland nach dem 7. Oktober“. Auf dem Podium saßen Anna Staroselski, Sprecherin der Werteinitiative e.V., Frank Müller-Rosentritt, Abgeordneter des Bundestages sowie Alon Meyer, Präsident von Makkabi Deutschland. Moderiert wurde die Veranstaltung von unserem Mitglied Johannes Loesch.

Zu Beginn zeigte der Vorsitzende Nicolai Makosch exemplarisch für die Eskalation des Hasses und der Gewalt der Gesellschaft Beispiele auf. So hatte die DIG Nürnberg-Mittelfranken wegen eines regelrechten „Shitstorms“, der über einen Spendenaufruf zugunsten der Betroffenen des 7. Oktober hereinbrach, zahlreiche Strafanzeigen gestellt. In 85 Prozent der Fälle konnten die Täter ermittelt werden, denen nun empfindliche Konsequenzen drohen.

Zunächst beschrieben die drei Podiumsgäste ihr Erleben des 7. Oktobers 2023, jenem Tag des Massakers durch die Hamas. Anna Staroselski erläuterte anschließend die derzeitige Lage an den Universitäten und sprach von einer „starken emotionalen Indoktrinierung“ von Studierenden. Jüdische Studierende würden geoutet und verunsichert. Verunsichert auch durch die Wucht des Vorgehens wie zum Beispiel dem Niederbrüllen von Dozenten oder dem Abbrechen von Veranstaltungen. Eine Diskussion könne so an den Universitäten nicht mehr stattfinden. Auch an Schulen komme es vor, dass Eltern versuchten, Aussagen von Lehrkräften durch Druck zu beeinflussen. Anna Staroselski zeigte sich enttäuscht davon, dass zwei ursprünglich starke Anträge der Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU, die im Bundestag am 9. November eingebracht wurden zur Unterstützung Israels und gegen Antisemitismus, derzeit durch etliche Kürzungen bis zur Bedeutungslosigkeit verwässert würden.

Zum Schutz jüdischen Lebens brauche man sowohl den Rechtsstaat als auch engagierte Menschen. Es gehe um unser Zusammenleben, Verantwortung füreinander und für demokratische Werte.



Johannes Loesch, Anna Staroselski, Frank Müller-Rosentritt, Alon Meyer auf dem Podium

Alon Meyer ging auf die an ihn gerichtete Frage nach der Entwicklung in den letzten zehn Jahren ein und gab zu bedenken, dass wir die Demokratie zu sehr als Automatismus betrachtet hätten. In einer Komfortzone hätte man sich zu sehr auf Lehrer und Politiker verlassen. Dabei wäre eine Mobilisation für demokratische Werte und ein Aufstehen bei Unrecht durch alle Bürger erforderlich. Die anständige Mehrheit sei zu leise. Er warnte vor den Folgen für die Gesamtgesellschaft. Von der Politik fordert er sehr konsequentes Handeln bei Verstößen gegen demokratische Werte und bei antisemitischen Vorfällen. In seinem Schlusswort bat er eindringlich, auch bei Nachbarn darum zu werben, zur Wahl zu gehen, um so die Demokratie zu verteidigen.

Frank Müller-Rosentritt sprach davon, dass in Kreisen, in denen Toleranz und Vielfalt sehr hervorgehoben würden, es häufig zu einer Selbsttabuisierung komme, die zu

einer weitreichenden Toleranz der Intoleranz führe. Er forderte, finanzielle Unterstützung künftig auf Organisationen zu beschränken, die das Existenzrecht Israels anerkennen würden. Jüdisches Leben müsse mit einem parteiübergreifenden Einsatz geschützt werden.

Müller-Rosentritt verwies auf die historische Erkenntnis über den Zustand von jüdischem Leben in einer Gesellschaft als Seismograf: Wenn es Juden schlecht erging, sei dies oft ein Vorbote für den Verlust von Freiheit und Wohlstand und dem Abstieg einer Gesellschaft in eine Krise gewesen. Die Bürger rief er dazu auf, deutlich mehr Handlungsdruck auf ihre Wahlkreisabgeordneten auszuüben. Dieses Instrument würde von Demokraten viel zu wenig, von zweifelhaften Akteuren hingegen umso lautstärker genutzt.

Jutta Westerholz
DIG Nürnberg-Mittelfranken

Hannover

Hadassa Yeschurun in Hannover

Seit geraumer Zeit gibt es freundliche Beziehungen zwischen der Ezidischen Akademie Hannover und verschiedenen jüdischen Institutionen. Dies führte dazu, dass eine Gruppe Eziden im Sommer 2023 Israel besuchte. Die DIG Hannover hatte die Kontakte vermitteln können, unter anderem auch die Kulturorganisation der jüdischen Kurden in Israel besucht. Dieser Kontakt war herzlich und nach kurzer Zeit so freundschaftlich, dass die Ezidische Akademie eine Besuchseinladung an die Jerusalemer Sängerin Hadassa Yeschurun aussprach. Hadassa, selbst bereits in Israel geboren, ist eine anerkannte Künstlerin, Teil der vitalen misrachischen Kultur Israels. Außerdem ist sie eine Bewahrerin kurdischer Traditionen, wie sie auch von den Eziden geteilt werden. Hatab Omar, Vorsitzender der Akademie, war begeistert von ihrem Liederschatz, besonders an Balladen auf Komanschi, einer der kurdischen Hochsprachen.

Im Dezember kam Hadassa nach Hannover und hatte neben den vielen persönli-

chen Begegnungen drei Auftritte. Hatab Omar organisierte ihr ein Orchester aus hannoverschen Aleviten und Eziden, die sich für dieselbe Musik begeistern. Sie sang bei der Channukkaparty der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover, konzertierte vor einem durchaus nicht nur aus Eziden und Kurden bestehenden Publikum an der Freien Waldorfschule in Hannover Bothfeld und spielte zuletzt in Dedenhausen, in der niedersächsischen Provinz. Hier wurde an einem begeisterten Publikum deutlich, wie viele Kurden und Eziden im Umkreis Hannovers wohnen – ein interessanter Anblick in einem rustikalen niedersächsischen Bauerngasthof!

Im Sommer, so die gemeinsame Planung der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover, der Ezidischen Akademie und unserer Arbeitsgemeinschaft, soll Hadassa zu einer Tournee nach Deutschland kommen, dann aber gemeinsam mit einer Tanzgruppe und auch eigenen Musikern. Neben Konzerten, etwa dem Israeltag in Hannover am 2. Juni 2024, – sie singt auf Hebräisch, Komanschi, Arabisch und Farsi,



Kay-Schweigmann-Greve,
Hadassa Yeschurun und Hatab Omar

wird es einen Tanzworkshop mit jungen ezidischen Tänzern aus Hannover geben, die von ihr kurdische Tänze lernen wollen.

Kay Schweigmann-Greve



Hadassa Yeschurun in Dedenhausen

Hannover

Aus dem Einsatz in Gaza nach Hannover

Amos Davidowitz ist ein außergewöhnlicher Referent. Als vermutlich ältester Soldat in Gaza wenige Tage zuvor demobilisiert, berichtete er, was er selbst erlebt hat oder von seinen Soldaten in Gaza mitgeteilt bekam. Geboren 1958, war er über Jahrzehnte friedensbewegter Aktivist in der israelischen Gesellschaft. Über zwei Dekaden war er israelischer Partner bei Austauschprojekten mit jüdischen und arabischen Israelis mit deutschen Jugendlichen, meist aus Hannover. Er leitete ein Projekt zur Friedenserziehung mit arabischen und jüdischen Jugendlichen aus Israel, türkischen und griechischen Zyprioten und katholischen und protestantischen Jugendlichen aus Nordirland. Gaza kannte er von verschiedenen Friedensprojekten, die er dort durchgeführt hat. In den Monaten direkt vor dem Mordüberfall vom 7. Oktober war er im Rahmen von „Brothers and Sisters in Arms“ aktiv am Widerstand gegen die geplante Justizreform in Israel beteiligt. Gleichzeitig war er aktiver Reservist in einer Kombatereinheit, der jedes Jahr mehrere Wochen im Dienst der israelischen Armee verbrachte. Aktuell gehört er zu einer Einheit älterer Soldaten, die in Gaza das Kampfgeschehen eng begleiten und versuchen, aufgrund ihrer Erfahrungen in früheren Kriegen Fehler der Armee zu vermeiden, bzw. bei Problemen alternative Vorgehensweisen zu entwickeln. Als Teil einer Familie, die fast vollständig in der Shoa ermordet wurde, ist er von der Notwendigkeit der Existenz eines jüdischen Nationalstaates überzeugt und wird, wie er in einem der Vorträge erläuterte, sein Leben lang alles tun, was erforderlich ist, um diesen Staat zu schützen.

Der erste Vortrag der Rundreise fand in Hannover im Zeitzentrum Zivilcourage statt. Gut 70 Personen waren erschienen, ein sehr gemischtes Publikum. Viele Freunde und Mitglieder der DIG waren anwesend, aber ebenfalls eine ganze Gruppe Palästinenser. In der an den Vortrag anschließenden Diskussion ging es dann zeitweise hoch her und das Prinzip, dass jede in Zimmerlautstärke formulierte Frage grundsätzlich zulässig ist und be-



Amos Davidowitz (links) und Kay-Schweigmann-Greve in der Synagoge von Celle

antwortet werden kann, war nicht immer einfach durchzuhalten. Abgesehen von einem pro-palästinensischen Besucher der „History will judge you!“ brüllend den Saal verließ, gelang dies jedoch. So auch einer schwarz gekleideten bis auf das Gesicht verhüllten Araberin, deren Fragen scharf, aber sachlich formuliert waren und dem Referenten die Möglichkeit gaben, auf einige wüste Elemente des palästinensischen Narratives direkt zu reagieren.

In Bremen fand der Vortrag auf Einladung der DIG in der Landeszentrale für politische Bildung statt und in Minden in der ev. Marienkirche. Der Bremer Vortrag soll auf dem Youtubekanal der dortigen DIG zur Verfügung gestellt werden, weitere Vorträge in Celle, Hameln, und Braunschweig finden noch statt, ein weiterer bei der Ezidischen Akademie Hannover wird nicht ins Deutsche, sondern in Kurmandschi, eine kurdische Sprache, übersetzt werden.

Nach einer kurzen analytischen Einordnung des aktuellen Konfliktes berichtete Amos Davidowitz von dem Anblick, der sich ihm in den angegriffenen Kibbuzim bot und von seinen Erlebnissen in Gaza und seinen Gedanken dazu. Mich beeindruckte an seinem Vortrag besonders die menschliche Wärme, die trotz aller geschilderten militärischen Notwendigkeiten immer durch-

schien und die Empathie auch mit den Menschen auf der anderen Seite. Im Krieg ist es nötig den Feind zu töten, dennoch will er nie vergessen, dass nicht der bewaffnete junge Kämpfer oder gar Kindersoldat, dem er gegenübersteht, sein Hauptfeind ist, sondern diejenigen, die junge Menschen zu so etwas verführen. Bewegend war der Bericht Davidowitz', über den Kibbuz Beer, den er am 8. Oktober erreichte. Einen Soldaten zu sehen, für den dies der vierte Krieg ist, der Tote und Gewalt gesehen hat, der schluckt und nach Worten ringt. „Ich habe die Bilder im Kopf, aber ich habe nicht die Fähigkeit, sie zu verarbeiten und einen Weg zu finden, sie in meine Gedankenwelt zu integrieren.“

Immer wieder versuchte er zu vermitteln, was Krieg in der konkreten Situation bedeutet, in welchem Rahmen ein Soldat handeln kann und vor welchen Entscheidungen er steht. Entscheidungen, von denen man niemandem wünscht, sie treffen zu müssen. Sein Vortrag beendet eine sicher realistische Sicht auf eine sich verfinsternde Situation der Juden in der Welt und die Sorge um das Leben und die Zukunft seiner Kinder und Enkel.

Kay Schweigmann-Greve
AG Hannover

Ein Land im Trauma

Warum der Soldat Amos Davidowitz jetzt in Deutschland von seinem Einsatz berichtet

„Ich habe gerade, mit meinem Sohn, weiteren Familienmitgliedern und vielen israelischen Bürgern, viereinhalb Monate im Dienst der israelischen Armee verbracht. Wir wurden einberufen, nachdem die Hamas über tausend Israelis in ihren Häusern und Betten angegriffen, abgeschlachtet, vergewaltigt, enthauptet und verbrannt hatte; nachdem die Hamas unter Missachtung aller Regeln des Kriegsrechts um die 240 Menschen als Geiseln verschleppte (nicht alle von ihnen waren israelische Staatsbürger, nicht alle von ihnen waren Juden). Noch immer werden mehr als 100 von ihnen ohne Zugang des Internationalen Roten Kreuzes/Roten Halbmondes IRCRC oder einer anderen internationalen Organisation festgehalten. Israel hat einen Verteidigungsangriff gegen den Hamas-Angriff und die Hamas-Organisation gestartet. Es kämpft für die Zerschlagung der Organisation, deren Charta die Zerstörung des Staates Israel und die Umwandlung des Landes zwischen Jordan und Meer in ein muslimisches Gebiet mit Scharia-Recht anstrebt. Die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel dagegen streckt den arabischen Nachbarstaaten eine Hand zum Frieden entgegen, eine Hand, die die Hamas abschneiden will.

Ich bin nach Deutschland gekommen und werde in die USA reisen, um mich zu äußern. Es bestürzt mich und macht mich traurig, dass Israel des Völkermordes beschuldigt wird, anstatt dass die geplante Vergewaltigung von Frauen als Kriegswaffe, das massive Abschlachten junger Menschen bei einem Musikfestival und die schiere Brutalität des Hamas-Angriffs zu beklagt wird.

Völkermord ist definiert als: „Die absichtliche Tötung einer großen Anzahl von Menschen einer bestimmten Nation oder ethnischen Gruppe mit dem Ziel, diese Nation oder Gruppe zu zerstören“. (Oxford). Die Mörder der Hamas wurden ausgesandt, um Juden zu töten, und nicht, um bestimmte Personen zu töten, die für eine bestimmte Handlung verantwortlich oder wegen einer Position,

die sie möglicherweise innehaben. Sie wurden ausgesandt, um Juden als Juden zu töten. Das ist die EXAKTE Definition von Völkermord. Die IDF dagegen wurden geschickt, um Hamasmitglieder, -kämpfer und -führer zu fangen oder zu töten und ihre militärischen Anlagen zu zerstören – nicht irgendwelche Palästinenser sind das Ziel, sondern allein die Hamas. Das ist ein international sanktionierter Akt der Selbstverteidigung, der nichts mit Völkermord zu tun hat!

Ich bin sehr besorgt über den dramatischen und gewalttätigen Anstieg des Antisemitismus. Die Tatsache, dass bei meinem Vortragsbesuch die Polizei vor dem Veranstaltungsort steht und dass es Sorgen wegen der Sicherheit gibt, zeigt ganz konkret, dass das jüdische Volk nirgendwo auf der Welt sicher ist. Es unterstreicht die Notwendigkeit, dass der jüdische Nationalstaat Israel existiert, stark ist und sich verteidigen kann.

Ich bin gekommen, um zu berichten, was ich persönlich oder was meine Soldaten gesehen haben, von dessen Wahrheit ich absolut überzeugt bin, zu berichten, was geschieht und wie es sich auf die israelische Gesellschaft auswirkt. Ich stelle mögliche Zukunftsentwürfe nach Ende des Krieges dar und nenne die Bedingungen, die eingehalten werden müssen, wenn Gaza wieder aufgebaut wird. Dazu gehört an erster Stelle die genaue Kontrolle jedes Kilos Zement und jedes Meters Baustahl, der nach Gaza geliefert werden wird. Es darf sich nicht wiederholen, dass die Hamas den Menschen dort die materielle Basis für eine bessere Zukunft stiehlt und diese wieder für unterirdische Militäranlagen missbraucht.

Die weltweiten aggressiven Demonstrationen und die absichtliche Behinderung und Verfälschung von Informationen, die nicht in das eigene Weltbild der Organisatoren passen, bedrohen nicht nur Israel und die Juden – sie bedrohen das Grundgerüst, auf dem demokratische Gesellschaften gedeihen und der gesamte wissenschaftliche Fortschritt beruht: den freien Austausch von Ideen und die



Amos Davidowitz

Unterscheidung zwischen Fakten und Meinungen.

Ich habe mein ganzes Erwachsenenleben damit verbracht, mich sowohl aktiv für den Frieden einzusetzen als auch Israel militärisch zu verteidigen. Ich habe auch in Gaza viele solcher Projekte durchgeführt. Ich möchte, dass auch die Menschen in Gaza Hoffnung und eine gute Zukunft haben. Dies wird nur geschehen, wenn wir uns gegenseitig verstehen, wenn wir um die Kultur und die Bedürfnisse des jeweils anderen wissen und diese anerkennen. Ich bin hier, um trotz der finsternen aktuellen Situation auch diese Perspektive zu artikulieren. Die Option, die die Hamas anbietet, steht in ihrer Charta: „An dem Tag, an dem die Feinde einen Teil des muslimischen Landes an sich reißen, wird der Dschihad zur individuellen Pflicht eines jeden Moslems. Angesichts der Usurpation durch die Juden ist es obligatorisch, das Banner des Dschihad zu erheben.“ (Artikel 15) Das darf nicht das letzte Wort sein.“

Amos Davidowitz
Kibbutz Gezer

(aus dem Englischen
Kay Schweigmann-Greve)

Münster

Münster im Herbst und Winter

Der feige Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober sorgte auch in Münster für Entsetzen. Hass auf Israel: das kennt man, das kennt man auch in Münster. Doch das, was die Hamas an Terror über die Menschen in Israel brachte und die Zustimmung eines Teils der Bevölkerung, ließ die DIG Münster zügig handeln. Nur zwei Tage nach dem Terrorakt zeigte Münster Flagge: auf dem Prinzipalmarkt, Münsters guter Stube, versammelten sich Menschen, um ihre Solidarität mit Israel zu zeigen. Diese Demonstrationen wiederholten sich am 7. November, am 7. Dezember zum Weihnachtsmarkt und am 7. Februar. Vor dem Friedenssaal wurden Bilder der Geiseln gezeigt, Kerzen entzündet, kurze Reden gehalten. Das alles in wunderschöner Kulisse. Die Polizei hatte am 7. November den Prinzipalmarkt weiträumig abgesperrt, am 7. Februar „reichten“ vier Polizeiwagen, um die Veranstaltung zu schützen.

Zwei Vorträge im Shalomsaal der Jüdischen Gemeinde Münster gaben Informationen über die Entstehung der Hamas, ihre Ideologie, ihren blanken Hass auf das Judentum, ihre Bereitschaft zum Mord an Jüdinnen und Juden, ihre Gewalt gegen die eigenen palästinensischen „Untertanen“ im Gazastreifen, ihre Gewalt gegen



Münsters gute Stube war der richtige Ort, um Solidarität mit Israel zu zeigen

Israel. Thema der Vorträge von Stephan Grigat und Matthias Küntzel war aber auch die Perspektivlosigkeit im Konflikt Israels mit den verschiedenen palästinensischen Gruppen, die die Beseitigung Israels anstreben. Beide Redner wiesen auf den verhängnisvollen Einfluss des Irans hin. Das menschenverachtende Regime der gottlosen Mullahs plant seit Jahrzehnten

die Auslöschung Israels und hat sich in der Region eine militärische und politische Vormachtstellung erworben. Eine Lösung ist nicht sichtbar, da diese Gruppen an einer Zweistaaten-Lösung kein Interesse haben.

Norbert Korfmacher
AG Münster

Im letzten DIG-Magazin tauchte sie auf, ein Bild zeigt sie lachend neben unserer Vorsitzenden. Dem Vorstand der DIG Münster gehörte sie seit Jahren an. Der Angriff der Hamas auf Israel, Folter, sexuelle Gewalt und Mord an Zivilisten ließ die Rentnerin zur Höchstform auflaufen.

Valeria Stockey war sofort bereit, im Theater für Israel Geld zu sammeln. Vorstandssitzungen, Vorträge, Veranstaltungen: Valeria war dabei. Ein Autounfall beendete ihr Leben und lässt uns ratlos zurück. Die Arbeit muss weitergehen, sie geht weiter. Mit Valeria Stockey hat es mehr Spaß gemacht.

Norbert Korfmacher



Passau

Regelmäßige Infostände – neue AG Passau zeigt vielfach Präsenz

Die inzwischen zwei Jahre alte (im März 2022 gegründete) Arbeitsgemeinschaft Passau der DIG hat seit dem Massaker der Hamas eine Vielzahl an Aktivitäten durchgeführt, um Israel Solidarität zu zeigen und Antisemitismus in Deutschland entgegenzutreten.

Schon kurz nach dem 7. Oktober wurde mit dem Jungen Forum und mehreren Kooperationspartnern vor Ort eine Solidaritätsdemonstration mit Israel in Passau organisiert: Erfreulicherweise übertraf die tatsächliche Teilnehmerzahl die erwartete um mehr als das Doppelte. In der Folge wird seit Mitte Oktober regelmäßig alle 2-3 Wochen samstags ein Infostand in der Passauer Fußgängerzone ganztägig durch die AG aufgebaut und betreut. Dabei lädt ein eigens dafür angeschaffter Pavillon mit darin aufgehängten großen Plakaten der israelischen Geiseln und Infotafeln zu Israel und Antisemitismus Passanten ein, sich zu diesen Themen zu informieren. Dank zweier mobiler Fahnenstangen ist der Infostand von weitem sichtbar. Weiterhin wird am Infostand angeboten, ein Gebet oder einen Wunsch auf einen kleinen Zettel zu notieren, welcher dann durch die DIG Passau an die Klagemauer in Jerusalem gebracht wird. Tatsächlich ist die Resonanz überwiegend positiv, mit vielen Passanten kommt es zu guten Gesprächen und es ist eine höhere dreistellige Anzahl an Zettelchen zusammengekommen.

Des Weiteren fand ein israelischer Kochworkshop statt, welcher schon vor dem 7. Oktober geplant worden war. Die Kochworkshops mit der 22-jährigen Israelin Hila Peled sind inzwischen ein fester Bestandteil des Programms der AG Passau und finden etwa zwei bis drei Mal pro Jahr statt. Dabei wird in einer Gruppe von 10-15 Personen ein veganes israelisches Menü gekocht und anschließend gemeinsam gegessen. Damit wird insbesondere eine junge Zielgruppe erreicht, die zu anderen



Foto: Gerald Hetzel

DIG-Mitglieder aus Passau und Frankfurt während der Sitzblockade bei einer Anti-Israel-Demonstration in Frankfurt am Main.

Veranstaltungen der DIG nicht unbedingt kommen würde. Im lockeren Gespräch während der gemeinsamen Zubereitung können allen Themen von Interesse ohne Zeitdruck diskutiert und erörtert werden.

Zur Mitgliederversammlung der AG Passau Ende 2023, bei der der amtierende Vorsitzende Gerald Hetzel im Amt bestätigt wurde, kamen als Highlight der israelische Armeesprecher Arye Shalicar und die junge Drusin Ghazal Daher aus Israel zugeschaltet zu Wort. Das 45-minütige Gespräch mit Shalicar wurde von den Anwesenden als sehr informativ und in der gegenwärtigen Situation instruktiv gewertschätzt. Ghazal Daher, die in Jerusalem studiert, schilderte daraufhin die

Situation der drusischen Minderheit in Israel fundiert und persönlich und beantwortete ebenfalls zahlreiche Fragen.

Über die Stadtgrenze hinaus engagieren sich Mitglieder der AG Passau. So reisten sie Anfang Februar nach Frankfurt am Main, um das örtliche JuFo bei einer Sitzblockade zu unterstützen. Für mehrere Minuten gelang es, die Palästina-Demonstration der inzwischen bundesweit berühmten Hamas-Verharmloserin Aitak Barani aufzuhalten. Diese hatte zuvor, begleitet von „Kindermörder Israel“-Rufen, die Terrororganisation als „religiöse und soziale Institution“ lobend hervorgehoben.

Gerald Friedrich Hetzel

Region Stuttgart

Das „I“ in DIG

Als Bärbel Illi 2021 auf eigenen Wunsch den Vorsitz der DIG Region Stuttgart e.V. an die nächste Generation übergab, war klar, dass hier Fußstapfen zu füllen sind, die für eine Person zu groß sind. Das Wirken von Bärbel Illi in der Israelsolidarität war so weitreichend und umfassend, dass die DIG Stuttgart nur mit einer kollektiven Anstrengung als wichtiger Akteur im Kampf gegen jeden Antisemitismus erhalten bleiben kann.

Im Zuge der Neuaufstellung des Vorstands sollte mit der Wahl eines Vorsitzenden, der in Israel lebt und dort vernetzt ist, das I in DIG größer geschrieben werden.

Die Aussichten eines lebendigen deutsch-israelischen Austauschs waren begleitet von Bedenken hinsichtlich des Engagements vor Ort, im Besonderen hinsichtlich der Stände in der Fußgängerzone und des Israeltags, Herzstücke der Arbeit der DIG Stuttgart.

Es gelang der DIG Stuttgart in den letzten beiden Jahren, viele Stimmen aus Israel zu hören und Eindrücke zu Land, Kultur, Gesellschaft und Geschichte zu vermitteln. Um in die Mitte der Gesellschaft hineinwirken zu können, wurden viele Kooperationen mit Partnern aus Zivilgesellschaft, Politik und Kultur initiiert.

Aufgrund der Präsenz vor Ort in Stuttgart und in Israel konnten wir eine Reihe von deutsch-israelischen Begegnungen und Austauschen unterstützen.

Auch für den Kampf gegen antisemitische Akteure im Südwesten haben wir auf Bündnispolitik gesetzt und uns u. a. in der Initiative gegen Judenfeindschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen eingebracht. Im Kampf gegen Antisemitismus und israelbezogenen Antisemitismus war und ist uns wichtig, einerseits an Schulen und andererseits von Sicherheitsbehörden gehört zu werden. Für unser wichtigstes Anliegen – die Ausgrenzung des Palästinakomitee Stuttgart – sind wir ständig in Kontakt mit Experten und Entscheidungsträger*innen andererseits.

Der jährliche Israeltag und die Stände in der Fußgängerzone als bedeutendes Element des pro-israelischen Engagements haben unter der Neuaufstellung des Vorstands nicht gelitten. Tatsächlich beteiligten sich 2023 zwei Dutzend pro-israelische Organisationen am Israeltag.

Eine Gruppe Engagierter um unsere Schatzmeisterin Doris steht nicht nur in der Königstraße, sondern ist auch auf dem Festival der Kulturen und bei Kulturveranstaltungen präsent und erreicht so auch neues Publikum.

Der rege Kontakt und Austausch mit Israelis hat unseren Mitgliedern ermöglicht, sich ein differenziertes Bild von den innerisraelischen Spannungen im Zuge der Wahl der jetzigen Regierung zu machen, angefangen mit einem Panel mit Andrea Livnat, Ralf Balke und Marc Neugröschl am Wahlabend.

Aufgrund der differenzierten Sichtweise und der Solidarität mit dem demokratischen Rechtsstaat und seinen Institutionen fand sich die DIG Stuttgart von Rechtsextremen und Rechtspopulisten aus Deutschland und Israel angefeindet. Andererseits gelang es, der Israelsolidarität in progressiven und anderen eher israelkritischen Kreisen Gehör zu verschaffen.

Am 7. Oktober änderte sich Alles. Es ging jetzt nicht mehr darum, die israelische Gesellschaft in ihren Facetten darzustellen, sondern auf der Straße die Solidarität mit dem jüdischen Staat zu bezeugen. Die DIG Stuttgart überkam den Schock als erster Akteur im Südwesten und konnte die Jüdische Gemeinde, jüdische Organisationen, den Förderverein Emanzipation

und Frieden, SCORA (dt. – isr. Schulaustausch) und christliche Gruppen zu einem Bündnis formen, das schon am 9.10. auf dem Stuttgarter Marktplatz stand. Zur Kundgebung am 29.10. war das Bündnis bereits auf zwei Dutzend Organisationen angewachsen und konnte 1500 Menschen mobilisieren. Es folgten Mahnwachen und weitere Kundgebungen, die inzwischen schon legendäre Reihe „Stimmen aus Israel“ und eine Veranstaltung über antisemitische Netzwerke, mit denen wir die Entscheidungsträger über antisemitische Akteure im Südwesten aufklären konnten. Bei den Kundgebungen und Veranstaltungen haben Adele Raemer aus Nirim, Martin Sessler aus Magent und Ralph Lewinsohn aus Kfar Aza ihre Berichte als Überlebende weitergegeben, die Israelis Olga Deutsch, Andrea Livnat, Chaya Tal und Marc Neugröschl haben von der Lage vor Ort berichtet. Bei einer Kundgebung in Esslingen wurde ein Grußwort des Oberbürgermeisters von Givatayim verlesen. Die Times Of Israel berichtete über das israelsolidarische Engagement in Stuttgart.

Die Präsenz im öffentlichen Raum und die Aufklärung auf verschiedenen Ebenen ist dem Engagement der Mitglieder des Vorstands geschuldet, die Zeit und Energie aufgebracht haben – manchmal jenseits ihrer Limits. Wie andere DIGs sind auch wir in den letzten fünf Monaten gewachsen und verzeichnen einen Mitgliederzuwachs von 25 Prozent.

Im März wird eine Delegation der DIG Stuttgart, unterstützt von unseren Freunden der DIG Gießen, zu einer Solidaritätsreise in Israel sein.

Oliver Vrankovic
Vorsitzender DIG AG Stuttgart



Bremen/Frankfurt

Ein Besuch aus Bremen

Eine emotionslose Stimme liest Namen vor, von einem Endlosband wieder und wieder. Immer wieder die Namen der Menschen, die am 7. Oktober entführt wurden. Angstvoll warte ich auf den Buchstaben B. B wie Bibas. Dann sagt das Band den Namen Kfir. Kfir Bibas, 10 Monate. Sein Bruder Ariel Bibas, 4 Jahre, Shiri und Yarden. Die Gruppe der DIG aus Bremen, denen ein Frankfurter Wochenende wir vor Jahren versprochen hatten, ist im Jüdischen Museum; lange, ich stehe und wartet auf sie und weine immer beim Buchstaben B. „Kfir“, 10 Monate, Ariel „4 Jahre“. wieder und immer wieder. Diesen Schmerz und das Bild des kleinen Kfir mit dem Ball: das werden wir nie vergessen

Aber jetzt kommt die Gruppe von 13 Mitgliedern der DIG Bremen aus dem Museum, betroffen zugleich und angetan, interessiert und zufrieden. Ganz einfach waren sie nicht, die Vorbereitungen dieses Wochenendes, Berufstätige reisen nun mal, wenn Juden Shabbat feiern. blieb ein dichtgedrängter Sonntag, den meine Freunde Esther und Shlomo Ellrodt-Freiman krönten. Esther führte durch die Westendsynagoge und erzählte Geschichte und Geschichten, Heiliges aus den Büchern und Anekdoten aus der Gemeinde. Esther weiß alles und das weiß ich seit Jahrzehnten – aber die Bremer nicht. Und so fragte mich eine Mitreisende ehrfurchtsvoll, ob Esther eine Rabbinerin sei ... Der Vortrag begann mit einem anderen Lieblingsstar der Stadt am Main: Thomas Böppler-Wolf führte uns – „uns“ war mir wichtig, denn ich hatte den Stadtverordnetenkollegen nie in einer Führung erlebt. „Bäppi“, so nennen ihn alle liebevoll, führte die Bremer und mich durch die neue



Mitglieder der DIG Bremen im Frankfurter Rathaus: Stadtführer und Schauspieler Thomas Böppler-Wolf (1. v.l.) und Oberbürgermeister Mike Josef (5. v.l.)

Altstadt. Mit Kenntnis, Kritik und Komik. Das Museum Judengasse stand am Beginn der zwei Tage und erfüllte den Wunsch der Bremer Kollegen: sich vorstellen können, wie Juden in der Stadt am Main lebten.

Erste Bänder der Sympathie umschlungen uns beim Abschied – und ja, der fiel nicht ganz schwer: Die diesjährige DIG-Hauptversammlung findet in Bremen statt.

kor

Trier

Oberbürgermeister fand klare Worte

Bei einer Gedenk- und Solidaritätsveranstaltung, die aus Anlass des brutalen Überfalls auf den Staat Israel und seine Bürger im Foyer des Stadttheaters Trier durch die Deutsch-Israelische Gesellschaft Arbeitsgemeinschaft Trier veranstaltet wurde, fand der Oberbürgermeister der Stadt, Wolfram Leibe, klare Worte. Vor zahlreichen Zuhörern sagte der OB: „Wir treten bedingungslos für das Existenzrecht des Staates Israel

und die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger ein.

Ich möchte Dalia Schipper, Co-Präsidentin der jüdischen Gemeinde Bern, zitieren: „Wir müssen der Versuchung widerstehen, die Trauer in Hass zu wandeln, ich hoffe, dass die Menschlichkeit über die Unmenschlichkeit obsiegt.“

Klaus Bles
Vorstandsmitglied DIG Trier



Foto: Instagram Kanal „trierspd“

OB Leibe, Daniel Botmann, Zentralrat, Katharina Barley, MdEP, im Theater in Trier

Leipzig

Erstes Offenes Treffen und kreative Gruppenarbeit

Brainstorming, Netzwerken und neue Projekte – Zu Jahresbeginn fand das erste Offene Treffen der DIG Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Jungen Forum Leipzig statt.

Im Rahmen des ersten Treffens im Jahr 2024 haben wir uns das Ziel gesetzt, die Mitglieder der DIG Leipzig verstärkt in die Planung unserer Veranstaltungen einzubeziehen. An diesem Abend waren aber nicht nur Mitglieder der AG, sondern auch Vertreter von politischen Hochschulgruppen sowie der Jüdischen Studierendenorganisation Mitteldeutschlands (JAM) anwesend. Neben einer kurzen Vorstellung des DIG- und JuFo-Vorstands in Leipzig sowie einer Zusammenfassung der letztjährigen DIG-Veranstaltungen lag der Schwerpunkt auf den Veranstaltungs- und Projektwünschen unserer Verbandsmitglieder.

Dies wurde durch mehrere Gruppenarbeiten umgesetzt. Nach einem gemeinsamen Brainstorming bildeten die Teilnehmer*innen Gruppen, um Veranstaltungen und Projekte im DIG-Kontext zu besprechen. Dabei standen Fragen im Raum, wie der Inhalt unserer Projekte gestaltet sein soll und wie wir unsere Ziele und Vorstellungen klar darstellen können.



Zahlreiche Mitglieder waren vor Ort und tauschten sich über mögliche zukünftige Veranstaltungen aus

Wann ist die beste Zeit für die Veranstaltungsplanung und wie viel Unterstützung benötigen wir? Mit wem können wir kooperieren und was sind interessante Themen, die bei zukünftigen Veranstaltungen aufgegriffen werden sollen?

Jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin hatte die Möglichkeit, bei den zahlreichen Projekten Unterstützung zu leisten und Meinungen auszutauschen. Die Ideen reichten von Themen wie Erinnerungskultur bis zur Planung von Veranstaltungen im Rahmen der Antisemitismusprävention sowie der Organisation von Kundgebungen anlässlich der tragischen Ereignisse des 7. Oktober 2023 und deren Folgen. Die Vielfalt der Ideen war beeindruckend.

Wir, als DIG Leipzig, haben uns über den langen und intensiven Austausch unserer Mitglieder gefreut und aktiv an den Diskussionen teilgenommen. Hierbei lag vor allem die Vernetzung untereinander im Fokus. Die Projekte und Veranstaltungswünsche unserer Mitglieder wurden aufgegriffen, und wir arbeiten nun an ihrer Umsetzung. Der Abend endete in anregenden Gesprächen und einer Bildung von ersten Aktionsgruppen aus denen erste Projekte entstanden. Dazu gehört beispielsweise eine monatliche Mahnwache für das Gedenken an die israelischen Geiseln, die sich immer noch in den Händen der Hamas befinden.

Nicole Weise und Juliane Hadenfeldt
Vorsitzende/stell. Vorsitzende DIG



Erste Arbeitsergebnisse ...

Leipzig

Jahresschlusstreffen von DIG Leipzig und JuFo Leipzig

Reflexion, Austausch, Vernetzung, Diskussion, Genuss – So endete das Jahr

Im Capa-Haus fand das jährliche Abschlusstreffen der DIG und des JuFo Leipzigs statt, an dem auch neue Mitglieder teilnahmen. In einer Gesprächsrunde mit Nicole Weise (Vorsitzende der DIG Leipzig), Juliane Hadenfeldt (stellv. Vorsitzende der DIG Leipzig), Moritz Roßberg (Mitglied des JuFos Leipzigs) und Constantin Ganß (JuFo-Bundesvorsitzender) wurde in entspannter Atmosphäre über stattgefundene Veranstaltungen und Projekte gesprochen, Ziele des Jahres reflektiert und ein Ausblick auf kommende Veranstaltungen gegeben. Besondere Hö-



Solidaritätskundgebung nach dem 7. Oktober in Leipzig.



hepunkte waren dabei die Veranstaltungsreihe zum 75-jährigen Bestehen Israels sowie die israelsolidarischen Demonstrationen und Kundgebungen nach dem 7. Oktober. Themen der Gesprächsrunde waren aber auch die Sorge um politische Entwicklungen und der zunehmende Einfluss israelfeindlicher sowie antisemitischer Gruppen an der Universität Leipzig. Dabei wurde festgestellt, dass es immer

wichtiger wird, sich PartnerInnen und Verbündete im Kampf gegen Antisemitismus zu suchen und öffentlich als DIG stark präsent zu sein.

Der Abend wurde abgerundet mit einem kleinen israelischen Buffet und angeregten Diskussionen.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Mitgliedern, die uns letztes Jahr tatkräftig unterstützt haben und bei Constantin, der extra für das Gespräch nach Leipzig gekommen ist.

Juliane Hadenfeldt
Stellvertretende Vorsitzende

Einladung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.

Berlin, April 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

das Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.
lädt Sie ein zur

41. ordentlichen Hauptversammlung 2024

Die Hauptversammlung findet statt in der Hansestadt Bremen:

Samstag, 8. Juni 2024 von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Sonntag, 9. Juni 2024 von 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr

im Congress Centrum Bremen, Kaisen Saal, Theodor-Heuss-Allee 15, 28215 Bremen

Stimmberechtigt auf dieser Hauptversammlung sind die von den Arbeitsgemeinschaften gewählten Delegierten.

Delegierte sind von den Arbeitsgemeinschaften spätestens 2 Wochen vor der Hauptversammlung in der Bundesgeschäftsstelle unter Vorlage des Protokollauszuges der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft anzumelden.

Sollten Sie als Gast an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, melden Sie sich bitte in der Bundesgeschäftsstelle an.

Das Präsidium schlägt folgende Tagesordnung vor:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten
2. Begrüßung durch den Vorsitzenden der DIG Bremen/Unterweser e.V., Herrn Dr. Hermann Kuhn
3. Grußworte
4. Feststellung der satzungsgemäßen Ladung
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Genehmigung des Protokolls der 40. ordentlichen Hauptversammlung vom 10. und 11. Juni 2022 in Köln
7. Regularien
- 7.1. Wahl einer Tagungsleitung
- 7.2. Wahl einer Mandatsprüfungskommission
- 7.3. Wahl einer Antragskommission
8. Berichte
- 8.1. Tätigkeitsbericht des Präsidiums/Bericht des Präsidenten
- 8.2. Bericht des Schatzmeisters
- 8.3. Bericht der Rechnungsprüfer
- 8.4. Bericht des Jungen Forums
9. Aussprache
10. Entlastung des Präsidiums für die Jahre 2022 und 2023
11. Neuwahl des Präsidiums und der Rechnungsprüfer
12. Satzungsänderung
13. Anträge
14. Verschiedenes

Die Hauptversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft. Sie setzt sich gemäß § 9 der Satzung folgendermaßen zusammen:

- (1) Jede anerkannte Arbeitsgemeinschaft wird unabhängig von der Zahl ihrer Mitglieder durch mindestens einen Delegierten vertreten, sofern diese ihren Verpflichtungen, insbesondere denen aus § 14a Abs. 3 nachgekommen ist.
- (2) Je angefangene 50 Mitglieder entsendet die Arbeitsgemeinschaft einen weiteren Delegierten. Für die Berechnung des Delegiertenschlüssels ist die Entrichtung des satzungsgemäß festgelegten Beitrags maßgeblich.
Die Arbeitsgemeinschaften können über die vorgenannte Anzahl von Delegierten hinaus Ersatzdelegierte wählen.
- (3) Das Junge Forum der DIG (§ 15) kann bis zu drei Delegierte in die Hauptversammlung entsenden.
- (4) Einzelmitglieder, die keiner Arbeitsgemeinschaft angehören, haben das Recht, mit aktivem und passivem Wahlrecht an den Delegierten-Wahlversammlungen der verkehrsmäßig am günstigsten zu erreichenden Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen.
- (5) Korporative Mitglieder (Juristische Personen und Personenvereinigungen) haben das Recht, durch einen Bevollmächtigten oder gesetzlichen Vertreter an den Delegierten-Wahlversammlungen der für sie zuständigen Arbeitsgemeinschaft mit aktivem und passivem Wahlrecht teilzunehmen.

Bonn

AG Bonn im Fadenkreuz palästinensischer Störmanöver

Die AG Bonn lud am 26. Februar zum Gespräch mit Politikwissenschaftler Aras-Nathan Keul und dem Sprecher der israelischen Armee, Arye Sharuz Shalicar. Palästinenser forderten die Absage der Veranstaltung. Trotz massiver Proteste war die sehr gut besuchte Veranstaltung ein voller Erfolg.

Die als Fachgespräch deklarierte Veranstaltung in Kooperation mit dem Evangelischen Forum Bonn sollte zu einem direkten Austausch zur aktuellen Situation, den Hintergründen und der Rolle des iranischen Regimes im Krieg gegen die Hamas mit dem über Zoom zugeschalteten IDF-Pressesprecher und dem Publikum vor Ort werden. In einem offenen Brief an das Evangelische Forum Bonn forderte die Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V. die Absage der Veranstaltung mit der Begründung: „Die DIG hat es bis zum heutigen Tag nicht vermocht, sich von Israels Vertreibungskrieg zu distanzieren. Sie hat sich vielmehr durchweg als Sprachrohr der israelischen Regierung betätigt und sich bemüht, deren Verbrechen zu leugnen, zu relativieren oder zu rechtfertigen.“

Der Brief hat offenbar seinen Weg auch zum General-Anzeiger Bonn (GA) gefunden. Die Berichterstattung im GA sorgte



Arye Sharuz Shalicar und Aras-Nathan Keul

für ein reges Interesse der Öffentlichkeit an unserer Veranstaltung. Die Anmeldezahlen schnellten in die Höhe. Wir hatten weitaus mehr Anmeldungen als freie Plätze. Eine Flugblattaktion, die zum Boykott der Veranstaltung aufrief, hat diese Tendenz womöglich noch verstärkt.

Am Veranstaltungstag fand dann tatsächlich zeitgleich zu unserem Fachgespräch eine palästinensische Gegenkundgebung unter verstärkter Polizeipräsenz statt. Außerdem war von einem bundesweiten Aufruf zur Beteiligung an der Gegenkundgebung sowie von dem Versuch, die Teilnehmer/innen am Zugang zu unserer Veranstaltung zu hindern, die Rede. Dass wir dennoch unser Fachgespräch ohne Störungen abhalten konnten, verdanken wir der Umsicht der Polizei in Bonn, die nicht

nur für die öffentliche Ordnung vor dem Veranstaltungsgebäude sorgte, sondern auch den Zugang zu unserer Veranstaltung für alle angemeldeten Teilnehmer/innen offenhielt.

Die Veranstaltung war schon deshalb ein Erfolg, weil sie trotz aller Widrigkeiten stattfand. So konnte ein offenes Gespräch geführt und eine Vielzahl auch kritischer Fragen beantwortet werden. In Bonn fanden und finden zahlreiche pro-palästinensische Aktionen statt. Wie sowohl der Vorsitzende, Jan Eickenboom, als auch Vorstandsmitglied Ursula Schmitt betonten: „Unser Recht, eine Veranstaltung durchzuführen, lassen wir uns von niemanden streitig machen!“

Ursula Schmitt
Vorstand DIG Bonn



Gespräch mit dem Botschafter Israels

Das neue strategische Umfeld im Nahen Osten

Eine Veranstaltung der AG Bonn und des Internationalen Clubs La Redoute Bonn e.V.

Am Tag nach unserem Gespräch mit Arye Sharuz Shalicar konnten wir den Botschafter Israels S.E. Ron Prosor in Bonn begrüßen. Die Veranstaltung fand vor 250 geladenen Gästen in den eleganten Räumlichkeiten unseres Kooperationspartners statt. Wieder waren wir auf eine Sicherheitsfirma und Polizeischutz angewiesen; an diesem Abend gab es aber keine Zwischenfälle.

Der Botschafter freute sich, in Bonn zu sein, wo er in den neunziger Jahren tätig war. Er begann mit einem Vortrag, in dem er die Entwicklung des Konflikts mit der Hamas seit der Räumung des Gaza-Streifens 2005 erläuterte; er war an dieser Entscheidung damals beteiligt, mit der Israel so auf ein friedliches Miteinander gehofft hatte.

Im Anschluss ging Ron Prosor auf die Rolle der umliegenden Staaten, der Vereinten Nationen und des Iran ein. Unmissverständlich machte er klar, wie wichtig es ist, die Terrororganisation Hamas zu zerschlagen. In diesem Zusammenhang stellte er sich auch gegen die Idee einer Zweistaatenlösung, die in der Vergangenheit jedes Mal von palästinensischer Seite abgelehnt worden war.



Foto: Internationaler Club la Redoute

Ein herzliches Willkommen an den Botschafter Israels!

Im Anschluss beantwortete der Botschafter Fragen, auch zur Rolle der Vereinten

Nationen, bei denen er Israel bereits als Botschafter vertreten hatte. Er ging auch auf den antisemitischen Eklat bei der Berlinale ein.

Jan Eickenboom
Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft Bonn

Ein schmerzlicher Rekord

Die Zahl der Mitglieder der Deutsch-Israelischen Gesellschaft ist um fast 30% gestiegen. Das ist ein Ergebnis, auf das man als Verein stolz sein kann. Der Anlass jedoch ist schmerzlich: nach dem 7. Oktober 2023 verzeichnet unsere Organisation bisher 2046 Neueintritte und ist damit auf 8163 Mitglieder angewachsen. An 56 Standorten im gesamten Land engagieren sich unsere Arbeitsgemeinschaften und bekennen sich, besonders in diesen Wochen, zum jüdischen Staat Israel. Einige Eindrücke von der Arbeit vor Ort finden sich auf diesen Seiten.

(red)

Kassel

Eine Gedenkstele für das ehemalige jüdische Gemeindehaus in Kassel

An der Großen Rosenstraße in Kassel erinnerte bis zum 5. November 2023 nichts mehr an das jüdische Leben, das dort einst gut 70 Jahre lang pulsierte. Die historische Bebauung der Straße war im Krieg ohnehin fast vollständig zerstört worden. Mit einer neuen Gedenkstele wird nun auf das Schicksal des ehemaligen jüdischen Gemeindehauses an der Großen Rosenstraße 22 und seiner Nutzer hingewiesen. Die Stele sei „als Ort der Mahnung wichtig wie nie zuvor“, sagte der Kasseler Oberbürgermeister Sven Schoeller bei der Einweihung vor gut 50 Gästen aus Jüdischer Gemeinde, Politik und Stadtgesellschaft.

Das Projekt für die Aufstellung der Gedenktafel gab es schon länger. Bereits 2018, zum 80. Jahrestag der Novemberpogrome, hatte sich ein Geschichtsleistungskurs der Albert-Schweitzer-Schule (ASS) dem jüdischen Leben in Kassel vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten gewidmet. Daraus entwickelte der Lehrer Boris Krüger, der auch stellvertretender Vorsitzender der AG Kassel der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) ist, die Idee für die Stele. In Kooperation mit der Stadt Kassel konnte die DIG fast genau 85 Jahre nach dem Pogrom nun die Aufstellung durchführen.

In dem 1872 erbauten Mehrfamilienhaus Große Rosenstraße 22 waren mehrere jüdische Einrichtungen beheimatet: die Gemeindeverwaltung, eine Volksschule, eine Bibliothek und ein kleines Altersheim. 1898 wurde hinter dem Gemeindehaus noch eine orthodoxe Synagoge errichtet – sie bestand parallel zur liberalen Synagoge in der Unteren Königsstraße.

Bereits zwei Tage vor dem Beginn der reichsweiten Pogrome, nämlich schon am Abend des 7. November 1938, war in Kassel der nationalsozialistische Mob unterwegs. Das Gemeindehaus wurde verwüstet und geplündert. Am Morgen des 8. Novembers türmte sich zertrümmertes Mobiliar vor dem Gebäude. Fotos zeugen bis heute davon, wie eine große Gruppe Schaulustiger vor dem Gemeindehaus stand.

Später wurde das Gebäude von den Nazis als „Judenhaus“ benutzt. Von dessen letzten 79 jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern haben nur zwei ihre Deportation in die Vernichtungslager überlebt.



Am Morgen des 8. November 1938: am Vorabend wurde das Gemeindezentrum geplündert

Schülerinnen und Schüler der ASS verlasen bei der Einweihung ihre Namen. Schoeller und auch Krüger schlugen in ihren Reden immer wieder den Bogen in die Gegenwart: Antisemitismus und Menschenhass seien nicht erst seit dem jüngsten Angriff der Hamas auf Israel wieder stark verbreitet – trotz der Ereignisse im Dritten Reich.

Ilana Katz, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, bedankte sich für den Rückhalt: Wegen ihrer Freunde und der Unterstützung fühle sich ihre Gemeinde in Kassel stark. „Wir werden nicht still sein“, versprach Katz.

„Verbrechen gegen die Menschlichkeit“

Kundgebung vor dem Rathaus und Mahnwache an der Synagoge in Kassel

Etwa 300 Menschen kamen nach dem Angriff auf Israel vor dem Kasseler Rathaus zusammen, um ihr Entsetzen über den Terrorüberfall der Hamas zum Ausdruck zu bringen und ihre Solidarität zu bekunden. Eingeladen hatten die DIG Kassel, das JuFo, die Jüdische Gemeinde Kassel und das Sara-Nussbaum-Zentrum für jüdisches Leben. Der bestialische Überfall von Gaza aus sei ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das uns zutiefst erschüttert und wütend macht“, eröffnete Oberbürgermeister Sven Schoeller die Reden. Es sei ein Massaker, das alle Formen der Barbarei aufweise und für das es keine Rechtfertigung gebe. „Wir stehen an der Seite der Menschen in Israel.“ Schoeller

ging auch auf die antisemitischen Sympathisanten in unserem Land ein: „Wer diesen Terror bejubelt oder billigt, handelt in hohem Maße verächtlich.“

Von einer „Tragödie, die uns das Herz schwer macht“ sprach Boris Krüger vom Kasseler DIG-Vorstand. „In dieser schweren Zeit bekunden wir unsere uneingeschränkte Solidarität mit Israel.“ Mit ihm standen einige der 15 Jugendlichen auf der Bühne, deren geplante Austausch-Reise nach Israel abgesagt worden war. Ilana Katz von der Jüdischen Gemeinde forderte tief gerührt die Anwesenden zu einer Schweigeminute auf. „Wie viele Israelis müssen ermordet werden, dass ihr euch entscheidet, den Mund aufzumachen?“

Sie forderte, den Iran, der hinter dem Anschlag stehe, mit Sanktionen zu belegen.

Zwei Tage später, am 13. Oktober, nahmen Mitglieder der AG Kassel an der Mahnwache vor der Kasseler Synagoge teil, zu der die Evangelische Kirche kurzfristig zuvor aufgerufen hatte. Etwa 150 Menschen schützten zusammen mit der Polizei das Gotteshaus während des Schabbat-Gottesdienstes und setzten so ein Zeichen gegen Antisemitismus und für Solidarität mit der jüdischen Gemeinde.

Boris Krüger
stellvertretender Vorsitzender
der AG Kassel



Düsseldorf

Emil Brachthäuser als Vorsitzender bestätigt

Auf ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung hat die Arbeitsgemeinschaft Düsseldorf der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V. (DIG) am Donnerstag, den 29. Februar 2024, den amtierenden Vorstand für weitere zwei Jahre bestätigt.

Zum Vorsitzenden wurde erneut Emil Brachthäuser, Generalstaatsanwalt a. D., gewählt, seine Stellvertreter sind Egon Schawe und Jürgen Sterzenbach. Auch die Beisitzer Philipp Butler, Emanuel Domnitsch, Klaus-Peter Hennig, Paul Marx und Ulrike Zuehlsdorff wurden wiedergewählt; als weiteren Beisitzer wählte die Versammlung Prof. Dr. Frank Peinemann neu in den Vorstand.

Zu der Versammlung im Gerhart-Hauptmann-Haus waren viele neue Mitglieder gekommen, um sich über die Aktivitäten der DIG Düsseldorf zu informieren. Nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober verzeichnete die Arbeitsgemeinschaft über 80 Neueintritte, darunter zahlreiche jüngere Menschen.

Mitglied der DIG Düsseldorf ist auch der Wuppertaler Bundestagsabgeordnete Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der über die aktuelle Lage in Israel und im Gaza-Streifen berichtete. Im Mittelpunkt stand die ungelöste Frage, wie es nach Beendigung des Krieges weitergehen soll. In der Unterstützung Israels seien sich die im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien einig und nur in Nuancen unterschiedlicher Meinung.

Jürgen Sterzenbach



Jürgen Hardt MdB und der wiedergewählte Vorstand der DIG Düsseldorf mit Klaus-Peter Hennig, Egon Schawe, Emil Brachthäuser (Vorsitzender), Ulrike Zuehlsdorff, Jürgen Sterzenbach und Philipp Butler (v.l.n.r.)

Neues DIG-Format:

Das Online Mitgliedertreffen lädt alle ein

Mitgliedern der DIG in Zeiten des verstärkten Informationsbedarfes Teilnahme und Diskussion zu ermöglichen – das ist Sinn und Zweck einer neuen Veranstaltungsreihe der DIG. Unter Leitung der Politischen Geschäftsführerin Sarah Laubenstein ist das nunmehr dritte Online-Mitgliedertreffen in Planung. Insbesondere sind es die neuen Mitglieder, die sich schnell verorten und zugehörig fühlen, wenn sie von Präsident Volker Beck begrüßt werden, mit ihm ins Gespräch kommen, digitale Begegnungen mit Kollegen und interessanten Referenten erleben.

220 Teilnehmer, das war der Höchststand jener, die sich eingeloggt hatten beim ersten digitalen Mitgliedertreffen. Die Brisanz der Veranstaltung und insbesondere des Referenten konnte nicht größer sein: Arye Sharuz Shalicar, in Berlin aufgewachsener Sprecher der israelischen Armee, stand Rede und Antwort. Nach einer intensiven Schilderung der aktuellen Situation beantwortete er geduldig Fragen – ob sie sich mit Hamas-Tunneln oder den Methoden des Krieges, mit den Geiseln oder der militärischen Zusammenarbeit mit anderen Ländern befassen.

130 Teilnehmer hatte eine weitere Veranstaltung, die von Dr. Dan Shueftan mit einem Impulsreferat begonnen wurde. Shueftan ist Berater der israelischen Regierung und saß als Mitglied der Knesset einst auch auf der anderen Seite des Schreibtisches.

Im Mittelpunkt des nächsten politischen Gespräches steht der ehemalige israelische Diplomat Ilan Mor, dessen Karriere auch Berlin als Amtssitz verzeichnete. Der entsprechende Link wird auf dem üblichen Weg bekanntgegeben, jedes interessierte DIG-Mitglied kann sich einwählen. In Vorbereitung auf das Gespräch empfiehlt die Redaktion Ilan Mors Beitrag in diesem Heft: „Die Herausforderung der internationalen Gemeinschaft“.

Vortrag von Monika Schwarz-Friesel in Düsseldorf

Die Israelisierung des Antisemitismus

„Warum die schwarze Antwort des Hasses auf dein Dasein, Israel?“ Dieses Zitat der Lyrikerin und Nobelpreisträgerin Nelly Sachs aus dem Jahr 1961 wählte Prof. Dr. Monika Schwarz-Friesel zum Titel ihres Vortrags im Leo-Baeck-Saal, der von der DIG Düsseldorf in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit veranstaltet wurde.

Die Referentin stellte gleich zu Beginn klar, dass Nelly Sachs damals nicht den jüdischen Staat gemeint habe, sondern die jüdische Existenz an sich. Im weiteren Verlauf ihres Vortrags machte sie jedoch deutlich, dass sich Antisemitismus heute zunehmend auf den Staat Israel fokussiere. „In ihrer chamäleonartigen Wandlungsdynamik hat sich Judenfeindschaft im Lauf der Jahrhunderte stets opportun den aktuellen Situationen angepasst und die jeweils im Fokus stehende Dimension jüdischer Existenz attackiert. Israel ermöglicht nach 2000 Jahren Ausgrenzung und Verfolgung eine genuin jüdische Lebensweise und ist eine phänomenale Erfolgsgeschichte – und damit eine Provokation für alle Antisemiten. Daher ist Israel der Stachel im modernen antisemitischen Geist, der Staat ist per se Hassobjekt, völlig unabhängig von seiner Innen- oder Außenpolitik,“ so ihre These.

Monika Schwarz-Friesel hat den Lehrstuhl für Allgemeine Sprachwissenschaft an der TU Berlin inne und forscht seit über 20 Jahren zum Thema Antisemitismus. Sie untersucht insbesondere dessen sprachliche Ausdrucksformen und deren Einfluss auf das Denken und Fühlen der Menschen. Ihr Ansatz ist empirisch; sie setzt nicht auf Befragungen, die ja immer eine künstliche Situation darstellen und entsprechende Aussagen produzieren, sondern hat vor 20 Jahren die Korpusanalyse in die Antisemitismusforschung eingeführt. Das sind Sammlungen von authentischen Texten, die in großen Textkorpora gesammelt und untersucht werden. Dazu gehören zum Beispiel ein historischer Korpus mit Texten vom 1. Jahrhundert bis zum Jahr 1945 sowie aktuelle Korpora mit Texten aus sozialen Medien und E-Mails.

Rhetorik des Judenhasses ist 2000 Jahre alt
Hunderttausende von authentischen Texten bilden die Grundlage für diese

Forschungen, die zeigen, dass Judenfeindschaft in uralten Sprach- und Denkmustern enthalten ist, die seit 2000 Jahren kontinuierlich tradiert und heute insbesondere auf den Staat Israel projiziert werden. Der Ursprung der Rhetorik des Judenhasses erklärt sich aus der Abgrenzung des frühen Christentums von der Ursprungsreligion. In der Bibel wurden Juden als „Kinder des Teufels“ (Johannesevangelium 8.44-45) und „Feinde der Menschheit“ (Erster Brief des Paulus an die Thessalonicher 2.15) bezeichnet, heute werden Plakate mit der Parole „Israel – der wahre Menschenfeind“ durch die Straßen getragen. Derselbe uralte Hass äußert sich auch in unzähligen Briefen und E-Mails, die heute an Jüdische Gemeinden, den Zentralrat der Juden oder an die israelische Botschaft geschickt werden und in denen Formulierungen wie „Israelis sind Teufel in Menschengestalt“ oder „Israel ist das Böse in der Welt“ an der Tagesordnung sind.

Die empirische Forschung Monika Schwarz-Friesels belegt, dass der israelbezogene Antisemitismus heute die dominierende Form des Antisemitismus ist. Den oft gehörten Einwänden, israelbezogener Antisemitismus sei kein echter, kein wirklicher Antisemitismus und es gäbe hier Unsicherheiten oder Grauzonen, tritt sie deutlich entgegen. Ebenso dem Argument, Antisemitismus und politisch legitime Kritik an Israel würden gleichgesetzt.

Herkunft aus der Mitte der Gesellschaft

Der Ansicht, es handele sich um ein Randgruppenphänomen, vor allem aus dem rechten Spektrum, hält sie entgegen, dass Judenfeindschaft schon immer aus der Mitte der Gesellschaft gekommen sei und auch heute noch komme, wie etwa „israelkritische“ Schlagzeilen und Kommentare in den Medien zeigten. Sympathien für die antiisraelische BDS-Initiative in intellektuellen und kulturellen Kreisen (Initiative GG



Prof. Dr. Monika Schwarz-Friesel

5.3 Weltoffenheit, Documenta 15, Achille Mbembe, Roger Waters) zeigen, dass israelbezogener Antisemitismus gerade auch in Gruppen zu verorten ist, die sich als Elite verstehen. „Israelhass ist im 21. Jahrhundert politisch korrekter Antisemitismus“, so das Fazit von Monika Schwarz-Friesel. Zahlreiche interessierte Nachfragen aus dem Publikum zeigten, dass die Referentin mit ihren Ausführungen einen Nerv getroffen hatte. Unter den Anwesenden war auch Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller, der es sich nicht nehmen ließ, die international renommierte Wissenschaftlerin und gebürtige Rheinländerin persönlich in Düsseldorf willkommen zu heißen. In seinem Grußwort bekräftigte er, dass die Stadtgesellschaft in ihrer großen Mehrheit an der Seite der jüdischen Gemeinde und an der Seite Israels stehe. Auf das Nelly-Sachs-Zitat im Veranstaltungstitel eingehend sagte er, „es mag hoffentlich aufrütteln!“ Zur Vertiefung des Vortrags ist das neueste Buch von Monika Schwarz-Friesel, „Toxische Sprache und geistige Gewalt – wie judenfeindliche Denk- und Gefühlsmuster seit Jahrhunderten unsere Kommunikation prägen“ zu empfehlen.

Jürgen Sterzenbach

Duisburg – Mülheim – Oberhausen

Durch guten Willen verbunden

Warum es unserer Gesellschaft gut tut, auf Israel zu schauen und eine im Zweifel auch kritische Solidarität mit dem Staat Israel zu pflegen.

Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Duisburg-Mülheim-Oberhausen, Markus Püll.

Warum hoffen Sie darauf, deutschen Schülerinnen und Schülern, bald wieder Reisen nach Israel anbieten zu können?

Weil ich aus früheren Schülerreisen nach Israel weiß, wie wertvoll die Eindrücke für die jeweilige Persönlichkeitsentwicklung waren, die deutsche Jugendliche durch Begegnungen und Gespräche mit gleichaltrigen Israelis gewinnen und als Lebenserfahrung mitnehmen konnten.

Was hat Sie in diesem Zusammenhang besonders beeindruckt?

Dass deutsche Jugendliche in Israel auf Altersgenossen getroffen sind, für die der Wehrdienst in der Armee sehr viel selbstverständlicher war und ist als für sie, weil junge Israelis vor dem Hintergrund der jüdischen Geschichte und der Geschichte des Staates Israel den Wehrdienst als einen Dienst für die eigene Gesellschaft ansehen. Mit großem Interesse haben die Jugendlichen auch miterlebt, wie multikulturell und integrationsfähig die israelische Gesellschaft nicht nur mit Blick auf jüdische Einwanderer, sondern auch auf die Angehörigen der christlichen und muslimischen Minderheiten ist, weil sich alle als Teil eines freien und demokratischen Staates Israel verstehen. Ein solches inneres Nation Building ist auch für die zunehmend multikulturelle Gesellschaft Deutschlands beispielgebend und inspirierend.

Manchmal hört man von Schülerinnen und Schülern von einem Overkill an historischem und politischem Unterricht über Nationalsozialismus und Holocaust. Welche Erfahrung haben Sie mit deutschen Schülerinnen und Schülern beim gemeinsamen Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem gemacht?

Von einem Overkill kann keine Rede sein. Natürlich kann Yad Vashem die nicht nur millionenfache, sondern vor allem die individuelle Dimension des Holocaust sehr viel eindrücklicher, anschaulicher und damit begreifbarer machen, als es ein Politik- oder Geschichtslehrer leisten kann. Mein Eindruck war, dass die deutschen Schülerinnen und Schüler aus Yad Vashem ein vertieftes Bewusstsein dafür mitnehmen, dass es angesichts des Holocaust keine Kollektivschuld, sehr wohl aber eine Kollektivchance gibt: den Auftrag für die Zukunft, menschenverachtende Ideologien, wie Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nie wieder gesellschaftsfähig werden zu lassen – ob bei uns oder weltweit.

Am 23. Oktober 2023 haben Sie zu einem Festakt: 50 Jahre DIG Duisburg-Mülheim-Oberhausen und 75 Jahre Staat Israel ins Duisburger Rathaus eingeladen. War Ihren Gästen und Ihnen angesichts der aktuellen Lage überhaupt zum Feiern zuzumute?

Wir haben unseren Festakt im Duisburger Ratsaal, an dem auch die Duisburger Bundestagsabgeordnete und Präsidentin des Deutschen Bundestages, Bärbel Bas, teilgenommen hat, ganz bewusst als eine Solidaritätsveranstaltung mit Israel deklariert. Es war uns als DIG Duisburg-Mülheim-Oberhausen wichtig, ein Zeichen der Solidarität, aber auch Standhaftigkeit zu senden, dass wir zu unserem Glück vereint sind, wenn es um die Bewahrung von Frieden, Freiheit, Toleranz und Demokratie geht, aber auch dann, wenn es um die gemeinsame und entschlossene Abwehr von Rassismus, Antisemitismus, Extremismus und Terrorismus geht. In diesem Zusammenhang denke ich nicht nur gerne an unsere Veranstaltung im Duisburger Rathaus, sondern auch an Besuche und Gespräche in der Synagoge der Jüdischen Gemeinde Duisburg sowie an eine Solidaritätskundgebung auf dem Mülheimer Synagogenplatz am 12. Oktober und an das interreligiöse Gedenken zum Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November und das interreligiöse Chanukkafest im Dezember. Alle drei Veranstaltungen auf dem Mülheimer Synagogenplatz waren gut besucht. Unter den Gästen waren auch muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Veranstaltungen haben gezeigt, dass Menschen guten Willens, nicht allein sind und dass sie mehr verbindet als sie trennt.

Das Gespräch führte Thomas Emons



Freiburg

Feministinnen, wieso schweigt ihr?

Eineinhalb Jahre nachdem in Berlin Frauen weiße, mit Kunstblut beschmierte Kleider anzogen, um gegen die Vergewaltigungen ukrainischer Frauen durch russische Soldaten zu demonstrieren, werden Frauen und junge Mädchen in Israel von der Terrorgruppe Hamas am 7. Oktober vergewaltigt. Dieses Mal gibt es in Deutschland und anderswo keine aufsehenerregenden Demonstrationen gegen die gezielte Demütigung und Erniedrigung dieser Frauen, Mädchen und sogar Männer. Wieso nicht?

Öffentlich wird diese gezielte Gewalt gegen Frauen durch die Hamas kaum thematisiert. Es gibt so gut wie keine Demonstrationen, die sich den Frauen widmen. Am schlimmsten ist jedoch, dass sich sogar feministische Organisationen schwer damit tun, das anzusprechen. Einzelne Feminist:innen leugnen die Vergewaltigungen sogar.

Kriegerische Konflikte, in denen Vergewaltigungen nicht passieren, sind selten. Gezielte sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Männer hat langfristige Folgen für eine Gesellschaft. Die Opfer werden gedemütigt und erniedrigt. Mit ihnen aber auch deren Umfeld, ihre Familie. Sie erzeugen kollektive Angst und Scham. Diese Scham sorgt dafür, dass es Gemeinschaften schwerfällt, die Opfer anschließend wieder zu integrieren.

Frauenrechtler:innen haben jahrelang dafür gekämpft, dass die Geschichten und die Perspektive von Frauen, die dieser Gewalt ausgesetzt waren, bekannt und anerkannt werden. Mindestens seit #metoo sind sich Feminist:innen einig, dass Opfern sexualisierter oder partnerschaftlicher Gewalt immer zuerst geglaubt werden muss.

Nur bei israelischen Frauen wollen einige Feminist:innen ihren Konsens über Bord

werfen und dementieren die Tatsache von gezielter Gewalt gegen Frauen im Krieg? Dabei hatten sie für deren Anerkennung doch so lange gekämpft. Beispiel UN Women: Als eine der weltweit größten Gruppen, die sich für die Rechte von Frauen einsetzt, hat die Organisation wochenlang geschwiegen. Obwohl die Beweislast inzwischen absolut klar und eindeutig ist, bleibt der Aufschrei aus. Dass auch feministische Gruppen weiterhin schweigen und es keine eindeutige feministische Positionierung zu dieser Gewalt gibt, diskreditiert die gesamte Bewegung.

Scheußlich, dass es Menschen wagen, die barbarischen Taten der Hamas-Terroristen zu rechtfertigen. Sie würden sich gegen eine Besatzungsmacht wehren? Indem sie israelische Frauen vergewaltigen und durch die Straßen von Gaza schleifen?

Aus einer Rede von Gabriela Schlesiger
DIG Freiburg

UN: „Schwerste sexuelle Gewalt gegen Frauen bei Hamas-Anschlag“

Sexuelle Gewalt als Kriegsmittel ist geächtet. Sexuelle Gewalt verstößt gegen Kriegs- und Menschenrecht. Abgesehen davon, dass der Überfall der Hamas am 7. Oktober kein Krieg, sondern ein entmenslichter terroristischer Überfall war, ist die Ächtung selbstverständlich ohne Wirkung. Sexuelle Gewalt gegenüber Frauen, aber auch an Männern, gilt als besonders demütigende „Waffe“. Sie wurde nicht nur ausgeübt in den überfallenen Dörfern an der Gaza-

grenze, sondern, so die Annahme in einem Bericht der UN, findet auch Anwendung gegenüber den von der Hamas festgehaltenen Geiseln.

Israel hat den Vereinten Nationen lange vorgeworfen, auf das grausame Geschehen vom 7. Oktober nicht angemessen zu reagieren. Jetzt lobt der israelische Präsident Izchak Herzog den UN-Bericht der Sonderbeauftragten für sexualisierte Gewalt, Pramila Patten, der

Mitte März veröffentlicht wurde. Darin heißt es unter anderem, dass die meisten „Opfer erst vergewaltigt und dann getötet wurden – mindestens zwei Fälle standen im Zusammenhang der Vergewaltigung von Frauenleichen“. In ihrem Bericht schreibt Patten auch, dass es klare und überzeugende Informationen darüber gebe, dass Geiseln sexueller Gewalt und Folter ausgesetzt seien. „Bring them home – Now!“

kor

Berlin – Brandenburg

„Weil es das Mindeste ist, was ich tun kann“

Die DIG Berlin und Brandenburg erlebt seit dem 7. Oktober eine Welle von Neueintritten – Jetzt schon 1300 Mitglieder

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Berlin und Brandenburg erlebt seit dem 7. Oktober 2023 eine regelrechte Welle von Neueintritten. Lag die Mitgliederzahl vorher bei rund 870, so sind es inzwischen (Stand Ende Februar) fast 1300. Ein Zuwachs um 50 Prozent. Und immer noch kommen weitere hinzu. Der eingetragene Verein ist damit die mit Abstand größte regionale Gliederung der DIG. Das tausendste Mitglied, Cäcilia Hermes, wurde vom Vorsitzenden Jochen Feilcke und dem Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der israelischen Botschaft, Anan Zen, am 14. November anlässlich einer Informationsveranstaltung der DIG im Jüdischen Gemeindehaus mit einem Blumenstrauß begrüßt. Die 30jährige Juristin und Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Serap Güler war während der großen Solidaritätsdemonstration am 22. Oktober vor dem Brandenburger Tor spontan beigetreten.

Am 30. Januar 2024 fand dann für alle ein Neumitgliedertreffen statt, das, so Jochen Feilcke, „größte Neumitgliedertreffen der DIG aller Zeiten“. Mehr als 100 engagierte Israelfreunde nahmen daran teil. Viele wollen die DIG nicht nur passiv unterstützen, sondern suchen nach aktiven Mitwirkungsmöglichkeiten. Bei dem Treffen stellten sich deshalb die Vorstandsmitglieder mit ihren Arbeitsbereichen vor.

Der Zustrom zeigt: Zahlreiche Menschen in der Region wollen aktiv ihre Solidarität mit Israel zeigen und etwas gegen den wachsenden Antisemitismus unternehmen. Sie haben begriffen: Nie wieder ist jetzt. Das kam auch in den Briefen und Mails zum Ausdruck, die oft zusammen mit den Mitgliedsanträgen geschickt wurden. Dabei muss man den Antrag eigentlich gar nicht begründen. Doch viele wollten nicht nur ein Formular ausfüllen, sondern darüber hinaus ihre Motivation mitteilen. Die Schreiben zeigen, wie sehr es seit dem 7. Oktober in jenen Mitbürgern brodelte, die weder den Holocaust vergessen haben noch überhaupt ihre Menschlichkeit.

Hier einige anonymisierte Auszüge aus den Äußerungen: Eine junge Frau schrieb unter ihren Mitgliedsantrag, sie wolle „nicht still sein und die Augen verschließen“. Eine andere: „Ich habe schon längere Zeit mit dem Gedanken gespielt, Ihrer Gesellschaft als kleiner Förderer beizutreten. Nun ist mit den barbarischen Geschehnissen in Israel die Sache entschieden. Ein kleines Zeichen meiner Solidarität als deutsche Staatsbürgerin und evangelische Christin.“ Ein Neumitglied formulierte: „Als jemand der in der Vergangenheit in Israel gelebt und gearbeitet hat, bin ich von den jüngsten Ereignissen in Israel und auch von den darauffolgenden



v.l.n.r.: Anan Zen, Botschaft des Staates Israel, Neumitglied Cäcilia Hermes, Jochen Feilcke, Vorsitzender DIG Berlin Brandenburg

Reaktionen von Unterstützern dieses Terrors weltweit zutiefst betroffen und traumatisiert. Ich fühle eine persönliche Verpflichtung meinen israelischen Freunden gegenüber, mich stärker gegen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit einzusetzen.“

Die antisemitischen Kundgebungen und Äußerungen in Deutschland nannten auch viele andere als ihr Beitrittsmotiv. „Es ist schwer zu ertragen, was nicht erst seit eben, aber grad so vermehrt auf unseren Straßen und selbst im eigenen Freundeskreis oder kulturellen Umfeld passiert. Ich weiß um die Gräueltaten meiner Vorfahren und werde tun, was in meiner Macht steht, damit sich so etwas nicht wiederholt. Danke für euren Einsatz.“ Ein anderes Neumitglied formulierte: „Ich habe auch Verbindungen zu Künstlern des Tribe of Nova Festivals, zu israelischen Künstlern im Allgemeinen sowie zur Berliner Clubszene. Dort gibt es – wie ich leider in den letzten Tagen bei persönlichen Gesprächen feststellen musste – ein tiefsitzendes Antisemitismusproblem, für das ich nach Erklärungen und Lösungen suche.“ Ganz schlicht begründete ein anderer seinen Antrag: „Ich möchte Mitglied der DIG werden, weil es das Mindeste ist, das ich im Moment tun kann.“

Werner Kolhoff

„Nie wieder“ – ohne Juden?



In der Vergangenheit wurde immer wieder zurecht kritisiert, dass das ritualisierte Gedenken am 27. Januar an die in der Schoa Ermordeten mit den immer gleichen Sonntagsreden zu wenig ist. Schließlich erfordert die Bekämpfung von Antisemitismus konkrete Taten und nicht nur warme Worte. Dass Auschwitz nie wieder sein dürfe, wurde langsam zur abgedroschenen Phrase, die nur wenige noch mit konkreten Forderungen nach Maßnahmen zum Schutz jüdischen Lebens füllten.

In den letzten Wochen und Monaten wurde „Nie Wieder“ auch außerhalb des Holocaustgedenktags gerufen. „Nie Wieder ist Jetzt“ hallte es durch die gesamte Bundesrepublik, als Hunderttausende nach den Correctiv-Enthüllungen über ein Geheimtreffen Rechtsextemer unter Beteiligung der AfD auf die Straße gingen. Es wurde gegen die AfD und insbesondere gegen ihre Pläne zur „Remigration“ von Menschen mit migrantischer Familiengeschichte – egal ob mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft – demonstriert. Die Bilder waren beeindruckend und sollten auch uns in der DIG Mut machen, die wir uns klar gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD aussprechen. Doch Stopp. Trendete #NieWiederistJetzt in letzter Zeit nicht schon an anderer Stelle in den Sozialen Medien?

Richtig – nach dem 7. Oktober, dem größten Pogrom gegen Jüdinnen und Juden seit der Schoa, als die Hamas in einem barbarischen Massaker mehr als 1200 Menschen im Süden Israels ermordete, Frauen systematisch vergewaltigte und über 200 Menschen als Geiseln nach Gaza verschleppte. Die Meldestelle für Antisemitismus RIAS registrierte im Zeitraum zwischen dem 7. Oktober und 9. November in Deutschland im Durchschnitt 29

antisemitische Vorfälle pro Tag. Am 18. Oktober warfen in Berlin zwei Vermummte Brandsätze auf die Synagoge in der Brunnenstraße. Es kam zu physischen Angriffen, Wohnungen wurden als „jüdisch“ markiert und Gedenkorte geschändet. Für Jüdische Studierende und Schülerinnen und Schüler hält der 7. Oktober weiter an. Wenn sie offen als jüdisch erkennbar den Schulhof oder Campus betreten, müssen sie in häufigen Fällen mit antisemitischen Anfeindungen rechnen.

Aber da war für die meisten Deutschen „Nie Wieder“ noch nicht „Jetzt“. In Berlin kamen zur bundesweit mit Abstand größten Demonstration gegen Antisemitismus und in Solidarität mit Israel (von der DIG veranstaltet) gerade mal 20 000 Menschen zusammen. Es klaffte eine große Lücke zwischen einerseits politischen Entscheidungsträgerinnen- und -trägern, die sich klar auf die Seite Israels stellten sowie Antisemitismus verurteilten – und andererseits der Zivilgesellschaft. Es dröhnte lautes Schweigen aus der oft beschworenen „Mitte“ der Gesellschaft. Ein deutlich größerer Teil dieser Mitte war nun auf den Demonstrationen gegen die AfD zu finden. Warum erst dann und nicht schon nach dem 7. Oktober?

Nach dem „Schwarzen Schabbat“, wie der 7. Oktober in Israel genannt wird, fühlte man sich in Deutschland ertappt. Der Antisemitismus, den man so lange erfolgreich beiseitegeschoben hatte oder als Relikt des Nationalsozialismus abgetan hatte, konnte in seiner Härte und Offenheit spätestens jetzt nicht mehr wegnoriert werden. Das passte so gar nicht in die Erzählung unserer Gesellschaft im wieder gut gewordenen Deutschland.

Mit Jüdinnen und Juden kann diese Gesellschaft noch immer oft nichts anfangen.

Auch jetzt blieb bei den wichtigen Demonstrationen gegen die AfD ausgeklammert, dass die große Mehrheit jüdischer Familien in Deutschland eine Migrationsgeschichte hat und aus den ehemaligen Staaten der Sowjetunion stammt. Die AfD würde Jüdinnen und Juden, wenn sie sie nicht schon aus antisemitischen Motiven loswerden wollte, natürlich auch im Rahmen der von ihr geplanten „Remigration“ außer Landes schaffen.

Jüdinnen und Juden verbleiben mit ihren Erfahrungen von Antisemitismus und ihrer Migrationsgeschichte in der deutschen Gesellschaft, die sich einem „Nie wieder“ verpflichtet fühlt, aber sich gleichzeitig nie ernsthaft mit Jüdinnen und Juden beschäftigen wollte, als Blinder Fleck. Das „Nie Wieder“ ist mittlerweile mehr als ein ritualisierter Ausspruch geworden. Es ist zu einem Selbstverständnis Deutschlands geworden, das sich selbst ohne Jüdinnen und Juden denkt. Das ist eine unangenehme Wahrheit, aber eine, mit der man sich in der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft auseinandersetzen und gegen die wir uns stemmen müssen. Sonst wird die Forderung, dass Auschwitz nie wieder sei, ihrem Anspruch nicht gerecht.

Constantin Ganß
JuFo-Bundesvorsitzender
und Mitglied des DIG-Präsidiums

Netzwerk jüdischer Hochschullehrender in Deutschland, Österreich und der Schweiz:

Das Bedürfnis sich nicht erklären zu müssen

Professor Dr. Julia Bernstein lehrt und forscht an der University of Applied Science in Frankfurt am Main. Sie ist Professorin für Diskriminierung und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft und forscht über das gesellschaftliche Erbe des Nationalsozialismus. Vor wenigen Wochen gründete sie gemeinsam mit Kolleg*innen das „Netzwerk jüdischer Hochschullehrer“. Warum?

„Die Hochschulen sind ein Teil der Gesellschaft. Insofern finden sich bei den Akteuren alle Formen des Antisemitismus, speziell aber der israelbezogene Antisemitismus. Die Mitte der Gesellschaft sowie auch viele Intellektuelle schließen oft kategorisch aus, antisemitisch denken oder agieren sein zu können – schließlich verstehen sie sich meist als aufgeklärte, engagierte, geschichtsbewusste Menschen, die sich vom Nationalsozialismus und damit für viele automatisch vom Antisemitismus verständlicherweise distanzieren. Oft wird Antisemitismus hauptsächlich als Phänomen des Rechtsextremismus verstanden. Besonders die Umwegkommunikation sowie antisemitische Codierungen, die israelbezogenen Antisemitismus charakterisieren, werden tendenziell nicht als antisemitisch erkannt, haben aber eine reale Auswirkung auf jüdische Studierende, von denen viele sich nicht mehr trauen, offen ihre jüdische Identität bekannt zu geben. Im Namen einer vermeintlich geschichtlichen Gerechtigkeit fällt es vielen leicht, gegen ‚rechts‘ zu sein. Unter der Vorgabe des Humanismus kommt es allerdings zu Grenzüberschreitungen bei der Meinungsfreiheit, wenn es um Juden und Israel geht.“

An dieser Stelle formuliert Prof. Bernstein ihre Erschütterung darüber, dass feministische Intellektuelle nicht eintreten für die Frauen und ihr Schicksal am 7. Oktober und in Geiselhaft.

„In den öffentlichen Debatten wird der israelbezogene Antisemitismus häufig nicht

erkannt bzw. nicht als Antisemitismus benannt. Im Gegenteil wird er mit dem Kritkennarrativ darin im Spektrum zwischen Meinung, Kontroverse und Diskurs verortet und hervorgebracht. Die Bagatellisierung des israelbezogenen Antisemitismus sowie das gesellschaftliche Schweigen nach dem 7. Oktober wirkt auf die Juden in Deutschland nach. Die rasante Entwicklung des Netzwerkes, das zehn Wochen nach Gründung bereits 110 Teilnehmende aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zählt, zeugt von einem großen Bedürfnis, sich unter der Wir Gruppe auszutauschen. Die Teilnehmenden stammen aus unterschiedlichsten Fächern: es sind Musiker und Ärzte oder Physiker mit einem unterschiedlichen kulturellen Hintergrund. Es ist ein jüdisches Netzwerk, Schutzraum auch für das Bedürfnis, sich nicht erklären zu müssen.“

Aufgabe des Netzwerkes ist die Unterstützung jüdischer Studierender, pädagogische Aktivitäten, Veranstaltungen, Sichtbarkeit jüdischen Lebens auf dem Campus und Forderungen politischer Art.

„Das Netzwerk erfüllt auch das Bedürfnis, sich zusammen zu schließen, wie auch der Antisemitismus selbst: der Zusammenschluss in der existenziellen Frage des Überlebens. Das Zusammensein berührt die Frage nach dem Sinn des Jüdischseins in der Welt und stärkt nicht zuletzt Ressourcen der Bewältigung in der 2000 Jahre währenden Verfolgungsgeschichte. Zusammensein und innerjüdischer Dialog stärkt jüdische Identität.“



Prof. Dr. Julia Bernstein

Die jüdische Identität aufgeben, um zu überleben? Diese absurde Frage kommentiert Bernstein ruhig und affirmativ durch ihre persönliche Meinung:

„Das ist kein richtiger Weg. Den Bund als „Vertrag“, in dem man zum jüdischen Volk wurde, hat niemand aufgelöst“ (*gemeint ist der Bund zwischen Gott und dem Volk Israel*) „Dennoch: Jude sein bedeutet bei weitem nicht nur Ausschluss. Aber unsere jüdische oder israelische Identität kann zuweilen nicht öffentlich frei ausgelebt werden, weil das gefährlich geworden ist. Wir leben in einer Realität, in der besonders die selektive Empathie verstört.“

Mit Prof. Dr. Julia Bernstein sprach Claudia Korenke

Antisemitismus in deutschen Klassenzimmern und was wir als DIG dagegen tun können

Die Lage in den Schulen

Seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat sich die Situation an deutschen Schulen verschärft: hochemotionale, teilweise aggressive Schüler treffen auf Lehrer, die verunsichert sind und nicht wissen, wie sie damit umgehen sollen.

Auf der einen Seite kommen Schüler mit Palästinaflaggen und anderen Symbolen in die Schule, solidarisieren sich mit Gaza und hetzen einseitig gegen Israel und fühlen sich unverstanden, wenn ihre Symbole verboten werden. Auf der anderen Seite fühlen sich jüdische Kinder nicht mehr sicher. Sie haben Angst vor Gewalt auf dem Weg in die Schule und der Schutz jüdischer Einrichtungen musste massiv erhöht werden. Seit Jahren nimmt die Zahl der Jugendlichen zu, die wegen antisemitischer Beleidigungen und Angriffe an jüdischen Schulen Zuflucht suchen müssen.

Israelbezogener Antisemitismus ist das Problem

Die Hetze gegen Juden ist kein Phänomen, was gerade erst durch den Krieg an deutschen Schulen ankommt. Das Schlüs-

selwort ist hier „israelbezogener Antisemitismus“. Oft wird dieser von Lehrern nicht erkannt und mit Kritik an israelischer Politik, wie man sie auch an anderen Staaten üben würde, verwechselt.

Israelbezogener Antisemitismus unterscheidet sich vom klassischen Antisemitismus dadurch, dass er keine traditionelle Feindseligkeit gegen Juden darstellt. Stattdessen macht er Juden weltweit für die Politik Israels verantwortlich und bedient sich dabei umgedeuteter Symbole und Codes, die auf bekannte antisemitische Vorurteile zurückgreifen. Die Infragestellung des einzigen jüdischen Staates ist antisemitisch. Der Schutz Israels ist ein wichtiges Anliegen Deutschlands und liegt in der Verantwortung aller deutschen Staatsbürger, unabhängig von ihrer Herkunft.

Ein Appell: Machen wir uns stark für ein deutsch-israelisches Jugendwerk

In den deutschen Schulen wird die Generation ausgebildet, die das Deutschland von Morgen prägen wird. Jedes Kind hat es verdient, ohne Antisemitismus aufzuwachsen. Und wenn die Voraussetzungen

im Elternhaus dafür nicht gegeben sind, müssen wir uns als Gesellschaft dieser Aufgabe widmen.

Ganz konkret können wir als Deutsch-Israelische Gesellschaft dazu beitragen, indem wir in den zahlreichen Arbeitsgemeinschaften vor Ort uns dafür einsetzen, lebendiges jüdisches Leben an Schulen sichtbar zu machen und bestärken Sie Schulen darin, selbst einen Schülertausch mit Israel anzubieten.

Vorurteile gegenüber Juden und Israel können nur durch entsprechende Angebote und durch Vermittlung von Kooperationspartnern abgebaut werden.

Mein Appell an die Arbeitsgemeinschaften vor Ort: Treten Sie an Lehrer und Schulen heran und versuchen sie Ihre Arbeit vor Ort auch an Schulen anzubieten. Ihre Kooperation mit Schulen oder einzelnen Lehrkräften, ist ein wichtiger Schlüssel für Jugendliche, um sich selbst ein realistisches Bild von Israel und lebendigem jüdischen Leben zu machen.

Paula Ranft,
stellv. Vorsitzende
DIG Berlin-Brandenburg

„Du Jude“ darf keine Beleidigung sein: gegen Antisemitismus

Foto: Amadeu Antonio Stiftung





Der bei der Berlinale ausgezeichnete US-Regisseur Ben Russell (links) und seine Darstellerin Servan Declé (rechts) kamen zur Preisverleihung mit Palästinensertuch. Die Gräueltaten der Hamas wurden von ihm nicht erwähnt, ein von ihm so benannter „Genozid“ Israels an den Palästinensern schon.

Sprechen wir Klartext!

Wie dem Antisemitismus im Kulturbereich zu entgegnen wäre

Eine Auflistung wäre naturgemäß unvollständig und kursorisch. Vor allem aber ist es zutiefst deprimierend, die jüngsten antisemitischen Schändlichkeiten im deutschen (und auch internationalen) Kulturbetrieb zu dokumentieren. Hatten wir das nicht alles bereits gelesen und gehört, fallen unsägliche Zitate, Boykott-Aufrufe, Holocaust- und 7. Oktober-Relativierungen in der durchsichtigen Camouflage als „israel-kritische Positionen“ uns nicht beinahe täglich in den sozialen Medien an? Nicht zu vergessen all die Bilder und Video-Clips weltweiter Massendemonstrationen, die fälschlicherweise als „pro-palästinensisch“ gelabelt werden, wo es sich doch in Wirklichkeit um rein jüden-feindliche Aufmärsche handelt, auf

denen die islamistischen Massenmörder der Hamas entweder bejubelt oder deren Verbrechen geleugnet werden. Dazu all jene häufig als „Übergriffe“ verharmlosten Überfälle auf Juden weltweit – auf Dozenten oder Studenten in amerikanischen Elite-Universitäten und an der Freien Universität in der deutschen Hauptstadt, auf Kippa-Träger in Berlin, Paris und Zürich, auf jüdische Kinder in den Schulen.

Wie müde es macht, all dessen ansichtig werden zu müssen. Wie es sich als zusätzliches Gewicht über die Trauer um die Opfer vom 7. Oktober legt, wie es auf der Netzhaut, in den Ohren und im Hirn bösartig kreiselt und schier zur Verzweiflung bringen kann. Zu einer Verzweiflung freilich, auf die

wir kein Recht haben. Der es – nicht trotz, sondern gerade wegen all der umgebenden Infamie – zu widerstehen gilt. Wenn wir – Juden und Nicht-Juden – unserer Verantwortung zum genauen Hinschauen, Wägen und Dokumentieren nicht gerecht werden, wer dann?

Suchen und finden wir deshalb Kraft bei Manés Sperber, geboren 1905 in Galizien, vor den russischen Pogromen einst nach Wien geflüchtet und späterhin vor den Nazis nach Paris, wo er mit den Kommunisten brach und nach dem deutschen Einmarsch Kriegsfreiwilliger in der französischen Armee wurde, ehe er mit Frau und Kind untertauchen musste. Manés Sperber, der als Schriftsteller und Jahrhundertzeuge

Schlimmes erlebt hatte, aber noch als alter Mann genau dies als Lebensmaxime verteidigte: „Es ist weniger die Hoffnung, die mich antreibt als die kategorische Zurückweisung der Mutlosigkeit.“

Paradoxerweise kann sich eine solch notwendige Zurückweisung der Mutlosigkeit auch daraus speisen, indem wir erkennen, dass die gegenwärtigen Exzesse im Kulturbetrieb ja keineswegs neu und „präzedenzlos“ sind, dass sie stattdessen stramm in der Reihe eines uralt-elenden Antisemitismus stehen – und als solche präzise beschrieben werden müssen. Frivole Kafiyah-Träger bei der diesjährigen Berlinale-Gala, Preisträger-Geschwätz über angeblich „dahingeschlachtete“ Palästinenser (anstatt diese als Bauernopfer der in ihren Tunnels verschanzten Hamas zu betrauern), ausgerechnet an Israel gerichtete „Genozid“-Vorwürfe auf der Bühne – und unten im Saal tosender Beifall. Doch, zynisch gesprochen: So what – was wäre denn von den mehr oder minder mit öffentlichem Steuergeld subventionierten Schranz*Innen des Kulturbetriebs auch anderes zu erwarten gewesen?

War eine ähnliche Klientel denn nicht bereits 1998 in standing ovations ausgebrochen, als Martin Walser seine Friedenspreis-Paulskirchen-Rede dazu missbraucht hatte, mit Blick auf Auschwitz von einer „Instrumentalisierung

unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ zu raunen? Wie die deutsche Kulturbetriebsgemeinschaft da aufgesprungen war und geklatscht hatte – und wie einsam und gleichsam in sich zusammengesunken Ignatz Bubis auf seinem Stuhl saß. Der gleiche Mann, der Jahrzehnte zuvor in Fassbinders Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ übelst karikiert worden war als raffgieriger „reicher Jude“ – während man in Folge der damaligen Kontroverse dann noch 2009 im Theater in Mühlheim an der Ruhr meinte, dieses Machwerk auf die Bühne bringen zu müssen, selbstverständlich als „gesellschaftlichen Debattenbeitrag“. Deutsche Traditionen.

Hatte sich im Januar 1991 der israelische Romancier und Friedensaktivist Yoram Kaniuk nicht ebenso einsam gefühlt, als ihm in Deutschland coram publico von Günter Grass herrische Lektionen darüber erteilt wurden, wie sich Israel nun verhalten müsse – im Angesicht der Drohungen Saddam Husseins, „das ganze Land in ein Krematorium zu verwandeln?“ Noch als alter Mann und bei unseren zahlreichen Treffen in Tel Aviv war Kaniuk auf diese Art Urszene immer wieder zurückgekommen: Ein ehemaliger Waffen-SSler, der dann am Lebensende „mit letzter Tinte“ das demokratische Israel zur Gefahr für den Weltfrieden erklärt, hatte ihm, dem Juden, vorgeschrieben, was „zur Deeskalation“ zu tun und zu lassen sei. Apropos: Auch bei jener Veranstaltung hatte damals das deutsche Kulturpublikum ergriffen applaudiert.

Und wären diejenigen, die da kürzlich mit Schreien und Slogans im Berliner Museum Hamburger Bahnhof in eine Hannah-Arendt-Lesung eingefallen waren und Mirjam Wenzel, die (übrigens nicht-jüdische) Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt, als „Völkermörderin“ titulierte hatten, wären diese forschen jungen Leute nicht vorstellbar als die Enkel oder Urenkel derer, die 1968 mit dem Ruf „Schlagt die Zionisten tot/Macht den Nahen Osten rot“ auf Westdeutschlands Straßen marschiert waren? Sicher, inzwischen haben sich dem noch einige verwöhnte Expats und „Menschen mit Migrationshintergrund“ angeschlossen – doch ist das Feld, dass sie da bestellen, nicht nur ein denkbar weites, sondern seit je her auch ein morastiges. Und so hatte bereits 1976 der luzide Friedrich Dürren-

matt in seinem (unbedingt wiederentdeckungs-würdigen) Israel-Essay „Zusammenhänge“ jene fatale Affinität zwischen vulgariert modischem Neo-Marxismus und islamistischer Ideologie beschrieben, die uns heute – fälschlicherweise – als eine Erfindung der Woken gilt.

Auch des Dissidenten-Darstellers Ai Weiwei auf der Plattform X geteiltes antisemitisches Stereotyp von der „jüdischen Community“, die eine der chinesischen Kulturrevolution vergleichbare Zensur ausübe, ist alles andere als „neu“ und lediglich die jüngste Version jenes Phänomens, das vor vielen Jahrzehnten bereits Theodor Adorno prägnant beschrieben hatte: „Die Gerüchtförmigkeit des Antisemitismus führt dazu, dass er immer wiederkehren kann – so seine psychischen und gesellschaftlichen Ursachen fortbestehen“. Dies tun sie in der Tat – und zwar nicht zu knapp auch in einem Milieu, das ansonsten seine vermeintlich inklusive Progressivität wie eine Monstranz vor sich herträgt. (Und hatte Jean Améry diesen linken Antisemitismus nicht bereits 1969 voller Hellsicht analysiert?)

Deshalb am Schluss noch einmal zurück zur Eingangs-Überlegung. Sollte uns ausgerechnet all das tatsächlich helfen, der Mutlosigkeit zu widerstehen – are you serious? Und ob. Da die suizidäre Alternative doch lediglich darin bestünde, wegzuschauen oder barmend die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Nehmen wir deshalb den Kampf auf, wieder und wieder. Wir sind dabei die Ersten nicht und werden auch nicht die Letzten sein. Wohl aber haben wir die Chance, mittels genauer Benennung womöglich auch jene im Kulturbetrieb zu erreichen, die bislang gedankenlos mit applaudieren oder sich für „neutral“ erklären. Sprechen oder schreiben wir deshalb Klartext, jede und jeder an seinem Ort.

Marko Martin, geb. 1970, lebt, sofern nicht auf Reisen, als Schriftsteller in Berlin. Nach seinem Porträtband zur israelischen Gegenwartsliteratur und seiner von der Literaturkritik begeistert aufgenommenen Hommage „Tel Aviv – Nussschale und Schatzkästchen, darin die ganze Welt“ erschien zuletzt u.a. der Essayband „Brauchen wir Ketzer?“ Stimmen gegen die Macht“.





Westfassade der Alten Synagoge bei Nacht

Erfurt

Jüdische Monumente des Mittelalters sind Welterbe

Im September 2023 erhielt Erfurt den Welterbetitel von der UNESCO für seine mittelalterlichen jüdischen Monumente: Synagoge, Mikwe und Steinernes Haus. Damit ist Erfurt die 52. deutsche Welterbestätte und erst die zweite mit einem jüdischen Thema. Zwei Jahre früher wurden die SchUM-Städte (Speyer, Mainz

und Worms) in die Welterbeliste aufgenommen.

Noch immer sind jüdische Stätten auf der Welterbeliste unterrepräsentiert. Dies hängt nicht nur in Deutschland damit zusammen, dass in der Zeit des Nationalsozialismus versucht wurde, die

Juden und ihre baulichen Zeugnisse zu vernichten. Bereits im Mittelalter wurden Synagogen und Mikwen sowie Friedhöfe nach Verfolgungen und Vertreibungen planmäßig umgenutzt oder zerstört. Über lange Zeiten lebten Christen und Juden in Erfurt nicht nur nebeneinander, sondern auch miteinander. Aber immer wieder

kam es auch zu gewalttätigen Angriffen und Vertreibungen. Das einschneidendste Ereignis war die durch die Pest ausgelöste Pogromwelle zwischen 1348 -1350, die Europa überzog und die man zum Anlass nahm, Juden als „Brunnenvergifter“ die Schuld für Krankheit und Tod zu geben und sie umzubringen oder zu vertreiben. Auch in Erfurt lassen sich die Spuren des Pestpogroms (hier am 21. März 1349) baulich, archäologisch und in Urkunden fassen. Für den Erhalt der Bauwerke war andererseits die Umnutzung einer der Gründe für ihren Erhalt.

Die Synagoge

Die ältesten Mauerteile der Alten Synagoge stammen aus dem späten 11. Jahrhundert. Sie sind der erste Beleg einer jüdischen Gemeinde in Erfurt überhaupt: Hölzer aus dieser Bauphase konnten auf das Jahr 1094 datiert werden. Die Westwand enthält Reste von vier Bauphasen: Mit Ritzfugen verziertes Mauerwerk ist im Gebäudeinneren auf etwa acht Meter Länge erhalten. Die zweite Bauphase des 12. Jahrhunderts liegt direkt darüber, darin befindet sich ein Doppelfenster (Biforium). Das Mauerwerk weist keine Ritzfugen auf. In den Sturz des Biforiums sind Hölzer aus dem ersten Bau neu eingebaut. Die Schaufassade von 1270 bezieht diese Bauteile wiederum ein. Zu ihr gehören fünf Lanzettfenster und eine große Fensterrose.

Den hohen Innenraum der Synagoge überspannte ein hölzernes Tonnengewölbe, dessen originale Putzkante unter dem Dach an der Westwand vorhanden ist. Der Toraschrein an der Ostseite des Raumes wurde durch den Bau eines Tores beim Umbau in ein Lagerhaus zerstört. Von der Bima, die vermutlich in der Mitte des Raumes stand, stammen Fragmente mit Resten einer Farbfassung.

Die Synagoge wurde um 1300 nach Norden erweitert und aufgestockt. Der Anbau wurde durch große, mit Birnstäben profilierte Spitzbögen vom eigentlichen Synagogenraum abgeteilt. Er besaß nach Norden eine symmetrisch gegliederte Fassade. In der Mitte befand sich der ursprüngliche Zugang, darüber fünf hohe



Blick in das Wasserbecken der Mikwe

Lanzettfenster, von denen jedoch nur drei rudimentär erhalten sind: Bei dem Umbau zum Lagerhaus 1350/51 wurden die Fenster beim Einbau von Speicherböden verkleinert, der ursprüngliche Eingang zugesetzt und neue auf der Nord- und Westseite eingebrochen sowie ein Keller eingebaut. Weitere maßgebliche Eingriffe erfolgten im 19. Jh. mit dem Umbau zur Gaststätte mit Ballsaal und Kegelbahnen.

All dies griff zwar in die Substanz ein, aber dennoch blieb das Gebäude bis hinauf zum Dach erhalten.

Seit 2009 zeigt eine Ausstellung in der Alten Synagoge die Geschichte der ersten Erfurter jüdischen Gemeinde im Mittelalter. Neben dem Gebäude mit seiner wechselvollen Geschichte ist dort auch der Erfurter Schatz zu sehen, der 1349 angesichts der



Im 1. OG des Steinernen Hauses: Die Nordwand mit Lichtnische und die bemalte Holzbalkendecke aus dem 13. Jh.

drohenden Pogrome verborgen und 1998 bei Ausgrabungen wieder entdeckt wurde. Faksimiles hebräischer Manuskripte erzählen vom geistigen Reichtum – aus keiner anderen mittelalterlichen Gemeinde sind so viele originale Handschriften überliefert. Der Erfurter Judeneid vom dem Ende des 12. Jh. – das älteste derartige Rechtsdokument in deutscher Sprache – zeugt vom christlich-jüdischen Miteinander. Über einen Videoguide kann man bei einem Rundgang viele Hintergrundinformationen erhalten.

Die Mikwe

Die Mikwe konnte erst 2007 bei Grabungen freigelegt werden. Sie befindet sich unmittelbar am Fluss, der Gera. Das unterscheidet sie von den rituellen Bädern beispielsweise in Speyer, Worms und Köln, die auf den Synagogenhöfen liegen, in unmittelbarer Nachbarschaft zu anderen Gemeindevorrichtungen wie Bäckerei, Gemeindehaus oder Spital. Aber auch der Bau

selbst ist anders gestaltet. Um an Grundwasser zu gelangen, brauchte man hier nur eine zweite Kellerebene anzulegen. Der rechteckige überwölbte Raum, wie er sich in der Hauptbauphase in der Mitte des 13. Jh. darstellt, besaß einen Vorraum, in dem man sich entkleidete. Von dort gelangte man über eine Treppe in das Wasserbecken, das die gesamte Raumbreite von rund drei Metern einnahm. Die ältesten Schriftquellen zu einer Gemeindevorrichtung datieren ebenfalls in die Mitte des 13. Jh. Archäologisch zeugt eine Mauer außerhalb dieses Bades von einem Vorgängerbau, der rund 100 Jahre früher bestand. Der Pogrom 1349 beschädigte das Gebäude, es wurde aber nach einer Reparatur bis zur endgültigen Vertreibung der Juden aus Erfurt noch rund 100 Jahre genutzt.

Das Steinere Haus

Unmittelbar neben dem Rathaus befindet sich das dritte Gebäude, ein jüdisches Wohnhaus aus der Mitte des 13. Jh. Seine

Westfassade ist bis hinauf zum Stufengiebel erhalten, straßenseitig zeugt die Ostfassade von zahlreichen Umbauten.

Über die Steuerlisten ist zu belegen, dass mit sehr großer Wahrscheinlichkeit die Jüdin Riche das Haus errichten ließ. Die Innenräume werden heute durch die städtische Verwaltung genutzt, im Keller befindet sich das Depot der mittelalterlichen jüdischen Grabsteine. Im 1. Stock ist ein Raum aus der Nutzung genommen, hier hat sich der mittelalterliche Bestand hervorragend erhalten. Die größte Besonderheit ist eine bemalte Holzbalkendecke von 1247, das älteste Beispiel im profanen Bereich, das sich nördlich der Alpen in situ erhalten hat. Aktuell ist lediglich der Keller im Rahmen von Führungen zugänglich, an der weiteren Erschließung wird gearbeitet.

Dr. Karin Szezech
Beauftragte für das UNESCO-Welterbe

www.juedisches-leben.erfurt.de

Neuerscheinung mit unerwarteter Aktualität

Der Krieg am Jom Kippur 1973 und die Wiedergeburt Leonhard Cohens



Als die verlegerische Entscheidung fiel, Matti Friedmans Buch „Wer durch Feuer. Krieg am Jom Kippur und die Wiedergeburt Leonhard Cohens“ auf deutsch zum 50. Jahrestag des Krieges im Oktober 2023 herauszubringen, konnte bei Hentrich & Hentrich niemand ahnen, dass das Buch durch die Zeitläufte diesen Jahres unerwartete Aktualität bekommen werde. Doch am 7. Oktober griffen die Hamas und der Islamische Jihad Israel an, drangen weit in das Land ein und ermordeten 1.400 Israelis und andere Staatsbürger und entführten 240 ihrer Opfer in den Gazastreifen.

Matti Friedmans Buch umfasst eine bewegende Geschichte. Der amerikanisch Singer-Songwriter Leonard Cohen befand sich auf der griechischen Insel Hydra und steckte in einer künstlerischen Schaffenskrise, in der er daran dachte, seine Karriere zu beenden. Als der arabische Krieg gegen Israel am höchsten jüdischer Feiertag begann, entschied er sich bewaffnet mit seiner Gitarre seinen Dienst in Israel zu leisten. Begleitet von einer Gruppe israelischer Musiker gab Leonard Cohen Konzerte vor Hunderten von IDF-SoldatInnen an einer ganzen Reihe von Orten im Sinai. Die Reaktion der teils erschöpften SoldatInnen war verschieden. Viele derjenigen, die den Krieg überlebten, erinnerten sich später lebhaft der Konzerte Leonard Cohens. Das Kriegserlebnis

änderte auch Leonard Cohens Einstellung zu seiner musikalischen Karriere, die er zuvor am Ende gesehen hatte, was er auch in Interviews angekündigt hatte. Nach seinem Kriegseinsatz kehrte er nach Hydra und zu seiner Familie zurück. In Folge veröffentlichte er mit „New Skin for the Old Ceremony“ (erschien 1974) eines der erfolgreichsten Alben seiner Karriere.

Die genauen Tourdaten und Orte sind nicht mehr rekonstruierbar, doch Friedman hat eine bewegende Recherche anhand von Cohens autobiographischen Aufzeichnungen und vieler Erinnerungen verfasst, die das Geschehen kaleidoskopartig als Darstellung des prägenden Moments in der Geschichte Israels und im Leben des Künstlers an einem Scheideweg seiner Karriere nachvollzieht.

Ohne Zweifel ist die israelische Gesellschaft eine resiliente Gesellschaft. Während wir aus historischer Rückschau wissen, was der Sound des Jom Kippur Kriegs ist, weil es vielfach bezeugt ist, ist dies bei der absoluten Verzweiflung und der tiefen Trauer nach dem Pogrom vom 7. Oktober 2023 vollkommen ungewiss. Viel gesungen ist die Hatikva, das Lied der Hoffnung. Aber was gibt nach dieser beispiellosen Terrorattacke Hoffnung?

Dr. Johannes Platz

Matti Friedman: Wer durch Feuer. Krieg am Jom Kippur und die Wiedergeburt Leonard Cohens, Berlin und Leipzig: Hentrich & Hentrich 2023, ISBN 978-3-95565-612-6, EUR 22,00.

Für Sie gelesen:

Nach dem 7. Oktober

„Nach dem 7. Oktober. Essays über das genozidale Massaker und seine Folgen“ ist der Titel eines Buches, das Tania Martini und Klaus Bittermann in der Edition Tiamat Anfang des Jahres herausgegeben haben. Sein Inhalt ist nicht eine Schilderung und Dokumentation der Geschehnisse am 7. Oktober und der darauffolgenden Tage; es geht um die Einordnung und Deutung des Ereignisses. Wobei Natan Sznaider, der mit einem Originalbeitrag in dem Sammelband vertreten ist, darauf verweist, dass der 7. Oktober nicht vergangen ist, dass Israel noch „im 7. Oktober“ lebt.

Auch die Einleitung von Doron Rabinovici ist für dieses Buch geschrieben; im Übrigen versammelt es Essays von jüdischen

und nicht-jüdischen Israelis und Deutschen, die meist in der deutschen Presse erschienen sind, von der ersten Woche an. Die Autorinnen und Autoren ringen um den angemessenen Begriff für den Terrorangriff der Hamas; sie versuchen den „Zivilisationsbruch“ zu begreifen, den der 7. Oktober für Israel und das Judentum bedeutet. Enttäuscht, ja entsetzt analysieren sie das verbreitete Fehlen von Empathie für die Opfer, wenn nicht sogar Billigung des Terrors in deutschen Intellektuellenmilieus; sie erklären die Notwendigkeit und Legitimität der israelischen Antwort. Das sind ja die Diskussionen, die DIG-Mitglieder tagtäglich führen wollen, führen müssen. Für diese Auseinandersetzungen

bieten die Essays dieses Buches klug abwägende und klare Argumente. Ich habe sie auch als Hilferuf gelesen, sie dabei zu unterstützen. Es werden noch viele Veröffentlichungen über den 7. Oktober kommen, für diese lesenswerte schnelle Reaktion können wir dankbar sein.

Dr. Hermann Kuhn, Bremen

Tania Martini/Klaus Bittermann (Hg.): Nach dem 7. Oktober. Essays über das genozidale Massaker und seine Folgen. Edition Tiamat, Berlin 2024. EUR 24,00





100 Jahre Technion: Eine Erfolgsgeschichte, die Deutschland und Israel verbindet

Der Technion-Campus auf dem Karmel – Oben der Turm der benachbarten Universität Haifa

Das „Technion – Israel Institute of Technology“ – öffnete 1924 seinen Hochschulbetrieb für die ersten Studenten in Haifa. Geplant, finanziert und gebaut wurde die älteste Hochschule Israels durch Initiativen aus Deutschland und Europa, den Endpunkt bildete die Gründung der „ersten Technion-Gesellschaft“ in Albert Einsteins Wohnung in Berlin-Schöneberg. Seitdem entwickelte sich das Technion zum Motor der israelischen Wirtschaft, zur Ideenschmiede für Hightech-Unternehmen und für weltweite Startups, aber auch als hochgeschätzter Kooperationspartner deutscher Universitäten.

Das „Technion – Israel Institute of Technology“ in Haifa ist als herausragende Hochschule weltweit anerkannt. Seine Fächerkombination umfasst alle Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie Humanmedizin – dies führt zu interdisziplinärer Spitzenforschung und innovativen Ergebnissen. Über die Geschichte seiner Gründung, die Rolle, die Deutschland dabei spielte und wie sie heute von der Deutschen Technion-Gesellschaft weitergetragen wird, wissen hingegen Wenige.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde jüdischen Bewerbern in Europa der Zugang zum Studium häufig erschwert oder verwehrt. In großer Weitsicht beschloss schon im Jahr 1901 der 5. Zionistenkongress in Basel, eine „Jüdische Hochschule in Palästina“ zu errichten, die jedem Bewerber ein ungehindertes Studium ermöglichen und niemanden wegen Herkunft, Ethnie oder religiöser Zugehörigkeit ausschließen sollte. Geplant wurde eine Technische Hochschule, denn die Region im Osmanischen Reich besaß eine völlig

unterentwickelte Infrastruktur, die weitgehend auf Landwirtschaft und dörfliches Handwerk beschränkt war. Die zionistische Bewegung hoffte, mit gut ausgebildeten Ingenieuren den Landstrich zu entwickeln, um damit auch jüdische Auswanderungswillige zu ermutigen, am Fortschritt teilzuhaben. Damit folgte man den Gedanken aus dem fundamentalen Buch „Der Judenstaat“ von Theodor Herzl, der die Idee eines modernen Staates beschrieben hatte. Der Hilfsverein der deutschen Juden in Berlin nahm sich der

Gründungsaufgabe der Hochschule an und entsandte seinen Geschäftsführer, den Sozialpolitiker Dr. Paul Nathan, nach Palästina. Nach einer gründlichen Analyse entschied er sich für die Stadt Haifa, die auch in Theodor Herzls Roman „Altneu-land“ von 1902 eine wichtige Rolle spielte und die über den größten Hafen des osmanischen Palästinas verfügte und an die kürzlich errichtete Bahnstrecke nach Damaskus angebunden war.

Den Entwurf des ersten Technion-Gebäudes in orientalischem Stil mit westeuropäischer Bautechnik lieferte der preußische Regierungsbaumeister Alexander Baerwald aus Berlin. Er wurde später Professor einer der ersten Fachbereiche: Architektur und Bauingenieurwesen. Dort wurden die Ingenieure ausgebildet, die für den Aufbau des Landes am dringendsten benötigt wurden. Jüdische und nichtjüdische Professoren der heutigen TU Berlin schrieben die Curricula für das bis 1914 auf Deutsch genannte Technikum (hebr.: Technion). Eine Finanzierung durch Spenden erreichte Dr. Nathan, indem er die Erben des russischen Teegroßhändlers Kalonymus Wolf Wissotzky für sein Vorhaben gewann, wie auch den inzwischen in New York tätigen Frankfurter Bankier Jakob Schiff.

Der Grundsteinlegung am 11.04.1912 folgten nach anfangs erfolgreicher Bautätig-



Das erste Technion-Gebäude in der Mitte Haifas um 1932



Erste Abschlussklasse der Ingenieurstudenten 1929

(v.l.n.r. sitzend): Leib Uretzky, Eliezer Rinkoff, Natum Levin, Abba Kramer, David Yitzhaki, (stehend): Yaakov Alperovitz, Zvi Vizansky, Alexander Hassin, Shlomo Zakei (es fehlt: Emanuel Friedman)

keit der „Sprachenstreit“ (1913) um die Lehrsprache des Technikums, der zugunsten des Hebräischen ausging, aber den Baubetrieb lahmlegte. Kurz darauf brach der 1. Weltkrieg aus und die Spendenbereitschaft brach ein. Die Initiatoren mussten Konkurs anmelden und das fast fertige Gebäude wurde von der türkischen und später der britischen Regierung anderweitig genutzt, unter anderem als Militärhospital für die im Krieg gegen die Türken siegreichen Briten.

Durch Prof. Albert Einsteins Besuch im Jahre 1923 änderte sich alles: Er gründete am 17.04.1924 in seinem Haus in Berlin-Schöneberg die weltweit erste „Technion-Gesellschaft“, mit deren Hilfe neue technische Geräte erworben, Einfuhrzölle erlassen und das wieder möblierte Gebäude 1924 als technische Hochschule eröffnet werden konnte.

Während die Technion-Gesellschaft 1933 in Deutschland verboten wurde, bewarben sich renommierte jüdische Professoren aus ganz Europa um eine Anstellung in Haifa. Spätestens zur Staatsgründung Israels 1948 wurde das Technion offiziell das, was es längst durch eigene Leistung geworden war: Eine weltweit anerkannte Universität, die als Motor von Israels Wirtschaft fungierte.

Fachbereiche wurden passgenau für die künftige Nation eingerichtet, anfangs als „Industrietechnologien“, bald folgte das „Wirtschaftsingenieurwesen“, ab Beginn der 1950er Jahre „Luft- und Raumfahrt“, „Agrartechnik“ und dann das „Chemieingenieurwesen“. Zwar war Israel noch ein für seine Orangen bekannter Agrarstaat, der Grundstein für einen Wandel „von Jaffa zu Java“ war jedoch längst gelegt: Durch herausragende Forschung im Technion und in den neuen Universitäten (z. B. die Universität Haifa in 1963) und den kreativen Erfindergeist ihrer Absolventen. Der Staat Israel förderte diese Grundlagen ergänzend mit einer Investorenfreundlichen Politik und sorgte für einen nachhaltigen Hightech-Boom in Israel. Heute haben über 70 Prozent der Technion-Absolventen führende Positionen in der israelischen Wirtschaft inne, Israel hat die höchste Dichte an Startup-Firmen weltweit und ist an der Technologiebörse NASDAQ gelistet.

Heute studieren etwa 13.000 Frauen und Männer am Technion, das mit seinem modernen Campus im hoch über der Haifa-Bucht gelegenen, wunderschönen Ortsteil Neve Shana'an residiert. Nur die medizinische Fakultät liegt am Meer in Bat Galim nahe dem großen Rambam-Krankenhaus.

19 Fakultäten gehören zum Technion, sowie 40 Forschungsinstitute – und vier Nobelpreisträger kommen aus dem Technion.

Seine langjährigen Erfahrungen im Bereich Technologietransfer machten das Technion in Partnerschaft mit der Cornell University 2011 zum Gewinner eines internationalen Wettbewerbs der Stadt New York. Ausgeschriebenes Ziel war der Aufbau und Betrieb eines Technologie-Campus für angewandte Forschung. Die Cornell University brachte das notwendige Finanzvolumen mit, das Technion punktete als Spezialist für Ausgründungen. Beide erhielten gemeinsam den Zuschlag und bis der neue Campus auf Roosevelt Island (NYC) fertiggestellt worden war, bot Google an, die Vorlesungen der ersten Studentengeneration in der eigenen Zentrale kostenlos zu beherbergen. Eine weitere Dependence des Technion folgte 2013 im chinesischen Guangdong. Mit der Shantou University entstand ein auf Biomedizin spezialisierter Campus, der auch die Lehrmethoden des Technion übernahm und eigene Doktoranden zuvor in Haifa ausbilden ließ.

Seit 2019 wird das Technion zur interdisziplinären Universität umstrukturiert. Alte Hierarchien entfallen und werden durch gleichberechtigte vielfältige Wissensbereiche ersetzt, um den komplexen Fragen der heutigen Zeit zu begegnen.

Der Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 hatte massive Auswirkungen auf die Universitäten. Am Technion wurden gut 25 Prozent der Studenten, Doktoranden und jungen Professoren als Reservisten eingezogen. Vorlesungen und wissenschaftliche Forschung waren nicht mehr durchführbar, der Semesterbeginn verschob sich mehrfach. Die Hochschulleitung legte einen Notfallfonds für ihre Studenten auf. Dieser „Student Emergency Fund“ unterstützt seither die zum Militär eingezogenen Studenten durch den Erlass von Studien- und anderen Gebühren, er fördert Spezialkurse, die Reintegration der Reservisten und hilft, die akademischen und psychologischen Herausforderungen zu meistern. Das komprimierte Wintersemester begann am 14. Januar 2024 und mit diesem Datum begannen auch die Wissenschaftler in den Forschungslaboren ihre innovative Arbeit.



Vorlesung in einem Hörsaal des Technion heute

Die Deutsche Technion-Gesellschaft e.V. (DTG) wurde 1982 in Hannover wiedergegründet. Sie hat seit 2003 ihre Geschäftsstelle in Berlin und ist in ganz Deutschland für die Förderung von Wissenschaftskooperationen des Technion mit deutschen Hochschulen und der Industrie tätig. Um die Zusammenarbeit beider Länder schon bei den jungen Studenten zu verbessern und Lücken in der Bundes- und Landesförderung zu schließen, hat sie Stipendienprogramme wie das „Life Science Netzwerk“ ins Leben gerufen. Hier können Nachwuchswissenschaftler Forschungspraktika in Israel oder Deutschland machen, die von den Hochschulen im besten Falle in die Kurricula aufgenommen und bewertet werden. Seit 2021 hat das Land Niedersachsen dieses Programm als Landesprogramm übernommen.

Um das Technion und Wissenschaft in Israel einem breiten Publikum nahe zu bringen, veranstaltet die DTG-Vorträge. Sie hat Ausstellungen zur Geschichte des Technion und dessen wissenschaftlichen Erfolgen entwickelt. In Haifas Partnerstadt Bremen fanden immer die Eröffnungen neuer Ausstellungen statt. Hans Koschnick war als damaliger Bremer Bürgermeister ebenso Gründungsmitglied der DTG, wie Johannes Rau als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Er sorgte 1983 für eine dauerhafte Kooperation der RWTH University und des Forschungs-

zentrums Jülich mit dem Technion: dem Umbrella-Symposium. Seit 40 Jahren tauschen sich Nachwuchswissenschaftler der drei Forschungsinstitutionen an einem ihrer Standorte zu hochaktuellen Wissenschaftsthemen aus. Die DTG fördert auch diese Kooperation in verschiedener Weise.

Darüber hinaus berät und begleitet die DTG Delegationen und bereitet Programme für Reisen nach Israel und zum Technion vor. Zum 100. Jubiläum des Technion wird 2024 die nächste Reise stattfinden. Das Programm erhalten Sie von der Geschäftsstelle (office@dtgev.de) und auf der DTG-Webseite.

Wer mehr über das Technion und die gelebten Beziehungen zwischen Deutschland und Israel aus erster Hand erfahren möchte, lese die Berichte junger Menschen, die am Technion geforscht, gelernt und gearbeitet haben, wie z. B. der Ko-Autor im Jahr 1966: <https://deutsche-technion-gesellschaft.de/testimonials/>

Autorin
Dipl.-Ing. Marianne Krüger-Jungnickel,
Geschäftsführerin der Deutschen
Technion-Gesellschaft e.V.

Ko-Autor
Dr.-Ing. Widu Wittkindt,
DIG Bremen/Unterweser

Leserbrief zum Beitrag „Mit Charme in die Gleichberechtigung“

DIG Magazin, Ausgabe 1 | 2023

Wenn ich als DIG-Mitglied noch länger Dinge zwangsweise mitfinanzieren muß, wie nun einen zum wiederholten Male, auf zwei Seiten plus größtflächigem Portraitphoto plattgewalzten, ebenso miefig ego-hypersexualisierten wie intellektuell gröbsten unterirdischen Essay der offenkundig schwerst narzißtischen Dame Mirna Funk, dann muß ich den Wert meiner DIG-Mitgliedschaft elementar überdenken.

Denn, die geschriebenen Elaborate dieser Person sind schlicht nur strotzend dumm, am Rande des Widerwärtigen, sekundär Pornographischen (es interessiert mich einen Sch*ißdreck, wann, warum und mit

wem diese Frau herumv*gelt), ein unfäßbares Sammelsurium an Platitüden, Vorurteilen und jeder Reflektion gründlichst entbehrendes Geschmiere. Welches im übrigen noch nicht mal ansatzweise gut oder gar interessant, witzig geschrieben wäre.

Wen um Himmels willen hat diese selbstverliebte, offenkundig sexfokussierte Primaschlimmadonna in der DIG-Spitze, in der Redaktion unseres Magazins so hemmungslos betört – und WIE? –, daß wir, wie in der jüngsten Ausgabe, neben x achtenswerten, hochkarätigen Beiträgen, nun schon wieder solchen Müll von der literarischen Resterampe lesen müssen?

Grauvoll. Da schreibt alles, was Rang und Namen hat u.a. zu 75 Jahre Israel. Und dann kommt diese grelle Flitzpiepe auf 2 Seiten mit, wieder mal, ihren Bettgeschichten. Das ist peinlich. Das ist ärgerlich. Das muß aufhören.

Mutig, wenn dieses Leser- und Mitglieds(!) brief veröffentlicht wird. Mag Frau Funke gern mal lesen, ob, ihr eigenes, dummes Bliblablubb aufgreifend, deutsche Männer wirklich solche Weichmollis sind – die klare Kante nicht können.

Henning Schröder
Oldenburg

Leserbrief zum Beitrag „Gedanken zum 75sten Jahrestag Israels“

DIG Magazin, Ausgabe 1 | 2023

Die Flucht nach Haifa im Oktober 1940

Zu diesem lesenswerten Artikel habe ich ein paar Anmerkungen: Die drei Hochseeschiffe – nicht Donauschiffe – Atlantik, Milos und Pazifik legten am 7. bzw. 8.10.1940 in Tulcea, dem Tor zum Donaudelta, mit Kurs nach Sulina am Schwarzen Meer ab. Die Reise verlief mit einigen Komplikationen und unvorhersehbaren Zwischenfällen und dauerte daher viel länger als geplant. Besonders abenteuerlich war die Fahrt der Atlantik, die dadurch erst am 25. November in Haifa eintraf, wo die Passagier*innen der Milos und der Pazifik bereits an Bord der Patria waren, die sie nach Mauritius bringen sollte. Als ein Teil der Flüchtlinge von der Atlantik auf die Patria umgestiegen war, wurde die Patria durch eine Bombenexplosion zum Kentern gebracht; 267 Menschen starben, viele weitere wurden verletzt.

Erst nach massiven öffentlichen Protesten und der Intervention von Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Weltorganisation, erlaubte Harold Mac Michael, britischer Hochkommissar für Palästina, den Überlebenden der Patria, in Palästina zu bleiben. Nur diese wurden nach einem

Jahr aus dem Internierungslager Atlith entlassen, die 1.580 Menschen an Bord der Atlantik aber wurden nach Mauritius deportiert, wo sie bis zum Kriegsende bleiben mussten; 124 von ihnen starben dort, meist an Tropenkrankheiten. Nur aufgrund hartnäckiger Bemühungen der zionistischen Organisationen wurde den Deportierten schließlich die Einreise nach Palästina ermöglicht.

Dieser Transport von 3.695 jüdischen Menschen nach Palästina, mit gut einjähriger Verzögerung durch immer neue Hindernisse, Zwischenfälle und Schikanen, war der letzte von Berthold Storfer organisierte. Storfer (geboren 16.12.1880, Czernowitz, ermordet im Oktober 1944, Auschwitz) war im Ersten Weltkrieg Kriegs-Wirtschaftsrat im damals zu Österreich gehörenden Ungarn und lebte nach dem Krieg in Wien, wo er 1930 zum Kommerzialrat ernannt wurde; er war Jude, aber kein Zionist. Nach der Annexion Österreichs bemühte er sich um die Rettung österreichischer Juden durch Auswanderung, wurde dann von Eichmann, Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung, mit der Einrichtung und Leitung eines Ausschusses für jüdische

Überseetransporte beauftragt und nahm an der erfolglosen Flüchtlingskonferenz von Evian (6.-15.7.1938) teil. Auch nach dem Palästinatransport vom Oktober/November 1940 bemühte sich Storfer weiter um die Rettung von Juden, aber ohne Erfolg. Als seine Dienste nicht mehr gebraucht wurden, wurde er verhaftet und nach Auschwitz geschickt, wo er am 26.11.1943 registriert wurde; im Oktober 1944 wurde er ermordet, wahrscheinlich erschossen.

Er, der so viele Menschen gerettet hatte, konnte sich selbst nicht mehr retten. Nachzulesen ist dies alles, was hier nur kurz zusammengefasst ist, in Gabriele Anderls Buch „9096 Leben“. Der unbekannte Judenretter Berthold Storfer, 1. Auflage 2012 (Rotbuch Verlag, Berlin).

Im Übrigen schließe ich mich den Artikeln „Farbe bekennen“ von Prof. Dr. Manfred Lahnstein und „Anmerkungen zur geplanten Justizreform in Israel“ von Emil Brachthäuser an.

Robert Seidenath
Gusterath

Zum Tod von Amnon Weinstein sel. A.

Es bleibt der Klang der Geigen

Die Violinen der Hoffnung sind Instrumente, die den Holocaust überstanden haben: aus Deportationszügen geworfen, in geplünderten Wohnungen zurückgelassen, zufällig nach Jahren gefunden. Jetzt ist Amnon Weinstein, der Gründer des Projektes, der diese Violinen wieder zum Klingen brachte, gestorben. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat ihn im Jahr 2016 mit der Ernst-Cramer-Medaille gewürdigt.

Amnon Weinstein war ein israelischer Geigenbauer und Restaurator. Sein Projekt von weltweiter Bedeutung brachte nicht nur den Geigen der von den Nationalsozialisten verfolgten Musikern ihre Stimmen zurück. Er erforschte auch die Geschichte der früheren Besitzer der Instrumente und machte so sie, die Opfer des Nationalsozialismus, wieder hörbar.

Über 60 Violinen hat Weinstein restauriert und Musikern weltweit zur Verfügung gestellt. Ihr Spiel in den Konzerthallen der Welt waren jeweils, so formulierte es der Geigenbauer, „ein Denkmal für ihre früheren Besitzer“.

Schon 1936 durften jüdische Musiker nicht mehr in Orchestern spielen. Ihre Geigen waren zumeist in Mittenwald, der Geigenbauerstadt, oder in Berlin hergestellt.

All dies würdigte Hessens damaliger Ministerpräsident Volker Bouffier 2016 im Biebricher Schloss in Wiesbaden. Zusammengekommen war man, um das 50. Jubiläum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zu feiern und um Amnon Weinstein auszuzeichnen.



Amnon Weinstein sel. A.

Weinstein war krank damals und sein Sohn Avshalom nahm die Ernst Cramer Medaille entgegen.

Die Ernst Cramer Medaille ist die höchste Auszeichnung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Sie wurde 2013 geschaffen und ist benannt nach dem Holocaustüberlebenden Ernst Cramer, einem bedeutenden Publizisten und Verlagsmanager. Sie wird alle zwei Jahre verliehen an Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um deutsch-israelische Beziehungen verdient gemacht haben.

Der erste Preisträger war der legendäre israelische Staatspräsident Shimon Peres, ausgezeichnet wurden unter anderen die Helmholtz Gesellschaft und der deutsche Generalleutnant Ingo Gerhartz gemeinsam mit seinem israelischen Kollegen, Generalmajor Amikam Norkim. Die beiden Luftwaffenchefs hatten einen gemeinsamen Flug über das ehemalige Konzentrationslager Dachau realisiert.

Der DIG-Preisträger Amnon Weinstein ist jetzt im Alter von 86 Jahren gestorben. Seine Geigen aber klingen.

kor



Abschied von einer „Unbesiegbaren“

Marianne Karmon, ehemalige Vorsitzende der IDG ist gestorben

Am 11. Dezember 2023 verstarb Marianne Karmon im Alter von 102,5. Ich telefonierte noch mit ihr Ende September. Unvorstellbar, dass sie nicht mehr bei uns ist. Sie schien für uns alle, die wir sie gut kannten, „invincible“, wie ihre beiden Enkelinnen es formulierten.

Sie war eine großzügige Gastgeberin. Das Gästezimmer auf der Dachterrasse im 10. Stockwerk des „Golden Tower“ am Ben Zwi-Blv mit Blick auf die Knesset und den Obersten Gerichtshof wird keiner vergessen, der das Privileg besaß, dort wohnen zu dürfen. Sie war eine großartige Gesprächspartnerin. Ich habe sehr viel von ihr gelernt, von ihrem Wissen und ihren Lebenserfahrungen profitiert.

Ihr Optimismus schien unerschütterlich zu sein. Schien. Denn in schon hohem Alter betrübte sie mich mit der Aussage, sie säße auf den Trümmern all dessen, was sie einmal aufbauen wollte in diesem neuen, jungen Staatsgefüge namens Israel: ein Zusammenleben in Frieden.

Geboren wurde Marianne am 2. Mai 1921 in Berlin als Tochter des Generaldirektors Kurt Schmoller und seiner Ehefrau, der Fotografin Annie Lipschitz. Die gesamte Kindheit verbrachte sie in Berlin. Im Sommer 1939 gelang ihr mit Hilfe der Jugend Aliyah die Flucht nach Schweden. Dort arbeitete sie zuerst als Magd auf einem Bauernhof, später in Stockholm als Dienstmädchen und Gouvernante. 1945 arbeitete sie in einer Bildagentur und lernte ihren ersten Mann, Christoph Seydewitz (Sohn des späteren Ministerpräsidenten von Sachsen, Max Seydewitz) kennen. Er wurde der Vater ihrer Tochter Manja.

1948, nach der Staatsgründung Israels, gingen sie als kleine Familie in den Kibbuz Giv'at Chaim. Nach der Trennung von Christoph (inzwischen Hanan) verbunden mit dem Adieu an das Leben im Kibbuz, das nichts für sie war, lebte und arbeitete Marianne als Kartographin am Geographischen Institut der Hebrew University zusammen mit ihrem zweiten Ehemann, Professor Dr. Yehuda Karmon, Professor für Geographie an der Hebrew University. Beide unternahmen – beruflich wie privat – unzählige Reisen: zuerst in Europa, dann nach Afrika, Asien und beide Amerika.

Nach einem zufälligen Treffen mit Deutschen ging Marianne im Frühjahr 1963 für 3 Monate nach Bad Godesberg ans Kartographische Institut der Deutschen Forschungsgesellschaft. Yehuda Karmon fuhr 1964 mit seinen Studenten ins Ruhrgebiet, um ihnen ein Industriegebiet zu zeigen. Im Institut war das Ehepaar bekannt dafür, dass sie bereit waren, auch mit Deutschen zu sprechen.

Ab da – bis in ihr hohes Alter – war das Zuhause von Marianne (und Yehuda) Karmon offen insbesondere für junge Deutsche. Sie



Foto: privat

Marianne Karmon und Barbara Hoff

wurde nie müde zu erzählen, zu berichten, zu erläutern, Kontakte zu knüpfen und die jungen Menschen liebten es, ihr zuzuhören. Mariannes Fähigkeit, für Freundschaften offen zu sein, zeigte sich auch in ihrem „Altersglück“ mit Dan Spira, ehemaliger Professor für Parasitologie.

Nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern 1965 und der Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft 1966 in Bonn kam es zur Bildung einer Schwestergesellschaft in Israel, der IDG, zuerst in Tel Aviv, 1979 in Jerusalem, deren Vorsitzende Marianne Karmon ab 1980 war.

Für ihre herausragende Arbeit für die Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen wurde ihr das Bundesverdienstkreuz und die Ehrennadel der DIG verliehen.

Nun ist sie, nach einem bewegten und ereignisreichen Leben, gegangen. Aber durch ihre Stärke, ihren großen Willen, ihre Offenheit, ihre Neugier wird sie nicht nur mir Vorbild sein und bleiben!

Frau Heike L. hat mit ihrem Buch „Mariannes kleine Dinge“ eine Erinnerung an sie geschaffen. Dort heißt es in einem Gedicht von Rose Ausländer:

*... ich weiß nur dass ich
Menschen liebe
Berge Gärten und das Meer ...*

Barbara Hoff
Ehrenvorsitzende DIG AG Baden-Baden

Langjähriges Vorstandsmitglied der AG Chemnitz verstorben

Trauer um Egmont Elschner

Slogan: „Für ein kultureiches, fröhliches, Streitbares Miteinander der Generationen in Chemnitz“

Egmont Elschners roter Schal und das wehende weiße Haar waren seine Markenzeichen. Dazu lächelte er meist verschnitzelt und lud so ein, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Ein gutes Miteinander über Generationen, Kulturen und Religionen hinweg lag ihm am Herzen. Fast ein Vierteljahrhundert hat Egmont Elschner die Chemnitzer Kultur auf vielfältige Weise geprägt, am 7. Oktober 2023 ist er im Alter von 76 Jahren verstorben. Seine Aktivitäten können nur auszugsweise genannt werden: Er war ein Fan der jüdischen Kultur und engagierter Partner der Jüdischen Gemeinde Chemnitz, zudem ein sehr gefragter Moderator und Sprecher, gern auch in jiddischer Sprache, ein Ideengeber und Netzwerker. Er hat „Zusammenkünfte ernsthaft und konsequent, jedoch mit großer Lebensfreude geleitet“, erinnert sich z. B. Sabine Kühnrich von der AG Chemnitzer Friedenstag. An Theatern im In- und Ausland war Egmont Elschner in unterschiedlichen Funktionen, u. a. als Regieassistent, Regisseur, Schauspieler, Dramaturg und Theaterleiter tätig. 1999 kam er nach Chemnitz und überschrieb seine Website: „Für ein kultureiches, fröhliches, Streitbares Miteinander der Generationen in Chemnitz“. Dafür stand er mit seiner ganzen Kraft und Kreativität ein, als Vorstandsmitglied unserer DIG Chemnitz, als Vorsitzender des Vereins Tage der jüdischen Kultur e.V., aber auch als Vorsitzender des Kulturbeirats der Stadt Chemnitz, Vorsitzender



Foto: Vladimir Shvemer

Egmont Elschner (Mitte) beim Schachturnier u.a. mit Gästen aus Kiryat Bialik (Israel), inzwischen Partnerstadt von Chemnitz, zu den Tagen der jüdischen Kultur 2019

der Jury zum Chemnitzer Friedenspreis oder langjähriger Juror beim internationalen Filmfestival „Schlingel“ für Kinder und junges Publikum.

Danke für alles, Egmont Elschner!

Dorothee Morgenstern

Ulrich Sahn ist gestorben

Das, was hier steht, hätten viele von uns schreiben können: Wir alle in der DIG, wir alle, die wir uns zwischen Israel und Deutschland bewegen, wir und insbesondere wir Älteren kannten ihn, besuchten ihn, arbeiteten mit ihm: der Journalist, Buchautor, der leidenschaftliche Koch, der leidenschaftliche Mensch Ulrich Sahn ist tot: Er starb im Alter von 73 Jahren am 7. Februar in der Wahlheimat seiner späten Jahre: Bremen. Mir war Ulrich Sahn auch journalistischer Kollege: ein Journalist, beobachtend, begabt, begeisterungsfähig, beredt und bestimmt. Immer, wenn wir in Jerusalem waren, gingen wir die Straße hinunter zu seiner Wohnung. Ich erinnere mich an das Panoramabild der Stadt, nicht nur vor seinem Fenster, auch als Display, das er herunterrollte, wenn er sich vor die Kamera stellte, um für ntv aus der Stadt der Städte zu berichten. Wir brachten Gruppen zu ihm und er bewirtete. Wir waren gemeinsam in Bethlehem und während die Reisenden sich in die Geburtskirche beugten, saßen wir in einer kleinen Kneipe an der Ecke des Krippenplatzes. Regelmäßig kam er nach Deutschland: er tourte die Arbeitsgemeinschaften und berichtete aus dem Land Israel, in dem er 50 Jahre gelebt hat: Politik und Kultur, das Diesseits und das Jenseits



Ulrich Sahn

der Grenzen im Nahen Osten – alles kannte er und alles teilte er mit uns. Einer der Besucher eines Abends in Frankfurt fragte mich: Warum zieht er sich nicht offizieller an als Referent? – Er war, so sagen alle, israelischer als die Israelis. kor

Die DIG vor Ort

Augsburg-Schwaben e.V.
vorstand@dig-augsburg.de

Baden-Baden
baden-baden@digev.de

Bamberg
bamberg@digev.de

Bayreuth-Oberfranken
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e.V.
shalom@digberlin.de

Bielefeld
bielefeld@digev.de

Bodensee-Region
bodensee-region@digev.de

Bonn
bonn@digev.de

Braunschweig
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e.V.
shalom@dig-bremen.de

Buxtehude
buxtehude@digev.de

Chemnitz
chemnitz@digev.de

Cottbus
cottbus@digev.de

Darmstadt
darmstadt@digev.de

Dresden
dresden@digev.de

Duisburg-Mülheim-Oberhausen
duisburg@digev.de

Düsseldorf
duesseldorf@digev.de

Erfurt
erfurt@digev.de

Frankfurt am Main
frankfurt@digev.de

Freiburg
freiburg@digev.de

Giessen
giessen@digev.de

Halle-Umland
halle@digev.de

Hamburg
hamburg@digev.de

Hannover
hannover@digev.de

Heidenheim
heidenheim@digev.de

Heilbronn
heilbronn@digev.de

Kaiserslautern
kaiserslautern@digev.de

Kassel
kassel@digev.de

Köln
koeln@digev.de

Leipzig
leipzig@digev.de

Magdeburg
magdeburg@digev.de

Mainz
mainz@digev.de

Memmingen/Kempen-Allgäu
memmingen@digev.de

München
muenchen@digev.de

Münster
muenster@digev.de

Nordhausen
nordhausen@digev.de

Nürnberg-Mittelfranken
nuernberg@digev.de

Oldenburg
oldenburg@digev.de

Osnabrück
osnabrueck@digev.de

Ostfriesland
ostfriesland@digev.de

Passau
passau@digev.de

Potsdam
potsdam@digev.de

Regensburg-Oberpfalz
regensburg-oberpfalz@digev.de

Rhein-Neckar/Mannheim
rhein-neckar@digev.de

Saar
saar@digev.de

Schleswig-Holstein
schleswig-holstein@digev.de

Schwerin
schwerin@digev.de

Speyer-Pfalz
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e.V.
info@dig-stuttgart.net

Trier
trier@digev.de

Ulm / Neu-Ulm
ulm@digev.de

Weimar
weimar@digev.de

Westmünsterland
westmuensterland@digev.de

Wiesbaden
wiesbaden@digev.de

Witten
witten@digev.de

Würzburg
wuerzburg@digev.de

Junges Forum
jufo@digev.de



Social-Media-Kanäle

DIG

-  @DIG – Deutsch-Israelische Gesellschaft
-  @DIGeV_de
-  @digev_de
-  Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.

Junges Forum

-  @JuFoDIGeV
-  @JuFoDIG
-  @JuFoDIG

DIG-Bundesgeschäftsstelle

Bärbel Metz
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
Fax +49 (0)30 80 90 70-31
info@digev.de | www.digev.de



Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

- 1 | Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.
- 2 | Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.
- 3 | Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.
- 4 | Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.
- 5 | Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus, Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.
- 6 | Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.
- 7 | Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
- 8 | Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwestergesellschaft, der Israelisch Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.
- 9 | Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.
- 10 | Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.
- 11 | Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlichen Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
info@digev.de | www.digev.de

